



Plenarprotokoll

99. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 13. November 2003

Gemeinsame Beratung

<p>a) Zukunft der Energiewirtschaft..... 7563</p> <p>Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2912</p> <p>b) Windenergieausbau in Schleswig-Hol- stein..... 7563</p> <p>Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2996</p> <p>Wilhelm-Karl Malerius [SPD]..... 7563, 7576</p> <p>Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU] 7565</p> <p>Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] 7568, 7577</p> <p>Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7571</p> <p>Lars Harms [SSW]..... 7573</p>	<p>Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7575</p> <p>Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr..... 7577</p> <p>Klaus Buß, Innenminister 7579</p> <p>Martin Kayenburg [CDU]..... 7579, 7581</p> <p>Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7581</p> <p>Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/2912 7581</p> <p>Prüfung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR..... 7582</p> <p>Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2995</p> <p>Klaus Schlie [CDU] 7582</p>
--	---

Thomas Rother [SPD]	7583	Beschluss: Ablehnung	7600
Wolfgang Kubicki [FDP]	7584		
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7585	Entkoppelung von Prämien in der Landwirtschaft	7601
Silke Hinrichsen [SSW]	7586		
Werner Kalinka [CDU]	7587	Antrag der Abgeordneten des SSW	
Klaus Buß, Innenminister	7588	Drucksache 15/3001	
Holger Astrup [SPD], zur Geschäfts- ordnung	7589	Lars Harms [SSW]	7601
Thomas Stritzl [CDU], zur Geschäfts- ordnung	7589	Friedrich-Carl Wodarz [SPD]	7602
Beschluss: Ablehnung	7589	Peter Jensen-Nissen [CDU]	7603
Heinz Maurus [CDU], zur Geschäfts- ordnung	7589	Günther Hildebrand [FDP]	7605
		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7606
Weitere GA-Mittel für konversions- geschwächte Regionen in Schleswig- Holstein	7589	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft	7607
Antrag der Fraktion der CDU		Beschluss: Überweisung an den Agraraus- schuss	7608
Drucksache 15/2948 (neu)			
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Ausbau der B 404 zur A 21 zwischen Wankendorf und Kiel	7608
Drucksache 15/3031		Antrag der Fraktion der FDP	
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW		Drucksache 15/3013	
Drucksache 15/3034		Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	7608
Frauke Tengler [CDU]	7589	Bernd Schröder [SPD]	7609
Jutta Schümann [SPD]	7590	Uwe Eichelberg [CDU]	7610
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	7591	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7612
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7592	Lars Harms [SSW]	7613
Lars Harms [SSW]	7593	Ursula Kähler [SPD]	7613
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	7594	Wolfgang Kubicki [FDP]	7614
Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/3034	7596	Claus Hopp [CDU]	7615
		Joachim Wagner [CDU]	7615
Wassertourismus - Vorschläge der Lan- desregierung	7596	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	7616
Antrag der Fraktion der FDP		Beschluss: Annahme	7617
Drucksache 15/3012		Förderung von Existenzgründungen	7617
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	7596	Landtagsbeschluss vom 3. April 2003	
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	7596	Drucksachen 15/2565 und 15/2590	
Hans-Jörn Arp [CDU]	7597	Bericht der Landesregierung	
Hermann Benker [SPD]	7598	Drucksache 15/2716	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7599	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	7617
Lars Harms [SSW]	7600	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	7618
Heinz Maurus [CDU]	7600	Klaus-Dieter Müller [SPD]	7620, 7625
		Roswitha Strauß [CDU]	7621, 7625
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7623, 7626
		Lars Harms [SSW]	7624

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung..... 7627

Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein..... 7627

Landtagsbeschluss vom
26. September 2003
Drucksache 15/2905

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2990

Dr. Bernd Rohwer, Minister für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 7627

Claus Ehlers [CDU] 7629

Maren Kruse [SPD]..... 7631

Günther Hildebrand [FDP]..... 7633

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 7635

Lars Harms [SSW]..... 7637

Beschluss: Überweisung an den Agrar-
ausschuss und den Wirtschaftsaus-
schuss zur abschließenden Beratung... 7639

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz
und Landwirtschaft

Dr. Ralf Stegner, Minister für Finanzen

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr

Heide Moser, Ministerin für Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die heutige Sitzung. Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Zunächst begrüße ich auf der Tribüne eine Besuchergruppe der Haupt- und Realschule Viöl. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21 und 30 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zukunft der Energiewirtschaft

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2912

b) Windenergieausbau in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2996

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Malerius.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Energienutzung ist nachhaltig, wenn sie die allgemeine und dauerhafte Verfügbarkeit von geeigneten Energieressourcen sicherstellt und zugleich die negativen Auswirkungen von Energiebereitstellung, -transport und -nutzung begrenzt. Nachhaltige Energiepolitik ist Innovationspolitik. Sie muss auf verschiedenen Feldern ihren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes leisten, um Arbeitsplätze zu schaffen, Investitionen anzureizen und neue Märkte zu erschließen. Der Standort Deutschland soll attraktiv bleiben. Somit ist eine Strategie für Investitionen in rationelle Energienutzung und Energieeinsparung, in moderne Energietechniken, in die Effizienzsteigerung neuer Kraftwerke, in die Energieversorgungsnetze sowie in den weiteren Ausbau erneuerbarer Energieträger ein entscheidender Beitrag für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft und unserer Arbeitsmärkte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Dieses, meine Damen und Herren der Opposition, haben im Gegensatz zu Ihnen auch der Deutsche Bauernverband und der Bundesverband der mittel-

(Wilhelm-Karl Malerius)

ständischen Wirtschaft erkannt. Sie unterstützen ein breites **Aktionsbündnis für erneuerbare Energien**. Das Bündnis setzt sich für eine offensive Weiterentwicklung der Erzeugung von Strom, Wärme und Treibstoffen aus erneuerbaren Energien ein. Die Unterzeichner sehen hierin einen zentralen Erfolgsfaktor für die Zukunft des Standortes Deutschland.

Eine wichtige Bedingung für die zukünftige Stromwirtschaft ist der Konsens zum Ausstieg aus der **Kernenergie** vom Juni 2001. Der Nutzen einer kohlestofffreien Stromerzeugung aus Kernenergie ist im Vergleich zu den Risiken und Gefahren gering. Die SPD-Fraktion ist im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren der Opposition, nicht mehr bereit, die Risiken der Atomtechnologie über die vereinbarten Fristen und Reststrommengen hinaus zu akzeptieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir lehnen den Einsatz von MOX-Brennelementen und somit den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft in Schleswig-Holstein ab.

Noch ein Wort zu Ihnen, Herr Kerksenbrock. Hören Sie auf zu behaupten, beim Ausstieg aus der Kernenergie müsse auf fossile klimaschädliche - ich betone: klimaschädliche - Energieträger zurückgegriffen werden, und das bedeute 150.000 t bis 170.000 t zusätzliche CO₂-Fracht allein für Deutschland. Herr Kerksenbrock, bleiben Sie nicht in den 80er-Jahren stehen. Blicken Sie nicht in die Vergangenheit. Drehen Sie sich um und wagen Sie einen Blick in die Zukunft.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Hören Sie doch erst einmal seine Rede! - Weitere Zurufe von der CDU)

Es ist richtig: Die **Kohle** wird noch lange zu einem Energiemix gehören. Aber bei der Modernisierung der Kraftwerkparcs haben wir die Chance auf eine Kohlekraftwerkstechnologie, bei der wir jeglichen **CO₂-Ausstoß** vermeiden können, und zwar mit einem modernen Gas- und Dampfkraftwerk mit flüssigem CO₂-Abzug. Das ist Innovation, das ist eine riesige Chance für unser Land, den technologischen Vorsprung zu halten. Das schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die **Klimaschutzziele** der Bundesregierung und der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie erfordern in den nächsten Jahrzehnten den Umbau der gegenwärtig bestehenden in eine strukturell anders geartete Stromversorgung. Regene-

native Energien und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung werden dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Die aktuellen Gesetze, vor allen Dingen das alte sowie das neue EEG, sind dafür eine wesentliche Voraussetzung. Nach der Planung der Stromkonzerne müssen zwischen 2010 und 2020 rund 40.000 MW Kraftwerkleistung ersetzt werden. Diesen Neubau müssen wir für einen optimalen **Energiemix** nutzen. Die nächsten Jahre sind das entscheidende Zeitfenster.

Meine Damen und Herren, auch der Beitrag der **Kraft-Wärme-Kopplung** sowohl mit modernen konventionellen Heizkraftwerken und Blockheizkraftwerken als auch mittelfristig mit Mikrogasturbinen und Brennstoffzellen muss und wird im neuen **Energiemix** eine große Rolle spielen. Viele Pilotprojekte in Schleswig-Holstein haben die Effizienz dezentraler Anlagen unter Beweis gestellt. Sei es die Versorgung einiger Häuser oder einer ganzen Siedlung - die Energieagentur hat dokumentiert, dass mittlerweile für alle Anwendungsarten ausgereifte technische Lösungen angeboten werden.

Es geht darum, den Gedanken der **dezentralen Versorgungsstrukturen** konsequent weiter zu denken. Der Anteil der Energieversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung wird und muss sich bis zum Jahr 2020 mehr als verdoppeln. Es geht um die Mobilisierung aller tragfähigen Potenziale rationeller Energieverwendung. Es geht um Energiesparen, es geht um die Einführung neuer Instrumente zur Energieeffizienzsteigerung wie etwa um eine entsprechende Verpflichtung der Energieunternehmen oder um die Einführung von Energieeffizienzfonds. Es geht um das technisch nachgewiesene **Einsparpotenzial** von 40 % des heutigen Energieeinsatzes. Das Impulsprogramm der Landesregierung zur wärmetechnischen Gebäudesanierung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Baufachleute erkennen die Vorteile, Schulungen und Modernisierungshinweise werden genutzt.

Meine Damen und Herren, um eine strukturell und ökonomisch attraktive Stromversorgung mit dominierendem Anteil von regenerativen Energien zu erhalten, müssen alle verfügbaren regenerativen Quellen in einem **ausgewogenen Mix** genutzt und ihre Eigenschaften und Fähigkeiten in geeigneter Weise kombiniert werden. Das betrifft die Windenergie mit deutlichem Schwerpunkt im Norden inklusive der Offshore-Standorte, die Wasserkraft mit deutlichem Schwerpunkt im Süden, die Photovoltaik mit nahezu gleichförmiger Verteilung, die Biomasse mit starker

(Wilhelm-Karl Malerius)

Konzentration auf die ländlichen Räume sowie die Geothermie mit Schwerpunkt im Süden, aber nicht nur dort.

Die SPD-Fraktion in Schleswig-Holstein denkt nicht nur an den Ausbau der Windenergie, der Solartechnik und der Biomassennutzung, sondern auch an die Realisierung weiterer Projekte im Bereich der Tiefengeothermie. Es ist keine Utopie, sondern ein realistisches Ziel, dass in etwa zehn Jahren Teile des Kieler Fernwärmenetzes über Erdwärme versorgt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie den Prozess der **Dezentralisierung** der Stromversorgung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien weiterhin mitgestaltet. In den turnusmäßigen Energie- und Klimaschutzberichten soll sie uns im Landtag von den Chancen und Erfolgen bei der Umstrukturierung der Energieversorgung berichten.

Fossile und nukleare Energien sind teurer als es die betriebswirtschaftliche Rechnung zeigt, und sie werden in Zukunft noch teurer werden. Die Kosten erneuerbarer Energien sagen dagegen heute schon die ökologische Wahrheit und können zukünftig infolge weiteren technischen Fortschritts und wachsender Märkte noch deutlich geringer werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer also auch in Zukunft preisgünstige Energie nutzen will, sollte heute in erneuerbare Energien investieren. Je effektiver die externen Kosten in das Preiskalkül einbezogen werden, desto früher wird eine Umgestaltung der Energieversorgung auch aus ökonomischer Sicht attraktiv. Dazu muss die Energiepolitik entsprechende Vorgaben machen.

Erneuerbare Energien haben nachhaltige Vorzüge, denn sie sind unerschöpflich, schonen die Ressourcen unserer Erde, sind umweltfreundlich und risikoarm. Aus diesem Grunde ist es unverständlich, dass insbesondere die **Windenergie** vom energiepolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion vehement bekämpft wird.

Die Windkraft ist inzwischen in Nordfriesland Boombranche. Mit einem Umsatzvolumen von geschätzten 790 Millionen € und gut 1.200 Beschäftigten hat die Windkraftbranche die Vorreiterrolle für die nordfriesische Wirtschaft übernommen. Auf der größten Windenergiemesse der Welt, der „**HUSUM-wind**“ konnte sich jeder erneut von dem enormen ökonomischen Potenzial der Windenergie überzeugen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit über 50 % mehr Ausstellern im Verhältnis zur letzten Messe 2001 ist die Dynamik weiterhin ungebrochen. Gerade das **Repowering** und die Nutzung der **Offshore-Potenziale** wird diese Dynamik weiterführen und die Windenergie gemäß dem Ziel des neuen EEG mittelfristig wirtschaftlich gestalten.

Meine Damen und Herren der CDU, warum bauen Sie in Ihrem vorliegenden Antrag neue Hürden auf, zum Beispiel ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt? Seien Sie doch ehrlich und sagen Sie: Wir sind gegen die Windenergie, wir sind gegen Repowering.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Die Subventionen!)

- Herr Arp, ich zeige Ihnen jetzt den Weg auf und den können Sie dann mit uns mitgehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, folgen Sie dem Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Christian Wulff, der sagt: Repowering ist keine Verspargelung der Landschaft, Repowering wird kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließen Sie sich den Wünschen des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen an, denn er wünscht, dass die Energie in Deutschland 2050 zur Hälfte und 2100 dann zu 100 % aus den erneuerbaren Energien erzeugt wird. Die Landesregierung und die SPD-Fraktion sind auf dem richtigen Weg, und wir werden diese Wünsche des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen erfüllen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich bitte Sie, dem Antrag der SPD zuzustimmen. Den Antrag der CDU werden wir natürlich ablehnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Graf Kerssenbrock.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist wirklich sehr erfreulich, dass wir über Energiewirtschaftspolitik reden wollen. Ich empfinde es bei der Sozialdemokratie schon einmal als Fortschritt, dass

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

sie überhaupt begreift, dass Energiepolitik auch Wirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen bei der SPD)

Sie müssen begreifen, meine Damen und Herren, dass Energiepolitik eine erhebliche volkswirtschaftliche Relevanz auch für Beschäftigung und Wachstum hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ideologie, Luftschlösser abseits jeglicher volkswirtschaftlicher Vernunft - davon haben wir bei dem Kollegen Malerius wieder eine Kostprobe bekommen - taugen einfach nicht für dieses wichtige Politikfeld.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe immer noch ein bisschen Hoffnung, Herr Minister, dass durch den Wechsel der Zuständigkeit für die Energiepolitik in der Landesregierung ein Stückchen mehr Vernunft erkennbar wird. Noch ist sie aber nicht erkennbar. Vielleicht hören wir von Ihnen dazu heute ein bisschen mehr; das würde mich freuen. Aber was haben Sie bisher getan? Bisher haben Sie Abgaben erhöht, haben dirigistische Eingriffe vorgenommen, Ökosteuer, Grundwasserabgabe, Oberflächenwasserentnahmeabgabe, EEG, Kraft-Wärme-Kopplung, überall haben Sie Gift für Wachstum und Beschäftigung in diesem Land gestreut.

(Beifall bei CDU und FDP)

Den Zusammenhang zwischen Ihrer Energiepolitik und der wirtschaftlichen Lage dieses Landes haben Sie bisher nicht begriffen.

„Kumpel Gerhard“ das ist Ihr Bundeskanzler, er wurde gestern von der „FAZ“ so titulierte, hat nun ein besonderes Herz für Windenergie und Klimaschutz bewiesen: 17 Milliarden € will er für die Steinkohle in den nächsten Jahren locker machen. Sie haben es offensichtlich. Wessen Geld ist das eigentlich? Das ist Steuerzahlergeld. Dazu kommen 1,4 Milliarden € auf der Stromrechnung des Stromverbrauchers für die Windenergieeinspeisung. Das ist die volkswirtschaftliche Realität, die Sie dem Volk vorsetzen und mit der wir uns auseinander zu setzen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Über die **Klimaschutzziele** von **Kyoto** habe ich bei Herrn Malerius nichts gehört. Diese Ziele sind bei Fortsetzung Ihrer Energiepolitik objektiv nicht erreichbar. Nach Abschaltung der Kernkraftwerke müssen 150 bis 170 Millionen Tonnen CO₂ vermieden werden, die bisher die Kernkraftwerke nicht ausstoßen. Mit regenerativen Energien, Herr Malerius, werden Sie das nicht schaffen. Die Windenergie erspart

nach optimistischen Schätzungen allenfalls 10 Millionen Tonnen von benötigten 150 bis 170 Millionen Tonnen. Meine Damen und Herren, in welchem Land leben Sie eigentlich? Was verkaufen Sie der Bevölkerung hier eigentlich?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Luft!)

Schon hieraus wird deutlich: Diese Energiepolitik verdient den Namen Politik jedenfalls nicht. Es ist eine Mogelpackung. Wenn Sie denn Ihre Klimaschutzziele sehen, regieren Sie planlos, ziellos, ineffektiv, nach vermeintlicher Stimmungs- oder auch Kassenlage, je nachdem, wie es gerade gefällt. Aber Ihre Ziele und die Ziele, die uns allen am Herzen liegen müssten, werden Sie nicht erreichen.

Nun hat es Kanzlergespräche gegeben, bei denen Herr Trittin gelegentlich am Katzentisch dabei sein durfte - ,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das reicht nicht!)

und die haben ergeben, dass der gesamte Kraftwerkspark in Deutschland erneuert werden muss: 40.000 bis 50.000 MW für etwa 50 Milliarden €. Das ist kein Pappenstiel, über das wir hier reden. Da kommen Sie mit noch so viel Repowering nicht hin. Weder Wind- noch Solar- noch Biomasseenergie, geschweige denn Brennstoffzellen oder Kernfusion werden auch nur ansatzweise in der Lage sein, den **Energiebedarf** einer Gesellschaft, die Arbeitsplätze mit preiswerter Energie nachfragt, zu decken.

Für Herrn Kollegen Matthiessen ausdrücklich zum Mitschreiben: Wir sind nicht per se gegen Windenergie, sondern wir sind gegen eine übermäßige, zu wenig degressive, zu lang anhaltende Förderung - zudem an falschen Standorten - und gegen eine **Verspargelung** unserer schönen Landschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Alle Fachleute sagen es: Der Energiebedarf in der Welt wird steigen. Er wird auch in unserem Land immer noch steigen. Das werden auch fromme grüne Wünsche nicht ändern können. Doch auch Sie selbst reden über eine allenfalls von Ihnen angestrebte Nennleistung von Windenergien von weiteren 12.000 MW, das heißt eine effektive Jahresleistung von 5.000 bis 6.000 MW. Auch da sieht man, welche Luftschlösser Sie bauen und der Bevölkerung als Politik verkaufen wollen. Das hat mit Politik überhaupt nichts zu tun. Das ist Trauertänzeri.

Ob Sie es wollen oder nicht: Ihr energiepolitischer Offenbarungseid steht bevor, wenn Sie zugeben müssen, dass Ihre Energiepolitik **Arbeitsplätze** unmitt-

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

bar in der Kernenergiewirtschaft und in der Forschung und mittelbar durch zu hohe Preise durch dirigistische Eingriffe, die auf den Stromverbraucher umgelegt werden, kostet und Sie den Ersatzbedarf entweder trotzdem nur durch Kernkraft oder nur durch andere Ressourcen verbrauchende fossile Energieträger decken können - mit entsprechenden klimaschädlichen Folgen. Das wird Ihr energiepolitischer Offenbarungseid werden.

Was ist passiert, seit Sie die energiepolitische Verantwortung in diesem Land tragen? Sie haben einseitig auf **Windenergie** gesetzt,

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Gott sei Dank!)

die nicht grundlastfähig ist. Sie haben einen klimafreundlichen, grundlastfähigen, abgeschriebenen Energieträger sozusagen einfach abgeschaltet. Auch das hat mit Politik wenig zu tun,

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Welchen denn?)

sondern mehr mit der Umsetzung einer gewaltigen volkswirtschaftlichen Fehlallokation von gegenwärtig jährlich mindestens 1,4 Milliarden €, die Sie Subventionierung zu nennen sorgfältig vermeiden, auch wenn es faktisch, volkswirtschaftlich natürlich eine Subventionierung ist.

Wir wollen eine vorausschauende, sichere, wirtschaftliche, klimafreundliche Energiepolitik. Wir wollen auch einen vernünftigen **Energiemix**. Das Wort habe ich von Herrn Malerius zum ersten Mal gehört. Ich freue mich darüber. Das wäre ein vernünftiger Anknüpfungspunkt. Herr Clement spricht auch darüber. Nach dem Kohlekompromiss von gestern habe ich offen gestanden - gewisse Sorgen, ob das wirklich so gemeint ist.

Bei Ihnen hier im Land war bisher von einem angestrebten energiepolitischen Mix nichts zu spüren. Ihre Resultate sehen auch anders aus. Der Kraftwerkspark ist veraltet. Es gibt einen gewaltigen Investitionsstau. Ein nennenswerter Beitrag zum **Klimaschutz** ist nicht in Sicht. Sie leben mit Ihren Zahlen von den Früchten des Abschaltens der alten Dreckschleudern in der DDR. Deutschland als energiewissenschaftlicher Forschungsstandort blutet aus, besonders plastisch an der Kernenergie nachvollziehbar.

(Konrad Nabel [SPD]: So ein Quatsch!)

„Frankfurter Rundschau“ vom 5. November 2003, Herr Kollege Nabel: Nach dem Willen von SPD und Grünen sollen deutsche Stromkonzerne nicht am Bau des ERP-Reaktors in Frankreich beteiligt werden

dürfen, obwohl sie das begehrte Know-how haben. - Das müssen Sie den deutschen Arbeitnehmern, die um ihre Arbeitsplätze bangen, erst einmal erklären.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ist es eigentlich sozial, durch administrativ verordneten Stopp von Forschung der Welt, insbesondere der dritten Welt Ergebnisse von Forschungen und Know-how vorzuenthalten, das hier mühsam erworben worden ist? Sollen andere besonders in der Sicherheitstechnologie erst einmal irreparable Fehler machen? Genau das ist die Folge Ihrer Politik.

Die Zahl der **Arbeitsplätze** in der Energiebranche - zurzeit sind das 315.000 - wird weniger. Wir reden immerhin über 4.000 Arbeitsplätze in der Windenergiebranche. Aber das wiegt doch den Verlust nicht auf. Die Kostenbelastung der Wirtschaft steigt, besonders in der stromintensiven Wirtschaft, durch EEG-, durch Ökosteuern, durch KWK-Gesetz und Ähnliches. 53,9 Milliarden € gesamtstaatliche Belastung der Energiebereitstellung, das sind die Zahlen, über die wir hier zu reden haben. Inzwischen ist trotz der ursprünglichen Reduzierung aufgrund der **Liberalisierung der Strommärkte** in Europa der Strompreis wieder auf alte Höhen geklettert. Durch Ihre Politik wird er weiterklettern. Das sind ernsthafte **Wettbewerbsnachteile**. Herr Clement hat nicht ohne Grund für stromintensive Unternehmen mit Herrn Trittin Sonderlösungen ausgehandelt, die immer noch nicht ausreichen werden, die Wettbewerbsnachteile zu beseitigen. Sie müssen sich mit dieser volkswirtschaftlichen Realität endlich einmal auseinander setzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deutschland ist an den unmöglichsten Standorten mit **Windenergieanlagen** zugepflastert, obwohl die Netze dafür nicht ausreichend vorbereitet sind und für die zusätzliche grundlastfähige Kraftwerke gebaut werden müssen,

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Das stimmt nicht!)

die sonst gar nicht gebraucht würden.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Darüber müssen wir auch einmal reden.

Wir reden für das Jahr 2002 bundesweit von effektiv 3 % Anteil an der Gesamtstromerzeugung dieser Republik durch die Windenergie. Bei einem europäischen Netz ist jede Zahl über einen landesweiten Versorgungsgrad - dieses Märchen wird auch von

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

Ihnen, Herr Minister Rohwer, immer noch so aufrechterhalten - reine Selbsttäuschung oder Volksverdummung. Ich sage das ganz deutlich. Sie können doch nicht bei einem europäischen Netz von einem Selbstversorgungsgrad von Schleswig-Holstein reden. Wovon reden Sie?

Der Ausbau der Windenergie ohne vorherigen **Ausbau der Netze** ist ein gefährliches Sicherheitsrisiko für die Stromsituation in dieser Republik. Er kann sich in Kürze als Schildbürgerstreich à la New York erweisen. In der Fachliteratur wird über diese Gefahr, die aufgrund der un stetigen Windeinspeisung durch die Nichtmodernisierung der Netze heraufzieht, intensiv geredet. Das ist ein ernsthaftes Problem. Sie nehmen es überhaupt nicht wahr. Sie wollen es überhaupt nicht wahrnehmen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben null Ahnung! Das stimmt!)

- Nein, ich habe nicht null Ahnung. Offensichtlich haben Sie null Ahnung.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Ich merke, dass ich mit meiner Redezeit deutlich in Schwierigkeiten geraten bin. Lassen Sie mich zum Schluss kommen.

(Zurufe von der SPD)

Es wäre fast witzig, wenn es nicht so traurig wäre. Herr Vahrenholt und Herr Schmoldt, der eine grün und der andere rot, befürworten eine längere Laufzeit der Kernkraftwerke, um den steigenden Bedürfnissen nach Reservekapazitäten aufgrund erhöhter Windeinspeisung gerecht werden zu können. In der „Financial Times“ wird das mit 100 Milliarden € pro Jahr veranschlagt.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Ich versuche, meinen letzten Satz zu formulieren. Das ist besonders schwierig.

(Zurufe von der SPD)

- Wenn hier ständig dazwischengebrüllt wird, kann ich nicht einmal meinen letzten Satz formulieren.

(Heiterkeit - Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Sie Ärmster!)

Ich sage Ihnen: Die Energiepolitik dieses Landes, auch dieser Landesregierung, die hoffentlich ein Stückchen realitätsnäher wird, ist bisher für den Stromverbraucher zu teuer und kostet Arbeitsplätze. Ich hoffe auf mehr Realitätssinn. Bisher konterkariert sie Ihre eigenen Bemühungen um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ich wünsche Ihnen mehr Realitätsnähe und damit auch mehr Erfolg in der Energiepolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke hat das Wort.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Durch das Klatschen wird es auch nicht besser! - Claus Ehlers [CDU]: Weitere Reden brauchen wir nicht! Das war alles in Ordnung! - Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Claus, kannst du eine Stellungnahme des Bauernverbandes abgeben? - Weitere Zurufe)

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Dürfte ich jetzt vielleicht auch einmal etwas sagen, meine Herren?

(Beifall)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beiden vorliegenden Anträgen ist eines gemeinsam. SPD und Grüne und die CDU treibt offenbar in der Energiewirtschaft immer noch die Staatsgläubigkeit. SPD und Grüne wollen, dass ausgerechnet die Landesregierung der Energiewirtschaft wirtschaftliches Verhalten verordnet und die CDU will **neue Staatsschranken**, neue Regulierungen gegen die Windenergie aufbauen und hat hierzu bekanntermaßen ihren Fachanwalt gegen Windenergie vorgeschickt.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Zu SPD und Grünen. Sie beschreiben, wie die Zukunft der Energiewirtschaft aussehen soll. Sie, die Energiewirtschaft, soll dafür sorgen, dass die Menschen weniger Energie verbrauchen. Die Kraft-Wärme-Kopplung wird als Endprodukt technischen Fortschritts festgeschrieben. Die Energiewirtschaft soll sich erneuerbarer dezentralisieren. Das ist ihr Befehl für die Zukunft der Energiewirtschaft.

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie über verschiedene „Zukünfte“ der Energiewirtschaft durchaus nachgedacht haben und dass Ihre Forderung nach mehr Staat aus Ihrer Sicht sicherlich das Bestmögliche wäre. SPD und Grüne haben noch nie viel Vertrauen in die Kraft der Gesellschaft bewiesen, Sinnvolles auch ohne staatlichen Zwang zu erzeugen.

(Beifall bei der FDP)

Dass detaillierter **staatlicher Zwang** die Entwicklung von Gesellschaften oder Wirtschaftszweigen - vorsichtig gesagt - eher behindert, beweist die Geschichte des letzten Jahrhunderts. Den Beweis des Gegenteils bleiben SPD und Grüne auch bei der Energie nach wie vor schuldig.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Im 19. Jahrhundert war es besser?)

Sie haben nichts dazugelernt. Schon wieder soll der Staat die Zukunft befehlen.

Sie könnten selbstverständlich Glück haben und nachträglich Recht bekommen. Es gibt ja auch Menschen, die einen Lotto-Jackpot gewinnen. Aber das ist noch viel wahrscheinlicher, als dass Sie mit Ihrer Staatswirtschaft Recht behalten.

Meine Damen und Herren, zu den einzelnen Punkten des Antrags! Die Energiewirtschaft soll Energie sparen. Die Antragsteller haben offenbar vergessen, dass die Energiewirtschaft ein Bedürfnis der Menschen befriedigt: Sie verkauft Energie, mit der die Menschen sich das Leben angenehmer machen. Wer will, dass **weniger Energie** verbraucht wird - das könnte man ja durchaus wollen -, müsste das **Verhalten der Menschen ändern**, die freiwillig so viel Energie kaufen. Dass die Energiewirtschaft hierfür die richtige Zielgruppe ist, bezweifle ich.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das Verhalten von Menschen und Unternehmen steuern verschiedene Ursachen, unter anderem Angebot und Nachfrage. Das Angebot wird von den Energieträgern, dem Stand der Technik und den Produktionskosten bestimmt. Womit sich am leichtesten das meiste Geld verdienen lässt, das wird überproportio-

nal angeboten. Die Nachfrage wird von den Bedürfnissen und den Einkommen der Menschen und Unternehmen bestimmt. Die preiswerteste Energie wird am stärksten nachgefragt. Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bestimmt den Energiemix und den Energiepreis.

Das alles sollte Ihnen nicht fremd sein, denn diese Zusammenhänge sind das Geheimnis des weltweiten Erfolges der **Marktwirtschaft**, auch der sozialen Marktwirtschaft. Diese Zusammenhänge verleiten zum Beispiel Unternehmen, stets nach besseren Produktionsmethoden zu suchen. Beim Energieverbrauch hat das seit der Zähmung des Feuers dazu geführt, dass der Anteil an fossilen Brennstoffen am weltweiten Energieverbrauch stetig abnimmt und immer stärker von festen über flüssige auf gasförmige und erneuerbare Energieträger übergegangen wird. Interessant ist, dass sich der Übergang zu saubereren Energien ungefähr seit 1950 verlangsamt hat - ungefähr seitdem sich die Politik immer stärker in die Details der Energiewirtschaft einmischt. Dass Sie jetzt fordern, dass sich der Staat noch stärker um diesen Teil der Wirtschaft kümmern soll, verheißt wenig Gutes weder für die Energiewirtschaft noch für die Umwelt und die Menschen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Damit komme ich zum effizienteren Energieeinsatz! Wer **mehr Effizienz** will, sollte die Kräfte von Angebot und Nachfrage nutzen, nicht den staatlichen Befehl. Augenscheinlich das größte Problem des derzeitigen **Energiemixes** ist der hohe Anteil an fossilen Brennstoffen, bei uns besonders das Öl, weltweit immer noch die Kohle. Damit die Energiewirtschaft preiswerte Energie mit weniger Problemen anbietet, sollte jede **staatliche Unterstützung für fossile Brennstoffe** sofort aufhören.

(Beifall bei der FDP)

Eindrucksvollstes Beispiel ist die deutsche Kohle: Wer etwas für einen effizienten Energieeinsatz erreichen will, muss endlich aufhören, teure deutsche Kohle mit knappen deutschen Steuergeldern zu kaufen. Die über 50 Jahre andauernde staatliche **Alimentation der Kohleindustrie** zur Anpassung an eine sich verändernde Welt sollte sofort aufhören. Das gesamte staatliche Regelwerk sollte nach weiteren Förderungen fossiler Brennstoffe durchsucht werden und man sollte sie abschaffen. „Gefunden, gestrichen“ sollte das Motto lauten. Allein das brächte neuen Energieformen einen relativen Vorteil und sparte Staat und Bürgern Geld.

(Beifall bei der FDP)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Es würden nicht mehr so viele Subventionen für sie gebraucht. Denn die sind teilweise nichts anderes als staatliche Abwehrbeihilfen gegen **staatliche Wettbewerbsverzerrung** zugunsten fossiler Brennstoffe.

Davon steht aber leider nichts in Ihrem Antrag. Warum eigentlich nicht? Trauten Sie sich nicht? Oder haben Sie doch die Vorstellung, dass der staatliche Befehl besser ist als alles andere?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Matthiessen, schön, dass Sie sich wieder zu Wort gemeldet haben. - Der Staat soll offensichtlich auch dafür sorgen, dass **erneuerbare Energien** stärker als bisher dezentral genutzt werden. Hier haben Sie einen Trend erkannt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass dies ohnehin der bedeutendste energiewirtschaftliche Trend des 21. Jahrhunderts sein wird - nicht, weil der Staat sich darum kümmert, sondern weil der technische Fortschritt es ermöglicht. Moderne Windmühlen sind ein Paradebeispiel dafür. Es gibt aber drei Probleme: Strom speichern ist teuer, **Windenergie** an sich ist noch zu teuer und die rot-grüne Politik in Schleswig-Holstein ist für die Windenergie viel zu teuer.

Windmühlen liefern nur Strom, wenn der Wind weht, und zwar nicht zu stark. Wir wollen aber immer Strom. Folglich muss man für die Zeiten vorsorgen, in denen der Wind nicht oder zu stark weht. Strom zu speichern ist sehr teuer, Reservekraftwerke sind es allerdings auch. Allein das begrenzt den sinnvollen Einsatz der Windenergie.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten
Thomas Stritzl [CDU])

Aber diese Grenze ist noch nicht erreicht, und auch hier wird der technische Fortschritt die Kosten senken und die Grenzen erweitern, auch ohne dass sich der Staat einmischt.

Das zweite Problem der Windkraft sind **zu hohe Kosten** im Vergleich zu herkömmlichen Energieträgern bei den gegenwärtigen Energiepreisen. Denn die Windenergieunternehmen haben zu wenig versunkene Kosten und sind auf der Lernkurve noch zu weit unten. Deshalb wäre die Windkraftindustrie bei uns derzeit ohne staatliche Hilfe kaum wettbewerbsfähig.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer
[SPD])

- Natürlich, das habe ich doch überhaupt nicht bestritten. Aber die Kernkraft spielt bei uns doch keine Rolle; Sie haben ja eben von dem Kompromiss gesprochen. Natürlich ist das so, das habe ich nie bestritten:

Sowohl die Kohle als auch die Kernkraft, alles ist staatlich subventioniert worden. Aber zurzeit sind die Kernkraftwerke, weil sie abgeschrieben sind, in der Produktion sehr günstig. Das wird doch niemand bestreiten.

(Unruhe)

Die Vertreter der Windindustrie selbst sagen, dass mit dieser Subventionierung in zehn Jahren Schluss sein muss und kann. Wer es dann nicht geschafft hat, dem helfen Subventionen auch nicht mehr. Das sollte die Politik doch aufgreifen!

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der
CDU)

Die **Förderung** der Windkraft im Rahmen des Gesetzes über erneuerbare Energien sollte auf zehn Jahre **begrenzt** werden und in dieser Zeit progressiv auf Null sinken. Das schüfe für alle Beteiligten klare Rahmenbedingungen und würde den technischen Fortschritt bei der Windkraft beschleunigen.

Branchenbezogene Subventionen hemmen immer den technischen Fortschritt. Wenn man sein Geld vom Staat bekommt, investiert man - sinnvollerweise - in immer bessere Methoden, dem Staat das Geld auch abzunehmen. Das geht zulasten marktfähiger Innovationen.

Das dritte Problem der Windenergie in Schleswig-Holstein ist Rot-Grün, vor allen Dingen Grün. Die **Umweltbürokratie** ist die größte **Wachstumsbremse** in Schleswig-Holstein. Die Diskussion um die FFH-Gebiete zeigt das deutlich. Gutachten über das Freizeitverhalten der Zauneidechse sind wichtiger als Arbeits- und Kindergartenplätze. Diese ideologische Scheuklappenpolitik bremst auch die Lieblingsindustrie der Grünen, die Windkraft.

Ein Beispiel! Ein Betreiber musste sich vertraglich verpflichten, seine Windmühle in einem Rapsfeld auszuschalten, wenn der Raps blüht und gleichzeitig die Temperatur zwischen 0 und 10 Grad Celsius liegt, weil dann Fledermäuse aus einem nahe gelegenen Bauernhof zum Essen ins Rapsfeld fliegen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Absurdistan! -
Weitere Zurufe von der FDP)

Die Absurdität ist offensichtlich.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der
CDU)

- Es ist ein Beispiel aus Schleswig-Holstein.

Lassen Sie mich zum Schluss auf einen weiteren Aspekt kommen. Wir reden auch über **Offshore-Windparks**. Ich denke, es wird eine vernünftige

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Entwicklung geben. Allerdings hat die Ministerpräsidentin dieses Landes offensichtlich noch nicht gemerkt, dass die Erde keine Scheibe, sondern eine Kugel ist. Sie hat sich nämlich dafür eingesetzt, auch die entfernteren Windmühlen noch viel entfernter zu setzen und noch viel kleiner zu machen, damit man sie vom Strand aus nicht mehr sieht. Wenn man bedenkt, dass es eine Erdkrümmung gibt, sollte das eigentlich kein Problem sein.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

Wenn die Ministerpräsidentin dieses Landes die Erde allerdings nach wie vor für eine Scheibe hält, brauchen wir uns über die Gesamtpolitik nicht zu wundern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Energiefrage ist eine, wenn nicht die zentrale Zukunftsfrage. Die gegenwärtige Situation der Energieversorgung ist von drei Problemen gekennzeichnet: erstens Schädigung der Umwelt, zweitens Raubbau an begrenzten Vorräten, drittens ungerechte Verteilung des Zugangs zu Energie.

Ich möchte zunächst auf die **Umweltproblematik** eingehen. Neben dem Problem der sicheren Lagerung von hoch **radioaktivem Atommüll** für viele tausend Jahre besteht die Gefahr großer Unfallereignisse. Die Freisetzung des Mülls kann menschliches Leben unfähig zerstören. Er ist praktisch für ewige Zeiten sorgsamer als die Büchse der Pandora zu hüten. Diese **Zukunftslast** erscheint für kommende Generationen in einem anderen Lichte, wenn das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet und die letzte Kilowattstunde Atomstrom verbraucht ist. Unsere Zuhörerschaft da oben wird in der Mitte ihres Lebens genau diese Situation vorfinden, dass sie nur noch auf dem Müll herumsitzt und keine Vorteile mehr davon hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich damit ebenso auseinander setzen wie die nachfolgenden Generationen 10.000 Jahre später.

(Martin Kayenburg [CDU]: Glauben Sie den Blödsinn eigentlich, den Sie da erzählen?)

- Das ist doch Physik. Das hat nichts mit Glauben zu tun, Herr Oppositionsführer. Wir wissen, dass wir Atommüll aufbewahren müssen. Wir wissen, dass die

Produktion ein Ende haben wird. Das werden diese jungen Menschen - wie meine Kinder auch - erleben.

Durch den Ausstiegsbeschluss werden unsere AKWs eine Gesamtlaufzeit von 32 Jahren haben. In den USA werden die Gesamtlaufzeiten bis zum technischen Ende auf 60 Jahre ausgedehnt. Atomkraft steht also nur für eine oder zwei Generationen zur Verfügung. Ihre Hinterlassenschaft jedoch dauert ewig. Das ist - neben einer Reihe anderer sehr wichtiger Gründe gegen diese Energieerzeugung - ethisch nicht vertretbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die CDU stellt hier im Landtag dankenswerterweise eine Große Anfrage zur Endlagerung von Atommüll. Wo Sie damit Ihren politischen Gewinn erzielen wollen, begreife ich im Moment nicht. Die Antwort ist in den wesentlichen Punkten heute schon klar. Der energiepolitische Sprecher und die energiepolitische Sprecherin von CDU und FDP sind Juristen. Sie wissen, de jure gibt es kein **Endlager**. Zum so genannten geordneten Betrieb eines AKWs reicht ein Entsorgungsvorsorgenachweis von sechs Jahren. Auch was die technische Seite angeht, so ist ein Endlager bis heute nicht definiert. Das ist auch in den 16 Jahren schwarz-gelber Kohl-Regierung nicht geschehen. Da wäre ja vielleicht die Zeit gewesen, dieses Problem einmal einer Lösung zuzuführen. Nicht umstritten ist nur, es wird eines geben müssen; denn der Atomschrott ist bereits da.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerssenbrock?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein. - Die **Klimaveränderung** zeigt sich in der Zunahme extremer Wettersituationen. Die Niederschläge 2001 haben nicht nur zu Überschwemmungen mit Kosten von 20 Milliarden geführt, sondern sie haben in Schleswig-Holstein, von der Öffentlichkeit relativ wenig beachtet, einen Ernterückgang von 20 % bei Raps zur Folge gehabt. Ökologische Probleme wie Klimaschutz sind also keine Luxusprobleme.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was hat das miteinander zu tun?)

- Es hat umfangreiche Niederschläge gegeben, Herr Oppositionsführer.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

(Detlef Matthiessen)

- Das hat mit Kernkraftwerken nichts zu tun, sondern das hat etwas mit fossilen Energieträgern zu tun, die wir in hohem Maße verbrauchen. Ich erkläre Ihnen nachher am Rande noch einmal den Zusammenhang zwischen Energiekonsumption und Klimafolgen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Wie sonst nirgendwo zeigt sich bei der Energiefrage die **Globalisierung** als unausweichliche Verkettung der Menschen und der Länder in unserer einen Welt: **globaler Klimawandel**; weltweit Armut und Reichtum als Spiegelbild der Energieverfügbarkeit. Während ein Nordamerikaner 12 t Energie pro anno verbraucht, sind es im Tschad 7 kg. In Indien aber - eine Milliarde Einwohner - sind es 0,4 t. In China - 1,5 Milliarden Einwohner, 8 % Wirtschaftswachstum - ist es inzwischen eine Tonne. Ein Fünftel der Menschheit hat keinen Zugang zu Elektrizität in irgendeiner Form. Zwei Fünftel haben einen schlechten Zugang zu Energie überhaupt und verbrauchen im Wesentlichen traditionelle Biomasse. Sie machen also ab und zu einmal ein Feuer am Herd an.

Der **Energiehunger** ist also sehr nachvollziehbar. Der Raubbau an Energierohstoffen ist ungebremst. Die International Energy Agency, IEA, prognostiziert in ihrem „World Energy Outlook“ für 2030 eine **Steigerung um zwei Drittel**. In absoluten Zahlen ausgedrückt: 9,1 Gtoe in 2000 und ein Anstieg auf 15,3 Gtoe in 2030. „Gtoe“ heißt Gigatonnen Öl Äquivalent. Das ist ein jährlicher Anstieg von 1,7 %, was ja erst einmal sehr moderat klingt. Aber in den letzten drei Dekaden hatten wir einen Anstieg von immerhin 2,1 %.

An der Steigerung sollen die Entwicklungsländer voraussichtlich zu 60 % beteiligt sein. Deutschland ist nach den USA weltweit zweitgrößter Exporteur. Deutschland ist gleichzeitig in Bezug auf Energierohstoffe praktisch vollständig importabhängig. Bei keinem Thema sind wir so global verstrickt wie bei der Energie.

Haben wir Zeit? Erdöl deckt 38,5 % des weltweiten Energieverbrauchs ab, Erdgas zirka 24 %. Das sind zusammen 62,5 %. Ohne die genannten Steigerungsraten beträgt die statistische Reichweite für Erdöl 43 Jahre und für Erdgas 64 Jahre.

(Zuruf von der CDU)

- Ich beziehe mich da auf den Bericht des Bundesamtes für Geowissenschaften und Rohstoffe. Ich kann ihn Ihnen gern zur Verfügung stellen.

Der so genannte Depletion Mid Point, also die **Überschreitung des Fördermaximums**, auch in diesem Bericht erwähnt, wird für Erdöl 2015 und für Erdgas

2019 erwartet. Danach haben wir wegen zunehmender Verknappung eine entsprechende Steigerung der Preise. Aufgrund der steigenden Preise werden so genannte unkonventionelle Ressourcen - um das auch gleich mit abzuarbeiten - nur sehr begrenzt ökonomisch erschlossen.

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]: Das sind zehn Jahre alte Zahlen!)

- Ich zeige Ihnen den Bericht. Er ist von Oktober 2002.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Bericht ist von Oktober, aber die Zahlen sind zehn Jahre alt! - Klaus Schlie [CDU]: Manche leben in der Vergangenheit!)

- Nein. Ich gehe auch gesichert davon aus, dass Sie von diesen Themen keine Ahnung haben. Sie haben mit Sicherheit keinen Blick in irgendeine dieser Quellen geworfen. So gut kennen wir uns nun wirklich in diesem Hause.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Veronika Kolb [FDP]: Täuschen Sie sich nicht!)

Sie brauchen mich energiepolitisch nun wirklich nicht zu konfirmieren.

Wir haben also keine Zeit. Im Energiebereich haben wir es mit **Langfristinvestitionen** zu tun. Es geht um Zeiträume von mindestens 20 Jahren bis zu 60 Jahren, wenn man an Braunkohlekraftwerke denkt. Wir müssen also wissen, wohin die Entwicklung geht, wenn wir heute die richtigen Entscheidungen treffen wollen.

Ich habe drei Hauptprobleme genannt. Es gibt drei Lösungsansätze. Die drei Säulen der notwendigen Energiewende sind: Einsparung von Energie, effizientere Nutzung, konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energieträger, also der Einstieg ins Solarzeitalter. Das steht auch so in unserem Antrag. Auf keine der drei Säulen kann verzichtet werden. Keine beantwortet für sich allein die Frage nach der Lösung des Energieproblems.

Bundes- und Landespolitik werden an diesen drei Säulen ausgerichtet. Von den 16 Gesetzen und Verordnungen auf Bundesebene, die mit Klimaschutz und Energiewende zu tun haben, hat die FDP alle abgelehnt. Die CDU hat immerhin drei mitgetragen. Sie wird, wie man hört, die EEG-Novelle, die Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, diesmal offenbar mittragen.

Schleswig-Holstein unterstützt die **Windenergie**. Schulen beteiligen sich am Fifty-fifty-Programm. Es

(Detlef Matthiessen)

gibt die **Kampagne zum Sparen** von Stand-by-Strom. Ich erinnere an das Impulsprogramm. Wir haben den doppelten Anteil an Fernwärmeversorgung im Vergleich zum Bund. Es sind Biogasanlagen entstanden. Mobile Energieberater sind im Lande tätig. Im TÖZ sitzen Energiefirmen. Im ZET und im KITZ sitzen Energiefirmen. Müllkippen liefern Deponiegas an Blockheizkraftwerke. Es ist sehr viel passiert, wenn auch sicherlich noch viel mehr passieren muss und wird.

Nun haben wir in Schleswig-Holstein die besondere Situation, dass insbesondere die Windenergie eine Ausnahmestelle innehat. Das liegt an Folgendem: Wir haben gute natürliche Bedingungen. Es ging hier im Lande sehr früh los. Es entstanden daher zahlreiche neue Firmen. Wir haben eine blühende Wirtschaft in diesem Sektor. Die Ministerpräsidentin ist Schirmherrin der weltgrößten Industriemesse, der HUSUMwind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir decken unseren Stromverbrauch zu 25 % aus Windenergie ab. Unsere Ingenieure bauen Windmühlen, die direkt aus salzigem Wasser Trinkwasser erzeugen können. Neben gigantischen Offshore-Windenergieanlagen werden auch kleine hoch intelligente Anlagen für den Inselbetrieb in Entwicklungsländern entworfen. Wir haben uns das auf der „HUSUMwind“ gemeinsam ansehen dürfen. Was macht da die CDU?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, ich muss Sie auf die Redezeit hinweisen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Während Berlin und Kiel eine konstruktive Energiepolitik betreiben und Zukunftstechnologien unterstützen, fällt der CDU in Schleswig-Holstein nur Obstruktion zu Lasten unserer Wirtschaft ein. Sie fordern keine Gebietsausweitung, Zahl der Windenergieanlagen reduzieren, Höchstzahlen festlegen, immissionsschutzrechtliche Abstände vergrößern, Höhenbegrenzung, höhere Anforderungen an Projektplaner. Die CDU versucht, was sie kann, um die Windenergie zu be- und verhindern, und die CDU tut das mit großem Fleiß und mit vielen Anträgen und Anfragen. Sie können sich nicht herausreden, das sei die Besessenheit eines einzelnen Exoten. Erstens nennt er sich energiepolitischer Sprecher. Er steht als solcher auch für das fachliche Renommee Ihrer Fraktion. Zweitens steht unter den Anträgen immer der Name des Spre-

chers „und Fraktion“. Ich muss also davon ausgehen, dass diese Politik mehrheitlich von Ihnen mitgetragen oder jedenfalls von der Fraktion nicht verhindert wird.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte, formulieren Sie Ihren letzten Satz.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mit der Wahrnehmung der Interessen unseres Landes hat das nichts zu tun. Wir lehnen den Antrag der CDU ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg kann ich sagen, dass wir die Forderungen des rot-grünen Antrages natürlich unterstützen, auch wenn ein wichtiger Halbsatz fehlt. Nach den Worten „Die Landesregierung wird aufgefordert“ müsste eigentlich der Halbsatz „entgegen den Intentionen von Teilen der Bundesregierung“ eingeschoben werden. Was auf Bundesebene immer wieder diskutiert wird, ist mehr als eine Rolle rückwärts. Es ist ein Zurück in die energiepolitische Steinzeit, in der sich der Kollege Kerksenbrock ja schon seit langem befindet.

Mit unserem seinerzeitigen Antrag zum Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir uns frühzeitig dafür eingesetzt, dass die **Förderung von erneuerbaren Energien** erhalten bleibt und dass die betroffenen Wirtschaftszweige Planungssicherheit erhalten. Gerade wir in **Schleswig-Holstein** profitieren von der Entwicklung der erneuerbaren Energien. Wenn wir an die Produktion von Strom und Wärme aus Biogasanlagen und aus Windenergieanlagen denken, wissen wir, dass wir eine **Führungsposition am Markt** haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Führung wollen wir erhalten und ausbauen. Deshalb ist es notwendig, dass wir den betroffenen Wirtschaftszweigen **langfristige Perspektiven** bieten. Deshalb war es seinerzeit auch notwendig, dass wir uns rechtzeitig als Landtag in die Diskussion um das EEG eingebracht haben und wir so unseren Einfluss geltend gemacht haben. Die wichtigsten Forde-

(Lars Harms)

rungen seinerzeit waren die Konzentration der Förderung auf kleine dezentrale Biogasanlagen und der Erhalt der Windenergieförderung.

Umweltminister Trittin ist diesen Anregungen aus Schleswig-Holstein auch weitestgehend gefolgt, was zeigt, dass bis dahin eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik verfolgt werden sollte. Aber immer wieder spielt Bundeswirtschaftsminister Clement seine eigenen Spielchen. Am liebsten würde er die Förderung der erneuerbaren Energien zugunsten der umweltschädlichen Kohlesubventionen streichen. Das können wir so nicht akzeptieren. Minister Clement will die alte umweltschädliche Kohlesubvention aufrechterhalten - das dokumentiert er immer wieder, lieber Kollege von Hielmcrone - und damit auch zukunftsweisende Techniken abblocken. Das ist Politik, die gegen das Land Schleswig-Holstein und insbesondere gegen den Landesteil Schleswig gerichtet ist. Clement will dauerhafte Subventionen für sein Stammland und seine Wählerklientel und dabei andere, die zukunftsorientiert arbeiten, verhungern lassen. Gut, dass es anscheinend nicht so weit gekommen ist.

Gemäß der bisher vorliegenden **EEG-Novelle** sollen die Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien langfristig sinken. Im Rahmen des auf Bundesebene zwischen den Ministern Trittin und Clement ausgehandelten Kompromisses wird nun die **Laufzeit der Einspeisevergütung** für erneuerbare Energien verkürzt werden. Dieser Kompromiss ist sicherlich noch erträglich für unsere heimische Wirtschaft und damit zu begrüßen, aber ich habe das Gefühl, wir müssen wachsam bleiben, obwohl sich das EEG inzwischen wegen seiner Vorzüge zum europaweiten Exportschlager entwickelt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Die Vorteile dieses Gesetzes und der damit verbundenen neuen Energiepolitik sind frappierend. Im Gegensatz zur Atomsubvention, die immer noch auf steuerliche Art und Weise stattfindet, und im Gegensatz zur Kohlesubvention ist die **Förderung erneuerbarer Energien** nicht als Dauersubvention, die noch zukünftige Generationen belastet, angelegt. Die Förderung dient der Markteinführung der erneuerbaren Energien. So machen wir unsere Unternehmen fit für den globalen Wettbewerb. Unsere **Windenergieunternehmen exportieren** ihre Anlagen nach Südamerika, nach Asien sowie in das europäische Ausland. Eine Delegation des Wirtschaftsausschusses konnte sich gerade in Schottland davon überzeugen, dass man auch dort auf die erneuerbaren Energien setzt. Hier ergeben sich Märkte, die wir nicht schon, ohne dass wir überhaupt angetreten sind, aufgeben

dürfen, nur weil manch einer Wählerstimmen in Nordrhein-Westfalen sichern will. Wer so handelt, handelt gegen die Interessen unserer Wirtschaft und vergibt Chancen für die Zukunft unseres Landes. Im Übrigen bin ich davon überzeugt, dass dies der Wähler in Schleswig-Holstein genau so sieht.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir den rot-grünen Antrag durchaus auch als kritischen Beitrag zur derzeitigen Bundespolitik sehen. Wir wollen die Einsparung von Energie und Strom. Wir wollen die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien. Wir wollen den Einsatz von regionalen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Wir wollen die Stärkung des Windkraftstandortes Schleswig-Holstein, und wir wollen, dass die schleswig-holsteinische Wirtschaft von der Entwicklung auf dem Energiesektor massiv profitiert.

Dass in den nächsten 20 bis 30 Jahren viele Kernkraftwerke geschlossen werden und somit gerade auch erneuerbare Energien neben anderen klassischen Energieträgern zum Einsatz kommen werden, wird erheblich dazu beitragen, dass **Arbeitsplätze** in der Region geschaffen werden. Diese Arbeitsplätze sollen vor allem in Schleswig-Holstein geschaffen werden. Deswegen macht eine nachhaltige Energiestrategie der Landesregierung Sinn.

Gleichzeitig darf man natürlich nicht die Schwierigkeiten, die mit den erneuerbaren Energien zusammenhängen, aus den Augen verlieren. Die wachsende **Kritik an Windkraftanlagen** verdeutlicht, dass die Landesplanung sehr sensibel vorgehen muss. Deshalb muss die Landesregierung erkennen - und das tut sie auch, wie ich glaube -, dass die bestehenden Gebiete im Moment vollkommen ausreichen. Zurzeit werden weniger als die Hälfte der Energieleistungen ausgeschöpft, die nach dem Stand der Technik auf den Windeignungsflächen möglich wären. Es könnten noch etwa 500 Windkraftanlagen gebaut werden. Auch das „**Repowering**“ also das Aufrüsten von bestehenden Windrädern, und das Aufstellen von Offshore-Testanlagen lassen sich auf diesen Flächen durchführen. Ich sehe deshalb derzeit keine Veranlassung, **neue Gebiete** außerhalb der Eignungsräume auszuweisen oder besondere Genehmigungen für Testanlagen außerhalb dieser Räume zu erteilen. **Schleswig-Holstein** ist **Spitzenreiter** in Sachen Windenergie, und das soll so bleiben. Wir müssen aber zuerst die zur Verfügung stehenden räumlichen Kapazitäten voll ausschöpfen, bevor wir daran denken können, die Windkraftgebiete auszuweiten. Nur so sichern wir uns auch die Akzeptanz der Bevölkerung. Insofern können wir uns dem Punkt 1 des CDU-Antrages anschließen.

(Lars Harms)

Lieber Kollege von Hielmcrone, das Problem in Husum ist gelöst. Auch diese Lösung findet innerhalb von Eignungsräumen statt. Insofern ist das kein Problem. Wir sollten daran festhalten, erst **Eignungsräume** zu bebauen. Erst wenn wir damit vollkommen fertig sind, können wir uns über alles Andere unterhalten.

Was den Punkt 2 angeht, haben wir natürlich eine andere Haltung. Wir wollen die Anlagenzahl nicht reduzieren, sondern weiterhin in den Windeignungsflächen Windenergieanlagenbau zulassen. Die Eignungsräume sind nach objektiven Kriterien ermittelt worden, und man hat seinerzeit festgelegt, dass man bereit wäre, in diesen Räumen Anlagen zuzulassen. Dies geschah auch seinerzeit schon vor dem Hintergrund der **maximalen Ausnutzung dieser Flächen**. Damals dachte man noch an leistungsschwächere Anlagen. Aber dass wir nun mit weniger Anlagen mehr Leistung erwirtschaften können, bedeutet ja nicht, dass wir in der Energiegewinnung stehen bleiben, sondern dass wir mehr Möglichkeiten zur Weiterentwicklung haben. Wenn wir mehr Energie aus erneuerbaren Energiequellen bei gleich bleibendem Flächenverbrauch erwirtschaften können, so können wir mehr als zufrieden sein. Auf keinen Fall darf dies Anlass zu Rückschritten sein. Wir sollten uns neue Ziele setzen, wie viel Energie wir nun aus erneuerbaren Energien gewinnen können, anstatt eine Weiterentwicklung dieses Sektors zu blockieren.

Die Punkte 3 und 4 des Antrages der CDU beschäftigen sich mit der Höhe der Anlagen und mit Abstandsregelungen. Bisher sieht die Raumordnungsplanung eine **Höhe** von maximal 100 m vor. Der technische Fortschritt ist aber schon weiter. Jetzt dogmatisch an der **100-m-Grenze** festzuhalten, ist nicht zielführend. Notwendig ist jetzt eine genaue Planung, in welchen Eignungsräumen höhere Anlagen möglich sind. Dies muss sich wie bisher an objektiven Kriterien orientieren. In dieser Frage ist man schon weiter, als es der Antrag suggeriert. Der diesbezügliche Erlassentwurf der Landesregierung sieht konkrete Bedingungen für höhere Anlagen vor. Daher empfiehlt es sich, die Bestimmungen in diesem Erlass genau zu diskutieren.

Gleiches gilt für die **Abstandsregelung** zur Wohnbebauung. Auch hier gibt es Regelungsvorschläge im Erlassentwurf, die nicht immer auf die Freude der Windanlagenbauer treffen. Ich glaube, dass man sich darauf einigen kann, dass man sich an den geltenden rechtlichen Regelungen zum Immissionsschutz - zum Beispiel an der TA Lärm - orientiert. Dann wird man zu vernünftigen Lösungen kommen. Diese Lösungen werden automatisch dazu führen, dass weniger größere Anlagen gebaut und die vielen kleinen Anlagen

verschwinden werden. Gleichzeitig werden vernünftige Abstandsregelungen gelten. Diese Regelungen werden aber umfangreicher sein müssen, als dass man sie in einigen Sätzen in einem Antrag formulieren kann.

Wichtig ist, dass zukünftige Investoren nicht einer ausufernden Bürokratie ausgeliefert werden. Wenn sich die baurechtliche Genehmigung von Windkraftanlagen an **immissionsschutzrechtlichen Maßstäben** zu orientieren hat, so kann dies im Baugenehmigungsverfahren geregelt werden. Ob dazu immer und grundsätzlich ein aufwändiges Gutachten notwendig sein muss, wage ich zu bezweifeln. Wenn es schnell gehen soll, dann muss es auch ein schnelles Baugenehmigungsverfahren geben, wenn man alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Wäre dies nicht der Fall, wären Windkraftanlagenbauer und Investoren einer ausufernden Bürokratie ausgeliefert, die schon allein aufgrund der Tatsache, dass sie so schwerfällig ist, neue Entwicklungen im Keim erstickt. Dies wird von der CDU mit Recht in vielen Bereichen kritisiert und muss deshalb auch im Bereich der Windenergie gelten. Weniger Bürokratie und Regelungswut ist daher mehr.

Für uns als SSW ist es wichtig, dass wir den Schwerpunkt erneuerbarer Energien in der schleswig-holsteinischen Landespolitik weiterentwickeln und vor allem die Chancen wahrnehmen, die sich uns bieten. Wir sind auf dem internationalen Markt Vorreiter. Diese Möglichkeiten gilt es zu nutzen, denn die Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig zeigt, dass hier enorme Potenziale für den Arbeitsmarkt stecken. Diese Potenziale dürfen wir nicht an andere Regionen abtreten. Diese Arbeitsplätze müssen hier erhalten und weitere neu geschaffen werden. Daher können wir dem Arbeitsplatzvernichtungsantrag der CDU in keinsten Weise zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kerssenbrock, - -

(Zuruf: Der ist schon weg!)

(Karl-Martin Hentschel)

- Ist er schon weg? - Schade! Erstens. Zu Ihrer Theorie der Atomenergie: Die Atomenergie wird maximal zwei Generationen reichen. Dann ist Schluss! Mehr ist nicht da. Dafür schaffen wir **strahlendes Material**, von dem in 25.000 Jahren, also dem 12fachen an Jahren, die seit Christi Geburt vergangen sind, noch die Hälfte übrig sein wird. Dieses Material werden wir weitere 25.000 Jahre und dann noch einmal 25.000 Jahre und so weiter bewachen, kühlen, verarzten müssen. Wer soll das garantieren? Das alles, damit zwei Generationen - und weiter nichts - Energie haben. Das ist ein völlig unsinniger Prozess und eine völlig unsinnige Übergangstechnologie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zweitens. Wir wissen, dass das Maximum der Ölvorsorgung 2015 erreicht sein wird. Ab dann wird die Menge des produzierten Öls - nach allen internationalen Statistiken - sinken. Ab 2020 wird die Menge des produzierten Gases sinken. Wenn wir bis dahin nicht die Alternativen haben, um schrittweise vom Öl und vom Gas wegzukommen, dann wird Folgendes passieren: Die Preise werden dramatisch anziehen. Wir werden eine **Weltwirtschaftskrise** haben, die sich gewaschen haben wird. Dafür gibt es ökonomische Simulationsmodelle, die bis zu einem kompletten Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen. Ich bitte Sie, das nachzulesen. Ich wünschte mir, dass die energiepolitischen Sprecher der CDU und der Liberalen endlich einmal Leute wären, die etwas von der Wirtschaft verstehen und nicht nur Juristen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wir haben durch die Energieproduktion ökologische Probleme mit unserer Atmosphäre, die zu einer dramatischen **Klimaveränderung** führen. Wenn man diese Probleme nicht ernst nimmt, dann lassen wir dies unsere Kinder und die nächsten Generationen ausbaden. Man kann sicher differenziert darüber diskutieren. Ich habe diese differenzierte Diskussion hier aber nicht gehört. Ich habe nur Ignoranz bemerkt. So kann man mit diesem Problem nicht umgehen, das unsere gesamte Zukunft bestimmen wird!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist erstaunlich, dass die Position, die hier vonseiten der CDU vertreten wird, offensichtlich eine Minderheitenposition ist. Der Herr Austermann, der ein Bundestagsabgeordneter Ihrer Partei und Führer Ihrer Bundestagsgruppe ist, läuft herum und sagt, die Landesregierung würde die Windenergie nicht genügend

fördern. Das ist interessant! Herr Lamp schreibt mir ununterbrochen Briefe, ich sollte mich stärker für Biomasse einsetzen. Er ist Vorsitzender der Bundesinitiative Bioenergie. Ihr neuer Kandidat, Herr Carstensen, kriecht in Husum in Windmühlen herum und erzählt Phantasiezahlen, nämlich dass in Husum in den nächsten Jahren 4.000 neue Arbeitsplätze durch Windenergie entstehen. Das hat noch nicht einmal Rot-Grün behauptet. Gleichzeitig tritt Ihr energiepolitischer Sprecher hier im Landtag auf und erzählt, Windenergie sei von Übel. Sie würde unsere Wirtschaft schädigen. Wir würden im Lande Unsinn betreiben, weil wir einen vernünftigen Ordnungsrahmen schaffen. Ich kann nur sagen: Wenn etwas chaotisch ist, dann ist es diese christdemokratische Partei in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gibt aber noch einen Punkt, den Sie einmal nachlesen sollten. Sie behaupten, regenerative Energien könnten unsere Energieprobleme nicht lösen. Es gibt im Lande eine Universität, die sich mit Energiewirtschaft beschäftigt. Das ist die **Universität Flensburg**. Diese Universität hat ein Buch herausgebracht. Es beschreibt die zukünftige Versorgung Europas mit regenerativen Energien. Es beschreibt den kompletten **Umstieg der Energiewirtschaft**. Ich sage nicht, dass alles in diesem Buch richtig ist. Auch Wissenschaftler können sich irren. Bevor Sie aber solche Dinge behaupten, wie Herr Kerksenbrock sie in diesen Raum gestellt hat, würde ich erwarten, dass Sie bereit sind, sich zumindest ausführlich mit diesen wissenschaftlichen Thesen, Beschreibungen und Statistiken, in denen alles beschrieben ist, was man für eine Energiewirtschaft der Zukunft braucht, auseinander zu setzen und es nachzulesen. Ich finde, das kann man von einem energiepolitischen Sprecher erwarten, oder nicht?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Mir liegt noch eine Wortmeldung zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor. Ich erteile Herrn Abgeordneten Malerius das Wort.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hentschel, über Graf Kerksenbrock und die CDU-Fraktion brauchen wir gar nicht mehr zu disku-

(Wilhelm-Karl Malerius)

tieren. Herr Harms hatte das ganz klar definiert: Die CDU befindet sich in der Steinzeit. Was soll es also?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe noch eine Frage an Frau Aschmoneit-Lücke - ich schätze Sie sehr -: Könnten Sie zu dem Beispiel, das Sie gebracht haben, hier und jetzt sagen, wo sich diese Windmühle in den Rapsfeldern befindet, damit wir den Fall aufklären können?

(Beifall bei SPD und SSW - Wortmeldung der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Dann erteile ich Frau Abgeordneter Aschmoneit-Lücke nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu einem weiteren Kurzbeitrag das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da ich direkt angesprochen bin, sage ich ganz kurz: Ich habe neulich ein Gespräch mit Herrn Vahrenholtz und Herrn Albers, dem Vorsitzenden des Windenergieverbandes, geführt. Ich habe beiden geglaubt, denn sie haben mir erzählt, dass es dieses Beispiel in Schleswig-Holstein gibt. Wo genau in Schleswig-Holstein das ist, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Ich habe es auch dem Herrn Umweltminister schon gesagt: Ich werde das selbstverständlich recherchieren und Ihnen den genauen Ort mitteilen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein gutes energiepolitisches Konzept ist energiewirtschaftlich langfristig vernünftig und setzt auf den richtigen Energiemix. Ein gutes energiepolitisches Konzept aus Schleswig-Holstein ist gut für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese beiden Voraussetzungen erfüllt unser Konzept in vorbildlicher Weise, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens - das ist heute teilweise etwas untergegangen -: Gute Energiepolitik bedeutet, drei Säulen offensiv zu verfolgen. Die erste Säule ist die

Energieeinsparung, die wir manchmal vergessen. Hier bestehen aber erhebliche Potenziale, und wir in Schleswig-Holstein haben im Vergleich zu anderen Bundesländern vorbildhaft gezeigt, was möglich ist, und zwar nicht nur in den Schulen, sondern auch in vielen anderen Einrichtungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die zweite Säule ist eine sinnvolle technologische Weiterentwicklung, um die **Energieeffizienz** zu erhöhen. Das ist heute schon verschiedentlich angedeutet worden. Hierfür ist die Kraft-Wärme-Koppelung ein Beispiel. Außerdem gibt es die neuen Kohletechnologien. Wir sollten die **Kohle** nicht pauschal verdammen, sondern sollten wissen, dass es im Kohlebereich hochinteressante neue Technologien gibt, die gerade die umweltschädigenden Wirkungen verringern.

Die dritte Säule ist die Nutzung regenerativer Energien.

Es kommt - ich denke, wenigstens darüber sollten wir uns einig sein - auf den richtigen **Energiemix** an. Dieser Energiemix muss so gestaltet sein, dass wir eine sichere, preisgünstige und umweltschonende Versorgung haben.

Dazu möchte ich ein paar Anmerkungen machen. Sicherlich kann man darüber streiten, wie gefährlich die Kernkrafttechnologie ist. Das ist überhaupt keine Frage, und darüber haben wir auch lange gestritten. Aber es gibt längst saubere Analysen dazu, was diese Technologie bedeutet. Und es gibt auch eine klare Position der deutschen Bevölkerung dazu. Akzeptieren Sie in der CDU doch endlich, dass es eine klare Mehrheitsposition in der deutschen Bevölkerung gibt, dass man aus der **Kernkrafttechnologie** aussteigen will. Das ist so.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darüber kann der eine oder andere meinerwegen nachdenken und es nicht gut finden, aber Politik ist auch dazu da, gesellschaftliche Wünsche umzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

- Was ich heute an Zwischenrufen aus der FDP gehört habe, ist noch schlechter als sonst. Das ist mir an mehreren Stellen aufgefallen. Da waren Sie, Herr Kubicki, schon einmal besser, jedenfalls kompetenter.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Ich versuche noch einmal, drei, vier Punkte aufzunehmen, die vorhin von Ihrer Seite angesprochen worden sind. Sie sagen - wenn ich das richtig verstehe -: Windenergie ja, aber vernünftig. Das sagen einige von Ihnen so, einige von Ihnen anders. Wir haben das eben gehört. Ihre Funktionäre laufen da im Land mit unterschiedlichen Ansichten herum.

Aber genau das machen wir doch. Wir haben uns für einen **Kompromiss beim EEG** eingesetzt. Dieser Kompromiss liegt jetzt vor. Er schafft erstens klare und sichere Rahmenbedingungen für die Windenergiebranche und ist damit für Schleswig-Holstein lebenswichtig.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Er stellt zweitens sicher, dass wir eine Befristung und degressive Sätze haben. Das war eine alte Forderung von Ihnen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Von uns!)

Das ist in diesem Gesetz umgesetzt. Ich frage: Worüber streiten wir hier eigentlich? - Wir haben ein vernünftiges EEG.

Jetzt kommen Sie noch mit dem Thema **Subvention**. Dazu sage ich klipp und klar - das kommt gern von der FDP; Stichwort gute Marktwirtschaftler -: Das EEG ist keine Subvention, und zwar nicht, weil es formalrechtlich keine Subvention ist - das würde ich zur Seite schieben, das interessiert mich auch nicht -, nein, es ist auch wirtschaftspolitisch und marktwirtschaftlich keine Subvention. Wir haben das an verschiedenen Stellen diskutiert. Es ist marktwirtschaftlich keine Subvention, weil zu einem funktionierenden Preissystem gehört, dass wir die wahren **Preise** zugrunde legen, das heißt die echten volkswirtschaftlichen Kosten, und die so genannten externen Effekte dabei berücksichtigen. Wenn wir das tun, stellen wir fest, dass die Stromerzeugung aus regenerativen Energien positive externe Effekte hat, sodass wir diese in die Preisgestaltung mit rein nehmen müssen. Das ist eine ganz klare Argumentation. Das ist auch in vielen Studien nachgewiesen und das wissen Sie auch. Aber ich finde, dann sollten Sie das auch akzeptieren und sollten nicht mit „scheinmarktwirtschaftlichen“ Grundsätzen im Lande herumlaufen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dann gesagt, die **Grundlast** könnten wir nicht vernachlässigen. Das ist doch völlig unstrittig. Wer von uns hat denn gesagt, dass wir 100 % regenerative Energien in zehn Jahren erreichen wollen? -

Das ist nicht möglich. Wir müssen die Grundlast natürlich auch zahlen, und das tun wir. Die Kernkraftwerke werden auch nicht innerhalb von vier Jahren komplett abgeschaltet, sondern dafür gibt es einen klaren Fahrplan - das ist auch sinnvoll so. Und es gibt - was ich vorhin schon gesagt habe - neue Technologien, Verbesserungen in der Nutzung von Kohle- und Gaskraftwerken, es gibt den Versuch, weiter Energie einzusparen und, und, und. Das ist doch das einzige Konzept. Sagen Sie doch konkret, was Sie anders machen würden.

Dann haben Sie das Thema **Selbstversorgungsgrad** angesprochen. Ich benutze dieses Wort nicht, ich sage das differenzierter. Wir sagen: Es werden etwa 25 % des in Schleswig-Holstein anfallenden Strombedarfs im Äquivalent aus Windenergie erzeugt. In einem globalen Stromerzeugungssystem ist es gleichgültig, ob alles vor Ort auf einer Fläche produziert wird. Das ist doch der Punkt. Wir verhalten uns so, wie sich andere Länder auch verhalten sollten. Ich wäre froh, wenn die anderen Länder auch 25 % regenerative Energie erzielen würden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich abschließend sagen - Herr Kollege Buß wird jetzt noch kurz auf die landesplanerischen Aspekte eingehen -: Es gibt zu dieser Position keine Alternative. Und ich finde, Sie sollten so souverän sein, das hier deutlich zu sagen.

Das, was wir anstreben, sind sichere Preise, die auch für die Wirtschaft gut sind. Sie haben gesagt, wir müssten die **Arbeitsplatzeffekte** bei den Kernkraftwerken beachten. Das müssen wir auch, aber wir müssen daneben auch die Arbeitsplatzeffekte in der Windenergie sehen. Per Saldo haben wir in Schleswig-Holstein eine positive Arbeitsplatzbilanz in der Energieerzeugung. Das sollten Sie anerkennen. In diesem Sinne bitte ich Sie, Ihre Position noch einmal zu überdenken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und meinen Kollegen Klaus Buß bitte ich jetzt, die speziellen landesplanerischen Aspekte Ihres Antrags zu beleuchten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich Herrn Minister Buß.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Tagesordnungspunkt 30 möchte ich Folgendes sagen: Zu dem geplanten Beratungserlass „Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen“ ist - wie Sie alle wissen; auch die CDU weiß das natürlich - ein äußerst umfangreiches Anhörungsverfahren bei den Kommunen, Verbänden und Institutionen durchgeführt worden. Die Ergebnisse sind durch alle beteiligten Ressorts, Innen, Umwelt und Wirtschaft, zwischenzeitlich bewertet, gewichtet und abgewogen worden. Anfang Dezember ist die Veröffentlichung geplant. Daher kommt der Antrag von der CDU zeitlich eigentlich etwas spät.

Die Eckpunkte des Erlasses werden sein - in meiner Rede halte ich die Bezifferung Ihres Antrages bei -: Erstens, die **Eignungsgebiete** - das sind knapp 1 % der Landesfläche - bleiben so wie sie sind. Über die landesweite Teilfortschreibung aller Regionalpläne hat die Landesregierung die Windenergienutzung in Schleswig-Holstein auf die konfliktärmsten Räume im Land konzentriert. Sie hat damit ihren Part geleistet, auf der überörtlichen Ebene die Flächennutzung durch landesweit einheitliche Rahmenvorgaben zu steuern.

Zweitens, eine **Anlagenreduzierung** findet schon heute, vor allem im Rahmen des **Repowering**, statt. Darüber ist schon diskutiert worden. Denn die neuen Anlagen haben eine größere elektrische Nennleistung. Durch ihre Größe und Höhe erreichen sie windhöffigere Schichten mit stetigerer und umfangreicherer Windausbeute und sie haben eine höhere Flächenproduktivität, mehr Megawatt pro Hektar. Da höhere Anlagen aber aus technischen Gründen untereinander größere Abstände einhalten müssen, wird sich auch innerhalb der Eignungsräume die Zahl der Anlagen reduzieren.

Drittens, die gesetzlichen Abstände werden selbstverständlich eingehalten. Die neuen **Abstände**, die wir für Windkraftanlagen über 100 m Gesamthöhe empfehlen - ich betone: empfehlen! -, stellen eine logische Weiterentwicklung der in den Regionalplänen als Ziel festgelegten Abstände dar. Zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich wird der Abstandsfaktor geringfügig angehoben. Insgesamt werden in sachlich nachvollziehbarem Umfang größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und anderen Nutzungen, als sie möglicherweise rechtlich zulässig wären, empfohlen. Damit wird sowohl dem Schutzbedürfnis von Mensch und Natur und den Sicherheitsanforderungen im Hinblick auf die technische Infrastruktur als auch den Entwicklungswün-

schen der Windkraftanlagehersteller Rechnung getragen.

Viertens und fünftens, die **Höhenentwicklung** wird über die gesetzlichen und empfohlenen Abstände gesteuert. Es ist geltende Rechtslage, dass auch heute schon Windkraftanlagen mit über 100 m Gesamthöhe in den Eignungsgebieten im Grundsatz genehmigungsfähig sind. Die Zulässigkeit könnte nur durch Gesetze, das heißt zum Beispiel durch die Landesbauordnung oder das Immissionsschutzgesetz, eingeschränkt werden. Aber sie kann heute und in Zukunft durch die gemeindliche Bauleitplanung, das heißt Bebauungspläne als Ortsrecht, gesteuert werden.

Und sechstens ist die **Einhaltung des Emissionsschutzes** ebenfalls selbstverständlich.

Mit unserem Erlass - lassen Sie mich das abschließend sagen - nehmen wir den Gemeinden nicht die volle Gestaltungsverantwortung ab und greifen auch nicht in ihre Planungshoheit ein, sondern wir geben gewünschte und notwendige Hilfen und Klarstellungen. Ziel muss es sein, in der Bevölkerung und bei den politisch sowie den gesellschaftlich relevanten Akteuren die Akzeptanz für diese bedeutende alternative Energiegewinnungsform zu erhalten. Und es gibt dort in Teilen eine fragile Akzeptanz. Gleichzeitig sind die Belange des Natur- und Umweltschutzes, des Tourismus, der Denkmalpflege und die wirtschaftlichen Interessen zu berücksichtigen. Dabei sind wir nach meiner festen Überzeugung auf einem guten Weg. Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Schleswig-Holstein liegt gut im Wind!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zurufe von der CDU: Doch, doch!)

- Dann habe ich das übersehen, entschuldigen Sie. Ich erteile das Wort nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht das Land liegt gut im Wind, die Regierung liegt im Wind. Das, was hier gemacht wurde, war viel Wind. Ich will hier doch noch einmal deutlich ma-

(Martin Kayenburg)

chen, dass sich die CDU an keiner Stelle gegen die **Windenergie** ausgesprochen hat.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielmehr wollen wir einen vernünftigen **Energiemix**. Es ist ja wohl das gute Recht eines jeden Abgeordneten, eines - so sage ich einmal - unabhängigen Abgeordneten, auf die **Risiken** aufmerksam zu machen, die mit manchen Energieformen verbunden sind. Wenn hier der Wirtschaftsminister von Funktionären redet und damit offenbar Bundestagskollegen meint, frage ich mich, mit welchem Recht sich eigentlich der Kollege Matthiessen hier hinstellt, immerhin Geschäftsführer, Hauptgeschäftsführer - ich weiß nicht, was - des Industrieverbandes für Windenergie, und uns einen Lobbyvortrag hält, den wir uns anhören müssen, und keine objektive Auseinandersetzung mit diesem Problem führt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch wir sind der Auffassung, dass man Ressourcen schonen soll. Wir haben gesagt, die **Kernkraft** ist eine **Übergangsenergie**, die zurzeit allerdings noch nicht verzichtbar ist. Wir sollten uns aber, wenn wir Ressourcen schonen wollen, auch mit der Frage auseinander setzen,

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wo denn Ressourcen vergeudet werden. Damit sind wir beim Thema der **Grundlast**. Ressourcen werden zum Beispiel dadurch vergeudet, dass Windenergie eben nicht grundlastfähig ist.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin, wenn Sie es immer noch nicht gemerkt haben, fragen Sie doch einmal den Kollegen Lobbyisten Matthiessen! Der wird Ihnen erklären, dass stand-by Braunkohlekraftwerke oder andere Kraftwerke - aber insbesondere Braunkohlekraftwerke - gefahren werden müssen, um im Fall des Ausfalls von Windenergie diese zu ersetzen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das genau ist der Grund, warum diese Kraftwerke eben nicht in ihrer optimalen Produktionszone fahren. Hier werden definitiv Ressourcen vergeudet. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Im Übrigen, wenn hier über **Subventionen** geredet wird: Wir können uns gern über Subventionen strei-

ten, Herr Minister, es ist doch sicher, dass für jeden Arbeitsplatz im Bereich der Windenergie etwa Zweidrittel der Subventionen fällig werden, die auch für die Kohle fällig sind. Um Klartext zu reden: Das sind 30.000 € pro Kopf und pro anno. Das können Sie nicht mit irgendwelchen theoretischen Professorentricks wegdiskutieren. Das sind pro anno 30.000 € pro Kopf derjenigen, die in der Windenergie beschäftigt sind.

Das wollen wir nicht schlecht reden, aber das sind die Fakten. Das muss finanziert werden. Diese Kosten trägt der Bürger. Sie glauben doch nicht, dass die windenergieverteilenden Werke, dass die Kraftwerke, dass die Händler oder die Industrie diese Kosten tragen würden. Diese Kosten, Herr Minister, tragen wir alle. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein letzter Punkt, Herr Kollege Matthiessen! Wir haben gesagt, dass wir uns mit der Windenergie weiterhin beschäftigen wollen, dass wir die Windenergie weiter im Land wollen. Aber setzen Sie sich doch einmal mit Ihren Kollegen vom BUND auseinander und fragen Sie sie, wie sie beispielsweise Windparks offshore, aber auch onshore betrachten.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dort wird von erheblichen Barrieren beispielsweise im Vogelzug geredet, von großen Nachteilen für die Zugvögel.

(Zurufe von der SPD)

- Das war der BUND. Wenn Sie die Quelle wissen wollen, dann kann ich Ihnen die auch liefern. Unterbrechen Sie mich nicht weiter mit irgendwelchen unqualifizierten Äußerungen!

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Martin Kayenburg [CDU]:

Ich komme zum letzten Satz

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und will der SPD-Fraktion und den Grünen nur noch sagen, dass insbesondere Frau Mach-Baumgarten vom BUND diese Sorgen vor kurzem artikuliert hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, Ihr Beitrag war mehr als unverschämt.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich weise die Vorwürfe zurück, die Sie hier gegenüber dem Abgeordneten Matthiessen geäußert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Herr Matthiessen ist nicht Geschäftsführer. Diese Behauptung ist falsch. Herr Matthiessen ist nicht im Vorstand. Er hat selbstverständlich seinen Posten als Geschäftsführer der FGW niedergelegt, auch weil er genügend Arbeit im Landtag hat.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee! Dann gucken Sie einmal ins Internet, was darin steht!)

Damit bin ich bei dem Beitrag von Herrn Kubicki. Ich will für meine Fraktion ausdrücklich sagen, dass es eine Bereicherung ist, wenn Menschen aus der Wirtschaft zu uns kommen. Es ist nicht immer möglich, sofort die Position, die man in der Wirtschaft hatte, einfach niederzulegen und für ein paar Jahre zu unterbrechen. Wir brauchen Menschen, die den Mut haben zu sagen: „Ich gehe in den Landtag und versuche später auch, in meinen Beruf wieder zurückzugehen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir wollen nicht nur - ohne jetzt Beamte zu beschimpfen - Beamte und andere hier haben, die einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst haben.

Ich weise die CDU darauf hin, dass bei ihr das, was sie hier eben kritisiert hat, völlig üblich ist. Ich erinnere an Herrn Haller, der Geschäftsführer des Unter-

nehmensverbandes war, der hier natürlich Wirtschaftspolitik gemacht hat; ich weise auf Herrn Ehlers hin,

(Claus Ehlers [CDU]: Alles im Ehrenamt!)

der hier nicht unbekannterweise als Vorstandsmitglied des Bauernverbandes natürlich zum Thema Landwirtschaft spricht. Auch dies ist natürlich eine Bereicherung. Es wäre doch geradezu dumm, wenn wir sagen würden, dass diejenigen, die etwas vom Geschäft verstehen, hier nicht reden dürften.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich bitte Sie, Herr Kayenburg, dies richtigzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Jetzt erteile ich noch einmal dem Herrn Oppositionsführer nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will hier nur feststellen, dass meine Kenntnis, dass der Kollege Matthiessen Geschäftsführer in einem Industrieverband für Windenergie ist, aus dem aktuellen Handbuch des Landtages stammt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich, wie Sie sich hier benehmen! - Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Beratung. Wir treten in die Abstimmung ein. Ich lasse in der Sache zunächst abstimmen über Punkt a), Zukünftige Energiewirtschaft, Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/2912. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen, Drucksache 15/2996. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU.

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt die ganz besondere Freude - ich würde mich freuen, wenn alle Abgeordneten noch einen Moment im Saal blieben -, unserem Kollegen Klaus-Dieter Müller sehr herzlich zu gratulieren, der gestern die Honorarprofessur der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg erhalten hat. Ganz herzlichen Glückwunsch, Herr Professor Müller!

(Beifall)

Jetzt möchte ich auf der Tribüne unsere nächste Besuchergruppe begrüßen, eine weitere Besuchergruppe der Haupt- und Realschule aus Viöl. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Prüfung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2995

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Herr Professor! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit und Beifall)

Die friedliche Revolution in der damaligen DDR hat ein Bespitzelungssystem ungeahnten Ausmaßes zutage gebracht. Die verständliche Wut auf die Stasi führte jedoch nicht dazu, dass Akten und Einrichtungen des Ministeriums für Staatssicherheit zerstört wurden. Im Gegenteil. Die Rauchsäulen von verbranntem Papier brachten die Menschen erst recht dazu, die Stasi-Zentralen zu stürmen. Einer der Besetzer der Leipziger Stasi-Zentrale hat von der „Rückerstattung der Integrität“ gesprochen. Erfreulicherweise haben sich nach der Wiedervereinigung diejenigen durchgesetzt, die verhindern wollten, dass die Machenschaften der Stasi unter den Teppich gekehrt werden. Diesen Weg sollten wir nicht verlassen, er sollte konsequent weiter beschritten werden.

Mit der Ende Juni 2003 erfolgten Aufhebung der Einstufung als geheim können die **Rosenholz-Unterlagen** nun wie die übrigen Stasi-Unterlagen entsprechend dem Stasi-Unterlagen-Gesetz verwendet

werden. Trotz der nach den Regelungen der §§ 27 und 28 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes grundsätzlich bestehenden rechtlichen Möglichkeit der eigenen Überprüfung durch die Birthler-Behörde halten wir es für richtig und notwendig, dass auch wir in Schleswig-Holstein der Entschließung des Bundesrates vom 26. September 2003 folgen. Der Bundesrat hat mehrheitlich beschlossen - ich zitiere -:

„Bund und Länder sollten die mit der Freigabe der Rosenholz-Dateien gewonnenen neuen Erkenntnisse nutzen, um weiteren Aufschluss über eine mögliche Tätigkeit von Bediensteten für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zu erhalten. Die Parlamentarier von Bund und Ländern sind dazu aufgerufen, sich ebenfalls einer solchen Überprüfung zu unterziehen.“

Wir haben diese Resolution des Bundesrats ernst genommen und Ihnen deshalb den heutigen Antrag vorgelegt. Dabei haben wir ausschließlich die Mitglieder des Landtages sowie die Mitglieder der Landesregierung und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in den Kreis der zu überprüfenden Personen aufgenommen, nicht aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, weil wir mit Ihnen, Herr Minister, völlig übereinstimmen. Es geht hier auch nicht um einen rechtlich verbindlichen Antrag, sondern darum, dass wir ein Signal setzen.

Wir empfinden diese **Selbstverpflichtung** der Abgeordneten und Regierungsmitglieder auch als einen Akt gesamtdeutscher Solidarität. Es gibt keinen sachlichen Grund, lediglich in den Parlamenten und im öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern flächendeckend Stasiüberprüfungen durchgeführt zu haben. Auch im Westen gab es leider genug Zuträger, Verräter und Helfer für die DDR-Diktatur. Dabei waren neben der Wirtschaft in besonderer Weise der öffentliche Dienst und die politischen Parteien von Interesse für das Ministerium für Staatssicherheit.

Um jedem - wirklich jedem - Missverständnis vorzubeugen: Aus unserer Sicht gibt es auch nicht den Funken eines Verdachts gegen irgendein Mitglied unseres Hohen Hauses oder unserer Landesregierung. Aber gerade deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich die **Politiker** in Bund und Ländern daraufhin **überprüfen lassen**. Wir meinen, dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der politisch-historisch notwendigen Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur. Damit leisten wird unseren Beitrag zu einer Aufarbeitung. Die beiden ehemaligen Bürgerrechtler Vera Lengsfeld und Arnold Vaatz sprachen in diesem Zu-

(Klaus Schlie)

sammenhang von einem - ich zitiere - „Akt der politischen Hygiene“.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Rechtlich ist es so, dass die Birthler-Behörde ohnehin neue Erkenntnisse aus den Rosenholz-Dateien überprüfen und den zuständigen Stellen mitteilen kann. Dies hat ja auch der Innenminister öffentlich deutlich gemacht. Dabei hat der Gesetzgeber den Rahmen weit gefasst. Zum Kreis der Personen mit neu festgestellten Stasibelastungen gehören eben auch Politiker der verschiedensten Ebenen und Funktionen. Trotz dieser Rechtslage sollten wir ein politisches Zeichen setzen.

Ich darf wörtlich zitieren:

„Ich denke, wir sollten als Abgeordnete hier mit gutem Beispiel vorangehen und sagen: Wir wollen, dass bei uns alles auf den Tisch kommt.“

Das hat der Parlamentarische Geschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag, Volker Beck, erklärt. Auch der Sprecher der ostdeutschen SPD-Abgeordneten im Bundestag, Siegfried Scheffler, fordert dazu auf, die Abgeordneten aller deutschen Parlamente zu durchleuchten.

Der Kollege Kubicki

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

muss aufgrund seiner liberalen Tradition, aufgrund der Tatsache, dass er ein besonderes Toleranzverständnis hat, und weil er den Rechtsstaat ganz besonders hoch schätzt, in besonderer Art und Weise überzeugt werden. Herr Kollege Kubicki, ich habe mir viel Mühe gegeben, etwas zu finden, das Ihnen die Zustimmung erlaubt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kommen Sie nicht mit Frau Pieper! Dann breche ich zusammen!)

Zu guter Letzt will ich also Ihnen, Herr Kubicki, sagen, dass es eine gute Basis für eine Zustimmung gibt. Die von Ihnen ja durchaus geschätzte FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper argumentierte, dass eine Überprüfung für die Legitimation als Volksvertreter selbstverständlich sei. Ich denke nicht, dass Sie dieser Dame noch einmal widersprechen wollen.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Alle berufen sich auf Pieper! Wie weit sind wir gekommen! - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie merken es: An einem „**Stasi-Check**“ auf der Grundlage der nunmehr vorliegenden Rosenholz-Dateien scheiden sich die Geister. Der Kollege Schlie hat darauf hingewiesen. Wenn man die Presse der letzten Wochen anschaut, wird ersichtlich, dass sich die Meinungen hierzu quer durch alle Parteien bewegen. Dabei zeigt sich eine Art Ost-West-Konflikt. Ostdeutsche Politiker sind eher pro und westdeutsche Politiker eher contra einer **Stasiüberprüfung von Mandatsträgern** eingestellt. Das ist alleine schon aus der räumlichen Nähe und der daher unterschiedlichen Wahrscheinlichkeit von persönlichen Beziehungen zur Stasi nachvollziehbar. Aber den Rosenholz-Dateien sind unter anderem rund 1.900 Namen von Westdeutschen - ich nenne sie einmal: - „Spionen“ genannt, die für die DDR tätig gewesen sein sollen. Daher besteht natürlich auch ein West-Interesse.

Auch wenn ein Großteil der daraus ermittelbaren Straftaten bereits verjährt ist, haben die Dateien eine besondere politische Bedeutung in Bezug auf Menschen, die, wie es so schön heißt, im Kriegs- und Spannungsfall eingesetzt werden sollten, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dass aber nicht immer freiwillig eine Aufnahme in diesen Personenkreis erfolgte, wissen wir spätestens seit dem Fall Günther Wallraff. Dass das Material von einem Unrechtsregime unter Missachtung aller Bürgerrechte mit dem Ziel der Unterdrückung von politischen Bewegungen und auch zur Begehung von Straftaten zusammengetragen wurde, wissen wir auch. Daher gibt es auch keine Garantie, dass das, was da zusammengetragen wurde, auch stimmt. Vielleicht ist es nur stimmig gemacht worden. Deshalb ist auch der Aussage- und **Beweiswert der Rosenholz-Dateien** immer noch ungeklärt und umstritten. Selbst auf der Webseite der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen wird gewarnt - ich zitiere -:

„Eine umfassende Aufarbeitung der Tätigkeit der Hauptverwaltung Aufklärung wird erst dann möglich sein, wenn alle o. g. Unterlagen zurückgegeben wurden und diese auch mit anderen bei der BStU schon vorhandenen Karteien, Dokumenten und Unterlagen in Bezug gebracht werden können. Bei nur punktueller Nutzung der Informationen kann es schnell zu Fehlinterpretationen kommen.“

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, das ist nun keine oder zumindest noch keine Basis für eine sichere Überprüfung.

(Thomas Rother)

Des Weiteren ist natürlich ein Stasi-Verdacht in der politischen Auseinandersetzung auch ein beliebtes Vehikel, um **Politiker in Misskredit zu bringen**. Denken Sie an die Vorwürfe gegen Björn Engholm, beispielsweise aus Richtung „Focus“ die sich dann zwar vor Gericht in Luft auflösten; aber hängen bleibt natürlich immer etwas. Daher sollte man diesen Dingen wirklich sehr sensibel umgehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir gehen ja auch sehr sensibel mit den besonderen Methoden zur Verfolgung von Straftaten in diesem Land um. Denken Sie an die Rasterfahndung und auch andere Dinge im Bereich des Datenschutzes. Hierin sind wir uns oftmals weitgehend einig. Nun sollen wir also selbst ein solches Raster durchlaufen. Was soll das aber alles, wo Sie doch gerade gesagt haben, es gebe nicht den Funken eines Verdachts. Das lässt befürchten, Herr Schlie, dass es zur kommenden Tagung einen CDU-Antrag geben könnte, die Registrierung beim Verfassungsschutz - das ist ja auch sehr interessant - oder die Erfassung bei der Kriminalpolizei offen zu legen. Sollen wir uns das antun? Jeder Politiker ein potenzieller Spion, Straftäter oder Verfassungsfeind? Irgendwo gibt es auch eine Grenze.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn der Bundesrat in seiner Entschließung vom 26. September - Sie haben es angesprochen - Parlamentarier aus Bund und Ländern dazu aufruft, sich einer Stasi-Überprüfung zu unterziehen, muss das noch lange nicht angebracht sein. Stellen Sie sich einmal vor, wir beschließen den CDU-Antrag heute, einige Abgeordnete machen dabei nicht mit - das ist ihr gutes Recht auf informationelle Selbstbestimmung - und der Präsident veröffentlicht das. Dann sind wir nicht mehr bei einer notwendigen Aufarbeitung des DDR-Unrechts - da unterscheiden wir uns ja gar nicht -, sondern tatsächlich ein Stück weit der Stasi-Hysterie hinterhergelaufen, die niemandem gut tun wird.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon wäre es für eine tatsächlich **komplette Überprüfung der Landtagsabgeordneten** beziehungsweise der Ministerinnen und Minister notwendig, das Abgeordnetengesetz beziehungsweise das Ministergesetz zu ändern; denn diese Überprüfung wäre eben ein **Eingriff** in das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung**. Man kann also niemanden dazu zwingen. Dies einfach als Appell zu beschließen, steht also auch der Rechtssystematik entgegen. Selbst Sachsen und Sachsen-Anhalt, die diesen Antrag, soweit ich weiß, im Bundesrat mit eingebracht haben, führen Prüfungen nur verdachts-

abhängig durch. In ihren eigenen Gesetzen haben sie das so geregelt. Dies nur als Hinweis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zweifellos sinnvoll und notwendig, die Geschichte der DDR und insbesondere das DDR-Unrecht aufzuarbeiten. Staatliche Straftaten sind zu verfolgen. Das ist ganz klar. Es darf keine Generalabsolution geben. Aber ein Generalverdacht gegen alle und jeden ist unverhältnismäßig und auch historisch unsachlich. Dies gibt nur jenen Kräften Auftrieb, die schon jetzt - es geht auch durch die Medien - die DDR verklären und von „Siegerjustiz“ sprechen.

Es gibt also wirklich viele gute Gründe, den CDU-Antrag hier und heute abzulehnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zunächst gedacht, dies sei ein Anti-Kalinka-Antrag. Ich habe mich eines Besseren belehren lassen, weil Werner Kalinka von uns der Einzige ist, der nachweislich Stasi-Kontakte hatte, wenn auch erst nach der Wende. Er hat darüber Bücher geschrieben, wie er Leute der Stasi interviewt hat.

Aber im Ernst: Ich möchte mich bei dem Oppositionsführer und bei dem Kollegen Schlie für diesen Antrag ausdrücklich bedanken, bietet dieser Antrag der Union doch wieder die Möglichkeit, das rechtsstaatliche Verständnis der CDU zu hinterfragen.

Die Union möchte einen Beschluss des Landtages, der die Parlamentarier auffordert, sich nach Freigabe der so genannten Rosenholz-Dateien einer Prüfung über eine etwaige Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zu unterziehen. Die Ergebnisse sollen dann veröffentlicht werden. Außerdem soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich selbst sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre einer solchen Überprüfung zu stellen. Bei den Rosenholz-Dateien handelt es sich um mikroverfilmtes Material der Staatssicherheit der DDR aus dem Jahr 1988, welches auf nicht bekanntem Wege nach der Wende in die Hände des Geheimdienstes der USA gelangte und vor kurzem als Kopie auf CD wieder nach Deutschland zurückkehrte. Dabei gehen wir davon aus, dass sie auch echt ist. Wir haben großes Vertrauen zu den amerikanischen Geheimdiensten,

(Wolfgang Kubicki)

Werner Kalinka. Ich bin richtig begeistert, dass ich es das erste Mal höre.

Seither kommt ein Parlament nach dem anderen zu der Auffassung, dass sich die **Abgeordneten** doch einer **Überprüfung** zu unterziehen hätten, um etwaige Tätigkeiten für die Staatssicherheit der DDR aufzudecken. Sogar der Bundesrat hat im Herbst dieses Jahres die Parlamentarier von Bund und Ländern aufgefordert, einer solchen Überprüfung zuzustimmen. Möglicherweise ist dies eine Reminiszenz an unsere ostdeutschen Landesparlamente und -regierungen. Das will nun auch die CDU-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein. Sie will, dass der Landtag auf diese Weise dokumentiert, dass wir alle weiße Westen ohne irgendwelche Stasiflecken haben.

Die CDU übersieht dabei Folgendes: Normalerweise ist die Reihenfolge in einem rechtsstaatlichen Verfahren umgekehrt. Generell gilt die **Unschuldsvermutung**, erst nach einem konkreten Verdacht folgen dann Ermittlungen. Dieses Prinzip, übrigens eine der tragenden Säulen unseres demokratischen Rechtsstaates, dreht die Union mit ihrem Antrag um. Die Union handelt nach der Maßgabe, ohne konkreten Verdacht vorsorglich zu überprüfen, sozusagen Generalverdacht mit Exkulpationsmöglichkeit. Oder gibt es aus der Sicht der Union konkrete Verdachtsmomente, dass irgendjemand aus diesem Hause oder aus dieser Regierung für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR tätig war? Dann bitte sehr soll es hier auf den Tisch.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir sind aus grundsätzlichen Erwägungen und tiefster Überzeugung gegen die Aufweichung des Immunitätsrechts, Kollege Schlie, das es Exekutivorganen verwehrt, gleichsam verdachtsunabhängig und ohne Einschaltung des Parlaments Abgeordnete woraufhin auch immer zu überprüfen. Oder können Sie mir sagen, warum wir darauf verzichten sollten, beispielsweise Ihren Registerauszug oder den anderer Abgeordneter oder beispielsweise Ihren Steuerbescheid oder Ihren DNA-Test zu veröffentlichen? Auch dies - ich komme gleich noch einmal dazu - folgt dieser Linie, umzukehren, was in diesem Rechtsstaat eigentlich nicht umgekehrt werden darf.

Wer die Gewaltenteilung ernst nimmt, der sollte auch in einem demokratischen Rechtsstaat sorgsam darauf achten, dass hier keine Grenzverwischung stattfindet. Wir haben immer wieder erlebt, wie schnell öffentliche Berichterstattung, die nicht immer zutreffend sein muss, zu erheblicher persönlicher, politischer und existenzieller Bedrohung werden kann. Wir werden

uns hieran unter keinen Umständen beteiligen, zumal nicht klar ist, wo und wie eine Grenzziehung sinnvoll begründet werden kann, wenn man die Schleuse erst einmal öffnet.

Mit unserer Auffassung befinden wir uns auch in prominenter Gesellschaft. So haben sich sowohl der grüne Bundesaußenminister Fischer als auch der Bundesinnenminister Schily gegen eine Zwangsüberprüfung ausgesprochen. Kollege Schlie, wenn schon Schily rechtsstaatlicher denkt als Sie, dann muss sich die Union in diesem Hause ernsthaft Gedanken machen.

(Beifall bei der FDP)

Selbst wenn es aber in diesem hohen Hause Abgeordnete gibt, die dem Anliegen der CDU folgen wollten, dann will ich sie noch auf Folgendes hinweisen.

Erstens. Es handelt sich bei der so genannten Rosenholz-Datei lediglich um Abschriften aus Originalakten, sie sind damit rechtlich nicht verwertbar und beispielsweise für mögliche Personalentscheidungen ungeeignet. Zweitens. Tatsächlich weisen diese Abschriften auch noch erhebliche Mängel auf. Nach Angaben der Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen sind Namen falsch geschrieben, Geburtsnamen mit den Vornamen verwechselt und Dienstseinheiten falsch bezeichnet. Zudem fehlen sämtliche Umlaute wie „Ältestenrat“, „Ö“ oder „Ü“ beziehungsweise das „ß“ was darauf hindeutet, dass diese Dateien irgendwie von Leuten, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, verarbeitet sein müssen.

Der immer wieder in den Raum gestellte Satz: „Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“ verkehrt den Grundsatz, dass niemand seine Unschuld beweisen oder Verdächtigungen entkräften muss. Dies, Kollege Schlie, ist eine der tragenden Säulen des modernen Rechts- und Staatsverständnisses. An dieser Säule werden wir festhalten.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Kapitel DDR ist das zweite dunkle Kapitel der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts gewesen. Wir wissen, dass dort massive Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben. Daran waren zumindest mittelbar auch viele Menschen beteiligt, die in Westdeutschland gelebt haben. Historiker aus der Birthler-Behörde rechnen damit, dass die

(Irene Fröhlich)

Hauptverwaltung Aufklärung am Ende der DDR noch zwischen 3.000 und 3.500 inoffizielle Mitarbeiter aus der Bundesrepublik und Westberlin führte.

Trotzdem frage ich mich, welchen Zweck der Antrag der CDU verfolgt. Es ist sicherlich wünschenswert, dass alle öffentlichen Entscheidungsträger in den alten und neuen Bundesländern fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Nur gilt dies dann nicht nur für Abgeordnete und Kabinettsmitglieder, sondern ebenso für Richter und Bürgermeister. Es ist nicht so, dass Zweifel an der demokratischen Gesinnung nur durch eine frühere Stasi-Mitarbeit aufkommen können. Gerade das aktuelle Debakel in der CDU-Bundestagsfraktion zeigt, dass wenn schon, auch an anderen Stellen gegraben werden müsste.

Ich frage mich, ob es wirklich der Wahrheitsfindung dient, wenn Ergebnisse nicht erst in einem Ausschuss oder in einem ähnlichen Gremium überprüft, sondern sofort veröffentlicht werden sollen. Wir wissen aus vielen Beispielen, dass die Unterlagen eben nicht immer das hergeben, was sie auf den ersten Blick offenbaren. Das gilt umso mehr für die Rosenholz-Dateien, deren Informationen in Amerika von Hand von Karteikarten in eine Suchmaske eingegeben wurden. Hierbei entstanden Tipp- und andere Fehler, die zurzeit gesucht und beseitigt werden. Dies ist aber nur dort möglich, wo bereits Akten in der Stasi-Unterlagen-Behörde vorhanden sind. Wenn also schon eine Überprüfung stattfinden soll, wäre es seriöser, dies zunächst in einem internen nicht öffentlichen Gremium zu tun, damit Zweifel an der Richtigkeit noch geäußert und gegebenenfalls bereinigt werden können. Ich fürchte, hier soll nur schnell eine populäre Sau durchs Dorf gejagt werden, ohne Rücksicht auf die Rufschädigungen, die durch falsche Informationen entstehen können. Das hat mit wirklicher Aufklärung nichts zu tun.

Bei den Grünen gibt es eine lange Tradition der Aufklärung und Aufarbeitung, sichtbar nicht zuletzt im Prozess der Vereinigung von BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN. Die Abgeordneten meiner Fraktion und ich haben deswegen beschlossen, die uns betreffenden Unterlagen selber anzufordern. Ich gehe davon aus, dass die CDU-Fraktion ebenso verfährt, da ihr das Thema anscheinend so wichtig ist. Ihren Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundesrepublik leistet sich mit der Bewältigung des Stasi-Unrechts ein weltweit einmaliges Projekt. Durch die Herstellung der Öffentlichkeit und das Recht auf Akteineinsicht soll möglichst der gesamte Geheimdienstapparat einer Diktatur offen gelegt werden. Zu dem Unrecht, das die DDR begangen hat, trug auch die Agententätigkeit der Hauptverwaltung Aufklärung in der Bundesrepublik bei. Es geht um die Agententätigkeit westdeutscher Bürger für die DDR. Bei diesem Kapitel muss auch der Schleswig-Holsteinische Landtag seinen Beitrag zur Aufarbeitung der deutsch-deutschen Vergangenheit leisten. Insofern können wir dem Ansinnen der CDU folgen.

Die Frage der Aufklärung anhand von Stasi-Akten hat den Schleswig-Holsteinischen Landtag in den vergangenen 14 Jahren immer wieder interessiert. Der Landtag hat sich aber niemals damit befasst, mit welchem Verständnis er eine Aufarbeitung dieses Teils **der deutsch-deutschen Vergangenheit** angehen will. Die Existenz der Rosewood-Akten ist seit einigen Jahren bekannt. Trotzdem ist bis heute nicht geklärt, wie wir in Schleswig-Holstein mit diesen Informationen eigentlich umgehen wollen.

Es müssen nach unserer Ansicht einige Fragen geklärt werden, bevor der SSW die Hand für eine Stasi-Überprüfung hebt. Welche Daten sollen eigentlich abgefragt und weitergegeben werden? Was passiert mit diesem Wissen? Die Staatsanwaltschaften werden nicht mehr wegen Spionagetätigkeit aktiv werden können. Nur wer schweren Landesverrat begangen hat, kann dafür juristisch noch zur Verantwortung gezogen werden. Wenn aber so ein Fall tatsächlich unter uns wäre, wäre dieser sicherlich schon von den Strafverfolgungsbehörden aufgegriffen worden. Was machen wir dann aber mit den nicht strafrechtlich relevanten Informationen? Welche Art von Kontakt ist wie zu bewerten?

Ebenso wenig, wie wir uns wünschen, dass jemand in diesem Haus eine Vergangenheit bei der oder für die Stasi hat, ebenso wenig wollen wir dieser Frage aus dem Weg gehen. Ich glaube, dass wir uns im Innen- und Rechtsausschuss erst einmal überparteilich auf eine Systematik einigen müssten, die wir bei der Aufarbeitung dieser Vergangenheit zugrunde legen.

Wie und welche Personengruppen soll das Land Schleswig-Holstein bezüglich einer Zugehörigkeit zur

(Silke Hinrichsen)

Stasi prüfen? Welche Informationen sind relevant? Welche Konsequenzen soll das haben? Wenn wir in diesen Fragen keinen Konsens finden, ist das Risiko viel zu groß, dass die Spielregeln ad hoc erfunden und gleich wieder gebrochen werden, wenn jemand wirklich im Netz hängen bleibt.

Der SSW unterstützt die Stasi-Anfrage nur, wenn es um eine demokratische Aufklärung geht und nicht zuerst um parteipolitische Schlammschlachten und Schuldzuweisungen. Deshalb sollte der Landtag zügig und überparteiisch noch einmal darüber reden, insbesondere im Innen- und Rechtsausschuss. Die Bedenken, die die Kolleginnen und Kollegen vorhin geäußert haben, sollten dort auch erörtert werden. Ich bitte insofern also um Ausschussüberweisung.

Ich will auch ganz ehrlich sagen: Eine freiwillige Überprüfung geht natürlich. Aber was ist, wenn ich dem Herrn Präsidenten mitteile, ich sei keine Agentin? Ich finde es etwas schwierig, dies so zu behandeln. Es besteht die große Gefahr, dass jemand, der in diesen Akten auftaucht - je nachdem welcher Couleur er angehört -, einmal durchs Dorf gejagt wird.

Wenn wir uns hier nicht auf einen gemeinsamen Weg einigen können, können wir das Ganze vergessen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

(Günter Neugebauer [SPD]: Darauf haben wir gewartet! Man könnte auch sagen: Wir haben es befürchtet!)

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über Themen kann man unterschiedlicher Meinung sein. Was mich in dieser Debatte ein bisschen erstaunt, ist, wie die Gewichtung der Argumente vorgenommen wird. Sie fragen nach dem Sinn des Antrags. Es sind zwei nahe liegende Punkte. Erstens ist die Auseinandersetzung mit DDR-Unrecht und Stasi nicht nur eine Frage der Ost-Länder, sondern des ganzen Deutschlands. Zweitens möchte man gern wissen, wer sich in den Dienst eines Unrechtsstaates auf deutschem Boden gestellt hat, um die Freiheit zu bekämpfen. Das wüsste ich gern. Das sind die beiden grundsätzlichen Fragestellungen, um die es in dieser Angelegenheit geht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kannst du alles machen!)

Sich auf seinem Weg mit diesen beiden Fragen auseinander zu setzen, darf nicht verboten sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Du kannst recherchieren, wie du willst!)

Wir haben hier einige Bemerkungen über einzelne Punkte gehört zum Beispiel, zu den unrechtmäßig erworbenen Akten. Wenn es darum ginge, könnten wir Spionage überhaupt nicht verfolgen. Alle, die Spionage betreiben, handeln unrechtmäßig, wenn auch aus der Sicht ihres Landes rechtmäßig. Auch die HVA hat aus der Sicht der DDR rechtmäßig gearbeitet - natürlich nicht aus unserer Sicht. Von daher könnten Sie Spionage aufgrund Ihrer logischen Argumentation überhaupt nicht verfolgen.

Sie haben gesagt, es handele sich um Abschriften, die erhebliche Mängel aufwiesen. Offensichtlich haben Sie schon Einblick nehmen können - außer Sie haben Medienmeldungen zitiert. Bislang ist dies der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Worin liegt die besondere Qualität der Rosenholz-Akten? Sie liegt darin, dass sie dubios gestohlen wurden und wesentliches Material mit hoher Brisanz enthalten. Darüber sind sich alle Fachleute einig.

Wenn diese Dateien nach Deutschland zurückkommen, mit Sorgfalt geprüft werden, unterstellen Sie doch der Stasi-Behörde einfach einmal, dass sie nicht einfach sagt: „Hier ist etwas aus Amerika gekommen, das werfen wir einfach einmal auf den Markt und gucken, was dabei herauskommt“ sondern unterstellen Sie deutschen Behörden eine gewisse Sorgfalt.

(Beifall bei der CDU)

Gehen Sie einmal davon aus, dass durch die Verjährung eine Grauzone entstanden ist.

In der Konsequenz dieser Argumentation müssen Sie doch einfach den Wert anerkennen, zu wissen: Wer war es denn, der unter dem Schutz der Verjährungsfristen ungeniert auftreten kann?

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fröhlich?

Werner Kalinka [CDU]:

Ja, gern.

(Werner Kalinka)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben von der Stasi-Behörde gesprochen. Ich bin nicht ganz sicher, was Sie damit meinen.

- Es ist doch klar, was ich meine.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! - Heiterkeit!)

Also: Erst die Gauck-Behörde, dann die Birthler-Behörde. So viel Fachkunde können Sie mir grundsätzlich schon unterstellen.

Die hier angesprochene Fragestellung ist doch eigentlich nur die, welche Zielsetzung wir damit verfolgen. Sie und andere, die ständig von Transparenz sprechen, werfen einen Generalverdacht auf die Forderung, sich einer Überprüfung freiwillig zu unterziehen. Das ist nicht das Gebotene in dieser Diskussion. Heute, nach 13, 14 Jahren gibt es einen begründeten Anlass, die Forderung aufzustellen, aufgrund der Rosenholz-Dateien in eine Überprüfung einzutreten. Man muss dem nicht folgen. Dem anderen aber die Wahrhaftigkeit abzusprechen, weise ich zurück.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Buß das Wort.

Klaus Buß, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat Mitte September 2003 die Diskussion über die Nutzung der Kenntnisse aus den so genannten Rosenholz-Dateien aufgegriffen und entschieden, an der bisherigen Praxis festzuhalten.

Das bedeutet: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes - das will ich hier ausdrücklich klarstellen, auch wenn das nicht Gegenstand Ihres Antrags ist, Herr Schlie -

(Klaus Schlie [CDU]: Das habe ich ausdrücklich gesagt!)

- das haben Sie ausdrücklich gesagt, das ist richtig -, Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst werden nur dann überprüft, wenn im Einzelfall tatsächlich Anhaltspunkte für ein Zweifel an der Verfassungstreue vorliegen. Dieses Verfahren steht im Einklang mit dem grundlegenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975. Danach ist eine generelle Prüfung der **Verfassungstreue** in Form einer **Regelabfrage** nicht zulässig. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat damals - übrigens in einem Fall aus Schleswig-Holstein - in Bezug auf Regelanfragen beim Verfassungsschutz angemerkt -

mit Genehmigung der Präsidentin zitiere ich wörtlich -:

„Sie vergiften die politische Atmosphäre, irritieren nicht nur die Betroffenen in ihrem Vertrauen in die Demokratie, diskreditieren den freiheitlichen Staat, stehen in einem außerordentlichen Verhältnis zu ihrem Ertrag und bilden insofern eine Gefahr, als ihre Speicherung allzu leicht missbraucht werden kann. Deshalb sind solche Ermittlungen und die Speicherung ihrer Ergebnisse für Zwecke der Einstellungsbehörden schwerlich vereinbar mit dem im Rechtsstaatsprinzip verankerten Gebot der Verhältnismäßigkeit.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das!)

In Schleswig-Holstein erfolgt keine derartige routinemäßige Überprüfung der Verfassungstreue. Auch hinsichtlich etwaiger Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR wird es keine Überprüfung aller Beschäftigten durch routinemäßige Abfrage bei der Dienststelle der BStU geben. Anfragen werden nur im Einzelfall und nur dann in Betracht kommen, wenn konkrete Anhaltspunkte beziehungsweise Hinweise für Kontakte zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR vorliegen sollten.

Das Verfahren gilt auch für Staatssekretärinnen und Staatssekretäre. Es erfasst in seiner Intention auch die Ministerinnen und die Minister, also die Regierungsmitglieder.

Bei den Regierungsmitgliedern, den Staatssekretärinnen und Staatssekretären kommt hinzu, dass die BStU nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz verpflichtet ist, den zuständigen Stellen von sich aus Mitteilung zu machen, wenn eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst festgestellt wird. Das legt § 27 StUG so fest. Von daher läuft der Antrag hinsichtlich der Landesregierung jedenfalls ins Leere.

Abschließend darf ich sagen: Jedem Abgeordneten steht es völlig frei, sich überprüfen zu lassen, wenn er es denn möchte, Herr Abgeordneter Schlie.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Im Namen der Fraktionen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW beantragen wir gemäß § 63 Abs. 2 der Geschäftsordnung namentliche Abstimmung zu diesem Antrag.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich schließe damit die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zur namentlichen.

(Zurufe: Erst Ausschussüberweisung!)

- Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Stritzl!

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin, wenn ich die Debatte richtig verfolgt habe, war zunächst Ausschussüberweisung beantragt. Darüber müssen wir zuerst abstimmen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich greife das gern auf. Das war mir nicht mehr erinnerlich. Ich bitte um Entschuldigung.

Ich frage zunächst: Wer stimmt dafür, den Antrag an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag auf Ausschussüberweisung ist mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache, und zwar, wie beantragt, zur namentlichen Abstimmung. Wir werden jetzt die Namen aufrufen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich verkünde das Ergebnis der namentlichen Abstimmung: Der Antrag der Fraktion der CDU ist abgelehnt bei 54 Neinstimmen, 31 Ja-Stimmen und vier abwesenden Abgeordneten.

Ich erteile jetzt der Frau Ministerin Erdsiek-Rave nach § 55 der Geschäftsordnung das Wort.

(Zurufe: Hat sich erledigt!)

Abgeordneter Maurus!

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Ich möchte nachtragen: Der Kollege Steincke ist erkrankt und hat daher an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Wir werden es ins Protokoll aufnehmen. Damit ist Tagungsordnungspunkt 29 abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Weitere GA-Mittel für konversionsgeschwächte Regionen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2948 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/3031

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/3034

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten und Sie bitten, Ihre Gespräche draußen zu führen. - Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Tengler das Wort.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kämpferisch trat Minister Rohwer während der letzten Landtagssitzung ans Rednerpult und verkündete:

„Für Schleswig-Holstein werden schon bis 2006 rund 42 Millionen € Bundesmittel entfallen. Das kann unser Land nicht verkraften. Das werden wir uns auch nicht gefallen lassen.“

Das war am 29. August 2003. Gesprochen wurde zum SSW-Antrag zum geplanten **Auslaufen der Gemeinschaftsaufgabe**. Alle Fraktionen unterstützten den SSW-Antrag.

Am 31. Oktober 2003 klagte Minister Rohwer, das bestehende Fördergefälle zwischen Ost- und Westländern sei nicht mehr akzeptabel. Wir fragen uns: Was haben der entschlossen angekündigte Widerstand des Ministers und die Aufforderung an die Landesregierung, tätig zu werden, gebracht? Herr Minister, lassen Sie es sich doch gefallen? Das müssen Sie nicht und wir auch nicht. Ein Mitglied der Bundesregierung hat uns seine Unterstützung zugesagt. Hoffentlich ist sie etwas wert.

Am 30. September 2003 besuchte der Verteidigungsminister den Standort Eggebek/Tarp, um mit

¹ siehe Anlage

(Frauke Tengler)

Mandatsträgern aller Parteien vor Ort mindestens einmal Kontakt aufgenommen zu haben. Die Kolleginnen Dr. Kötschau und Frau Spooendonk nahmen an dieser Veranstaltung ebenfalls teil. Vorschläge zur möglichen militärischen Nachnutzung wurden sowohl für **Eggebek** als auch für **Tarp** ausgeschlossen. Der Präsident des Kreises Schleswig-Flensburg, Johannes Petersen, machte den Vorschlag, Konversionsregionen in Schleswig-Holstein weiterhin durch GA-Mittel zu fördern. Der Minister antwortete darauf - ich zitiere ihn wörtlich -:

„Unter bestimmten Kriterien müssen weitere GA-Mittel gezahlt werden. Unsere Unterstützung haben Sie.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich jetzt noch einen Satz aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD, die von Frau Schümann vorgetragen wurde, zitieren. Lothar Hay ließ sagen:

„Mit der Streichung der GA würde sich das Fördergefälle nicht nur zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Ländern weiter verschärfen. Es würde sich auch innerhalb Schleswig-Holsteins dramatisch verändern. Das gilt insbesondere auch für die ehemaligen Bundeswehrstandorte.“

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

- Vielen Dank, Herr Dr. Garg. Eigentlich hätte Herr Hay sich bedanken müssen.

Ich möchte diese Aussage nachhaltig unterstützen. Die CDU-Landtagsfraktion bittet Minister Rohwer und den für Konversion zuständigen Minister Buß - sein Staatssekretär erscheint aufs Wort -, persönlich bei der Regierung dafür zu sorgen, dass die verbale Unterstützung des Verteidigungsministers umgesetzt wird, indem eine verbindliche Zusage zur weiteren **GA-Förderung für Konversionsregionen** gegeben wird. Nehmen sie den Minister bitte beim Wort.

Die CDU-Landtagsfraktion bittet, in der Januar-Tagung des Landtages über die hoffentlich erfolgreichen Aktivitäten der Minister Rohwer und Buß zu berichten. Meine Herren Minister - leider ist Herr Buß nicht anwesend -, wir würden Ihnen und Schleswig-Holstein diesen Erfolg gönnen. Es gibt GA-Mittel für den Westen, wie von Ihnen persönlich am letzten Freitag angekündigt. Sorgen Sie, meine Herren Minister, dafür, dass von den 100 Millionen €, die für die westdeutschen Länder reserviert sind, ausrei-

chend Mittel nach Schleswig-Holstein, insbesondere in die Konversionsstandorte, kommen.

Ich danke den anderen Fraktionen im Hause dafür, dass sie die Initiative der CDU aufgegriffen haben, sodass wir zu einem gemeinsamen Antrag kommen konnten. Meine Herren Minister, alle Fraktionen dieses Hauses unterstützen Ihren Einsatz in Berlin.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Tengler, auch ich freue mich, dass es gestern gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu schreiben, der heute hier eingereicht worden ist. Insofern möchte ich vorab sagen: Wir ziehen unseren Änderungsantrag hiermit formal zurück.

Sie haben die Chronologie beschrieben; sie war richtig. Ich hätte sie gern mit dem Ergebnis, das heute vorliegt, fortgesetzt. Das haben Sie fairerweise angedeutet. Unser Minister war tätig. Die Ministerpräsidentin war tätig. Wir haben heute gewisse Erfolge vorzuweisen, was die GA-Mittel angeht.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die **Mittel** aus der **GA** - deshalb ist uns das so wichtig - bisher ein wesentlicher **Finanzierungsbestandteil des Regionalprogramms** waren, der nicht automatisch durch andere Finanzmittel, zum Beispiel EFRE, und auch nicht durch Landesmittel ausgeglichen werden kann. Auch das haben wir im Zusammenhang mit dem Antrag des SSW in einer der letzten Landtagssitzungen schon einmal festgehalten.

Die unterschiedlichen Förderprogramme der EU, der Bundesregierung und der Landesregierung mit ihren jeweils verschiedenen Zielrichtungen und Fördergebietskulissen haben bisher gute Fördermöglichkeiten geboten - zur Stärkung und Verbesserung der Standortbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleineren und mittleren Unternehmen. Ich möchte doch noch einmal auf ein paar Erfolge hinweisen. Es könnten noch mehr sein, ich könnte auch noch mehr aufzählen, aber wegen der Kürze der Zeit möchte ich nur auf den Ausbau der Häfen in Kiel und Lübeck hinweisen, auf neue Gründerzentren, die wir inzwischen in Schleswig-Holstein etabliert haben, das ist das Nordfriesische Informations-Center in Niebüll oder zum Beispiel das LOGIN in meiner Heimatstadt Neumünster. Wir haben die touristische Infrastruktur

(Jutta Schümann)

in Dahme, Heiligenhafen und Eckernförde verbessert. Wir sind uns alle einig, und das machen wir in dem Antrag auch deutlich, eine Beteiligung des Bundes an der Regionalförderung in Schleswig-Holstein ist weiterhin unverzichtbar.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass sich die Ministerpräsidentin und auch unser Wirtschaftsminister schon vor Monaten dafür eingesetzt haben, dass der Kürzungsbeschluss der Bundesregierung rückgängig gemacht werden soll, weil wir ihn nicht akzeptieren können. Wir freuen uns, dass vor einigen Tagen der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen hat, dass die **Mittel der GA** auch künftig entgegen dem Regierungsentwurf 2004 für die **strukturschwachen Regionen** in den alten Ländern weiter im Umfang von bis zu 100 Millionen € zur Verfügung stehen.

Und weil wir uns hier so einig sind, muss man fairer Weise sagen: Das fehlt leider in Berlin. Ich habe gehört und gelesen, dass gerade die CDU-Bundestagsabgeordneten sich der Stimme enthalten haben und der FDP-Kollege sogar dagegen gestimmt hat. Ich würde mir schon eine einheitliche Position unserer Beteiligten im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wünschen. Denn dann wäre unser Minister nicht so alleine auf der Berliner Bühne. Unsere Kollegin Bettina Hagedorn hat sich jedenfalls mit ihm stark gemacht, und deshalb an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Lösung wird in der Tat vermieden - allerdings nur zum Teil -, dass das **Fördergefälle** zwischen ostdeutschen und westdeutschen Ländern weiter verschärft wird. Wir haben eine gute Möglichkeit, insbesondere auch für die ehemaligen Bundeswehrstandorte neue Infrastrukturprojekte in besonders stark betroffenen Regionen zu schaffen. Frau Kollegin Tengler, Sie haben ja **Eggebek** zitiert.

Wir haben in diesem Verfahren der Regionalförderung durch GA-Mittel eine ganz bestimmte Systematik. Wir haben eine Abstimmungs- und Entscheidungsstruktur von unten nach oben entwickelt, um Akteure und Verantwortliche vor Ort mit einzubinden. Dieses ist auch weiterhin das Prinzip. Insofern muss es uns jetzt darum gehen, vor Ort kluge, zukunftsfähige Infrastrukturprojekte zu entwickeln, damit dann auf Bundesebene die Mittel eingeworben und nach Schleswig-Holstein gebracht werden können. Wir stehen nach wie vor in einem **Qualitätswettbewerb**. Es geht also um die Strukturen, es geht um die Beteiligten vor Ort. Wenn dort etwas geschieht, besteht keine Gefahr, dass unser Minister

sich an dieser Stelle nicht auch für eine entsprechende Förderung stark macht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist unseres Erachtens kein Solidarpakt 3 für Ostdeutschland. Deshalb sollte sie auch nicht auf Ostdeutschland beschränkt werden.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Gebiete, die teilweise ähnlich große Probleme haben wie die in Ostdeutschland im Durchschnitt. Gerade durch den Abzug der Bundeswehr wurde die regionale Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins geschwächt, und um so etwas auszugleichen, gibt es die Gemeinschaftsaufgabe. Selbstverständlich geht es heute besonders um die **Region Flensburg-Schleswig**, weil **Tarp/Eggebek** geschlossen werden soll. Frau Kollegin Tengler, deshalb haben Sie ja auch diesen Antrag angeregt, und wie Sie wissen und wie Sie es auch betont haben, haben alle diesem Antrag auch gerne zugestimmt.

Dort müssen Konversionsmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe unbedingt bereitgestellt werden. Allerdings gibt es ein Problem. Ich frage mich, wie Schleswig-Holstein denn in Berlin mit seinen Forderungen wirklich aussieht. Sie haben eben gesagt, dass unser FDP-Bundestagsabgeordneter Koppelin gegen die 100 Millionen gestimmt hat, die für Westdeutschland reserviert werden sollen. Ich hatte noch keine Gelegenheit, mit ihm zu sprechen. Ich will ihn gerne fragen, warum er das getan hat. Ich könnte mir aber vorstellen, dass es dafür eine Erklärung gibt. Wenn man sich nämlich ansieht, wie die Landesregierung in der Vergangenheit mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umgegangen ist, welche Mittel abgerufen worden ist, dann stellt sich schon die Frage, ob die Zurverfügungstellung weiterer Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe dringend erforderlich für Schleswig-Holstein ist. Was machen wir eigentlich damit?

Herr Kollege Fischer, ich will die Zahlen einmal darlegen. Es sollte mich freuen, wenn sie nicht stimmen. Wir haben das extra noch einmal abgecheckt. Am

(Christel Aschmoneit-Lücke)

6. November wurde im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages berichtet, dass im Jahre 2003 insgesamt 28,8 Millionen € aus der Gemeinschaftsaufgabe für Schleswig-Holstein zur Verfügung stünden. Davon wurden bis zum 6. November 2003 nur 3,2 Millionen € abgerufen - man höre und staune.

Ich will hier überhaupt keine Schmutzkampagne führen. Ich frage mich, wie diese Zahlen zustande kommen und wie sie kompatibel sind mit der Forderung nach Aufrechterhaltung der Gemeinschaftsaufgabe und möglicherweise mehr Geld. Es wird berichtet, dass Wirtschaftsminister Clement, der diese Zahlen übrigens selbst vorgetragen hat, sich in dieser Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages nicht gerade sehr zurückhaltend geäußert hat über die neuen schleswig-holsteinischen Forderungen. Wir haben die Zahlen mit der neuen Ist-Liste vom September 2003 abgeglichen. Gemäß der Ist-Liste hatte das Land bis zum September zwar schon 6,2 Millionen € Erstattungen des Bundes abgerufen, aber davon waren 3,3 Millionen € Reste aus dem Vorjahr. Von den 15,9 Millionen € der für dieses Jahr geplanten Einnahmen waren vom Bund erst 2,9 Millionen € abgerufen. Das sind etwa 18 %.

Ein ähnliches Bild haben wir bei den Ausgaben. Bis Ende September wurden 12 Millionen € ausgegeben, aber davon 7,6 Millionen € für Vorjahresansätze. Von den 28,8 Millionen € der für dieses Jahr geplanten Ausgaben waren erst 4,4 Millionen € ausgegeben, etwa 15 %.

Meine Folgerungen: Erstens. Bundeswirtschaftsminister Clement hat offensichtlich die Gesamtausgaben und die Erstattungen des Bundes verglichen.

Zweitens. Schleswig-Holstein hatte bis Ende September trotzdem weniger als ein Fünftel der geplanten Einnahmen abgerufen und entsprechende Ausgaben getätigt.

Diese Landesregierung im Allgemeinen und der Wirtschaftsminister im Besonderen kündigen ständig an, dass das Wachstum mit aller Kraft angeschoben werden muss. Die nachfolgenden Generationen werden offensichtlich nur deshalb mit neuen Rekordschulden überhäuft, weil die Regierung das Geld sofort in die Wirtschaft pumpen will.

Herr Minister Rohwer, 85 % des Jahres sind vorbei. Wann wollen Sie die übrigen 80 % der GA-Mittel eigentlich ausgeben? Vorsichtig ausgedrückt: Ich wundere mich sehr. Sie fordern nachdrücklich, die GA-Förderung für Westdeutschland und Schleswig-Holstein dürfe keinesfalls angetastet werden. Die ganze rot-grüne Regierungskoalition macht Gott und die Welt für die leeren Landeskassen und die niedri-

gen Investitionen verantwortlich. Gleichzeitig haben Sie erst 18 % der GA-Bundemittel abgerufen und erst 15 % der geplanten Ausgaben getätigt. Wollen Sie die restlichen Landesmittel der GA etwa nutzen, um Ihre globalen Minderausgaben zu erwirtschaften? Ich erwarte von Ihnen, Herr Minister, dass Sie die Zusammenhänge noch in dieser Debatte klarstellen und uns erklären, warum Sie entgegen Ihren Ankündigungen bisher nur so zögerlich investiert haben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Abgeordnete.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Ich würde mich sehr freuen, Herr Minister, wenn Sie diese Zahlen, die ich heute hier vorgetragen habe, als falsch widerlegen würden. Das wäre für Schleswig-Holstein gut.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Ersten: Ich habe mich über den ursprünglichen CDU-Antrag gefreut, weil endlich wieder einmal eine neue Wortschöpfung die deutsche Sprache bereichert hat: Da war in der Überschrift von „**konversionsgeschwächten** Regionen“ die Rede. „Konversion“ ist an sich eine positive Redewendung. Wenn wir einen Abzug der Bundeswehr haben, dann versuchen wir eine Konversion. Wenn die Konversion gelingt, ist die Region nicht geschwächt. Geschwächt ist sie, wenn die Konversion nicht gelingt. Aber das nur als sprachlicher Beitrag. Sie haben ja auch einen Kollegen, der gerne über Sprache redet.

(Zuruf von der SPD)

Das ist von Ihnen aber selber schon korrigiert worden.

Zum Zweiten: Frau Aschmoneit-Lücke ist darauf eingegangen, dass die Projektmittel nicht immer im gleichen Jahr ausgegeben werden. Das ist bei Investitionen häufig so. Investitionen müssen erst geplant werden. Man soll erst auszahlen, nachdem das Projekt geplant und fertig abgewickelt worden ist. Da vergeht Zeit. Es ist insofern völlig natürlich, dass Investitionsprojekte nicht immer im gleichen Jahr, sondern

(Karl-Martin Hentschel)

erst in den Folgejahren beendet werden. Deshalb gibt es auch die **Übertragung der Mittel**. Teilweise findet dies auch über mehrere Jahre hinweg statt. Ich glaube, das ist kein Indiz dafür, wie sehr die Mittel tatsächlich gebraucht werden.

Trotzdem gebe ich Ihnen Recht: Wir in Schleswig-Holstein kämpfen im Wesentlichen um unser Geld. Wir würden gern selber darüber entscheiden, wie wir die Mittel einsetzen. Für mich ist es kein Dogma, Mittel aus Berlin unbedingt für Gemeinschaftsaufgaben, die wir kofinanzieren müssen, auszugeben. Mir wäre es natürlich viel lieber, wir bekämen die Mittel so und könnten selber entscheiden, wie wir sie sinnvoll einsetzen. Das wurde auch in der Föderalismuskommission so gesehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern sind wir völlig im Konsens. Das steht - wenn Sie es nachlesen - auch so in unserem Antrag. Das haben wir hineingebracht, weil wir gesagt haben: Anders stimmen wir nicht zu. Natürlich wollen wir nicht, dass uns der Bund Mittel wegnimmt, die wir bisher bekommen haben. Natürlich würden wir die Mittel aber lieber so ausbezahlt bekommen, dass wir selber nach landespolitischen Schwerpunkten über den Einsatz bestimmen können. Wir möchten nicht, dass uns der Bund zu bestimmten Maßnahmen verpflichtet beziehungsweise bestimmte Rahmenbedingungen setzt und wir Dinge kofinanzieren müssen, die wir an sich nicht wollen. Frau Aschmoneit-Lücke, hier sind wir im Konsens. Ich glaube, hier gibt es keine Differenz. Sie haben diesen Antrag im Übrigen mit unterschrieben. Von daher überrascht mich die Kritik.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Unabhängig davon freue ich mich, dass es im Haushaltsausschuss des Bundestages bereits gelungen ist, zumindest einen Teil der Mittel für die westliche GA-Förderung wieder einzustellen. Ich begrüße insbesondere die Initiative der CDU und dass Sie das Thema angestoßen haben, denn es war so, dass die rot-grünen Abgeordneten in Berlin dieser Erhöhung zugestimmt haben. Ihr eigener schleswig-holsteinischer Abgeordneter, Herr Austermann, hat sich der Stimme enthalten. Insofern wird dieser Antrag vielleicht dazu beitragen, dass Sie noch einmal mit Ihrem eigenen Abgeordneten sprechen und sagen: „Wir haben im schleswig-holsteinischen Parlament jetzt massiven Druck ausgeübt, damit du anders abstimmt.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt für Herrn Koppelin. Ich weiß nicht, ob er anwesend war oder ob er dagegen gestimmt hat. In jedem Fall ist mir vom Protokoll in Berlin gesagt worden, dass die FDP-Fraktion ebenfalls gegen den Antrag und gegen die Erhöhung der GA-Mittel für Schleswig-Holstein gestimmt hat. Ich finde, das ist erklärungsbedürftig. Wenn der Antrag dazu beiträgt, dass die FDP-Fraktion auch noch einmal mit ihrem Abgeordneten in Berlin redet, dann haben wir wirklich etwas erreicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der Augustsitzung hat sich der Schleswig-Holsteinische Landtag mit dem zukünftigen Wegfall der GA-Förderung in den alten Bundesländern ab 2004 beschäftigt. Damals folgte ein einiger Landtag einem Antrag des SSW zur Fortsetzung dieser Förderung, denn der Beschluss der Bundesregierung hat zu großer Bestürzung in den strukturschwachen ländlichen Räumen geführt - auch in Schleswig-Holstein. Die Mittel sind seit Jahren ein wichtiger Bestandteil des **Regionalprogramms** 2000, mit dem einzelbetriebliche Investitionen und öffentliche Infrastrukturvorhaben in strukturschwachen Gebieten gefördert werden. Ohne diese Bundesmittel werden nicht nur laufende Projekte in diesen Regionen gefährdet; der Wegfall wird auch negative Folgen für die gesamte Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein haben. Es geht der Bundesregierung ganz einfach nur darum, Geld zu sparen; leider in meinen Augen ohne Sinn und Verstand.

In Schleswig-Holstein hat die GA-Förderung „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ allein in den Jahren 2000 bis 2002 in der gewerblichen Wirtschaft Investitionen von 166 Millionen € ausgelöst. 943 neue Arbeitsplätze wurden dadurch geschaffen und 4.177 Arbeitsplätze langfristig gesichert. Gefördert wurde der Raum Schleswig-Flensburg, der Kreis Ostholstein, die gesamte Westküste und in den Städten Lübeck und Flensburg.

Nun hat zwar der Haushaltsausschuss des Bundestages entschieden, bis zu 100 Millionen € aus der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die ostdeutschen Bundesländer teilweise - aus dem Pott der Ostdeutschen - den alten Bundesländern zur Verfügung zu

(Lars Harms)

stellen, dennoch kann ich den Jubel von Wirtschaftsminister Rohwer und der Bundesabgeordneten Hagedorn in diesem Zusammenhang nicht verstehen, denn unsere Projekte stehen in direktem Wettbewerb mit ostdeutschen Projekten. Die Bewertung erfolgt auf Bundesebene nach bundesweiten - und nicht nach landespolitischen - Kriterien.

Die Lösung ist eine eindeutige Verschlechterung im Verhältnis zu heute, die uns niemand als großen Erfolg verkaufen kann. Es bleibt dabei: Der Bund lässt mit seiner deutlichen **Kürzung im Programm** die strukturschwachen Räume in den westlichen Ländern - speziell in Schleswig-Holstein - im Stich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir fordern weiterhin, dass die **alten Bundesländer** im bisherigen Umfang eine **eigene Förderung** aus der Gemeinschaftsaufgabe erhalten. Jetzt sind wir davon abhängig, dass die ostdeutschen Länder die Mittel nicht voll ausschöpfen können oder wollen. Dass das passiert, ist eher unwahrscheinlich. Deshalb können wir immer noch nicht fest mit den GA-Mitteln planen. Deshalb bin ich auch froh, dass wir unsere Forderung heute wieder in einem gemeinsamen Antrag aufstellen. Es ist wichtig, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen soll, eine **vollständige Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe nach 2003** auch in den **alten Bundesländern** zu erreichen oder dass zumindest ein entsprechenden Ausgleich an Bundesmitteln für diese Länder zur Verfügung gestellt wird. Wir müssen diese Forderung aufrechterhalten, denn alles andere sind nur Almosen.

Richtig ist aber auch, dass diese Mittel im Falle eines weiteren Truppenabbaus zukünftig mit Priorität für die von der **Truppenreduzierung** besonders stark betroffenen Regionen eingesetzt werden sollen. Natürlich denkt auch der SSW hier in erster Linie an die Situation in den Kommunen **Eggebek** und **Tarp**, wo Anfang dieses Jahres beschlossen wurde, das Marinefliegergeschwader aufzulösen. Ich brauche keinem hier zu erzählen, welche negativen wirtschaftlichen Folgen so eine Entscheidung für die betroffenen Familien und die ganze Region haben wird.

Da wirkt es schon wie Hohn, wenn Bundesverteidigungsminister Struck bei einem Besuch erklärt, dass die Region - und Schleswig-Holstein - die notwendige Unterstützung aus den GA-Mitteln erhalten wird. Einige Monate später erklärt die Bundesregierung dann, dass es diese Mittel in Zukunft für die alten Bundesländer gar nicht mehr geben wird. Wir bekommen eine Notlösung präsentiert, die uns nicht zufrieden stellen kann. So kann man mit den Men-

schen nicht umgehen. So darf keine Politik geführt werden.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Deshalb auch der Dank des SSW an die CDU dafür, dass Sie diese Zusage des Bundesverteidigungsministers mit Ihrem Antrag noch einmal zur Sprache gebracht und es so möglich gemacht haben, dass wir uns heute als Landtag noch einmal gemeinsam in der Debatte um die GA-Mittel zu Wort melden können. Glücklicherweise haben wir hier auch Einigkeit erzielt.

(Beifall bei SSW, SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister Dr. Rohwer hat das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über diesen gemeinsamen Antrag, weil er noch einmal die gemeinsam formulierte Position bekräftigt. Auch ich bin der Meinung, dass wir mit dem, was wir inzwischen in Berlin erreichen konnten, noch nicht alles erreicht haben. Das habe ich letzte Woche auch nicht gesagt. Dennoch war ich zufrieden, dass wir einen ersten Zwischenschritt erreicht haben. Mir fehlt in diesem Landtagsantrag eigentlich nur die Aufforderung an alle Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein, sich in Berlin bitte auch im Sinne dieses Landtagsantrags zu verhalten. Das war nicht der Fall.

(Beifall bei SPD und SSW)

Es ist gleichgültig, ob es Gegenstimmen oder Enthaltungen waren oder ob Abgeordnete teilweise die Debatte gar nicht mitgemacht haben. Einige Abgeordnete haben die Ausschusssitzung verlassen. Alles, was in diese Richtung geht, unterstützt jedenfalls nicht unsere Linie. Daher meine herzliche Bitte: So etwas sollte nicht vorkommen. Ich will das heute nicht weiter thematisieren. Wir sollten hier wirklich gemeinsam kämpfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Frau Aschmoneit-Lücke, vor diesem Hintergrund betrachte ich Ihren Hinweis zum Mittelabfluss doch als Ablenkungsmanöver. Bitte entschuldigen Sie, wenn ich das sage. Ich beantworte das gern. Das eine haben Sie sehr kurz, das andere sehr ausführlich

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

gebracht. Ich informiere Sie gern. Bei den GA-Mitteln muss es das Ziel sein, den **vollen Westkorridor zu erhalten**. Herr Harms hat völlig Recht. Wir alle wissen, dass das nicht leicht sein wird. Dennoch muss das unser Ziel sein

Die 100 Millionen €, die wir jetzt in der Notiz zum Bundeshaushaltsplan haben, bedeuten nicht - wie Sie sagen - eine Öffnungsklausel nach dem Motto: Wenn der Osten die Projekte nicht braucht, kriegt der Westen sie. Sondern die Formulierung besagt ganz klar, dass die Westländer bis zu 100 Millionen € von diesen insgesamt 800 Millionen € beanspruchen können. Das heißt, wir müssen sie belegen. Und es ist unser Job, das zu tun. Das bedeutet, wir werden von diesen 100 Millionen € den **Schleswig-Holstein-Korridor**, den wir bis jetzt hatten - es sind gut 10 % - beanspruchen. Und ich sehe auch gute Chancen, dass wir das schaffen. Wir sind hier auf einem guten Weg. Aber wir haben mit diesen 100 Millionen € 25 % weniger als bisher. Das ist unser Problem. Insofern kämpfen wir noch um die letzten 25 %.

Und im Übrigen kämpfen wir noch für etwas ganz anderes. Es darf keine **einseitige Kürzung des Bundes** im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben geben, weil das Aufgaben der Gemeinschaft sind. Und wenn sich überhaupt eine Veränderung vollzieht, muss darüber gesprochen werden - so ähnlich, wie das Herr Hentschel sagte -, dass man dann den **Länderanteil** anders definiert und ihn nicht einfach streicht. Das ist ein unfaires, ich meine sogar verfassungswidriges Verhalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Zu der Frage von Frau Aschmoneit-Lücke: Wir haben das Thema verschiedentlich diskutiert und es ist richtig und im Übrigen auch überhaupt nicht ungewöhnlich, dass im Oktober oder November eines Jahres erst die Hälfte der Mittel abgeflossen sind. Sie wissen genau, dass es entscheidend ist, die **Mittel** zunächst einmal zu **binden**. Die Mittel werden vollständig in diesem Jahr gebunden. Sie wissen zweitens, dass es im Moment im Rahmen der betrieblichen GAFörderung einige Verzögerungen bei Investitionsprojekten gab. Ich habe vor kurzem noch mit zwei Großinvestoren gesprochen. Diese Projekte werden erst jetzt anlaufen. Das heißt, hier ist es ganz normal, dass die Mittel noch nicht fließen konnten. Entscheidend ist, dass wir diese Mittel für Schleswig-Holstein gebunden haben und das kann ich Ihnen zusagen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der vor allen Dingen mit Blick auf das Thema **Konversion**, das einen Schwerpunkt in Ihrem Antrag bildet, wichtig ist. Sie wissen, wir haben seinerzeit zur Milderung der Folgen des Konversionsabbaus einen Förderkorridor für die Konversionsregion in Schleswig-Holstein im Rahmen des Regionalprogrammes in Höhe von 30,7 Millionen € gebildet. Von diesen 30,7 Millionen € haben wir bisher erst knapp die Hälfte belegt. Das heißt, hier haben wir ein ganz anderes Problem, nämlich dass es nicht leicht ist, in den Konversionsregionen des Landes gute GA- oder Regionalprogrammprojekte zu formulieren, zu entwickeln und umzusetzen. Das ist ein altes Problem, das wir hier auch schon öfter diskutiert haben. Es liegt nicht an uns. Wie gesagt, die Mittel stehen zur Verfügung, sie sind sogar im Korridor reserviert. Aber aus bestimmten Gründen dauert es manchmal länger, zum Beispiel eine Liegenschaft der Bundeswehr konzeptionell neu zu entwickeln und das entsprechende **Antragskonzept** so zu formulieren, dass es auch GAFörderfähig in dem entsprechenden Ausschuss ist. Ich glaube, es ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen.

Es bleibt dabei - das kann ich hier eindeutig erklären -, dass wir auch künftig die Konversionsregionen mit einem separaten Korridor fördern, dass wir dies auch im Rahmen der GAFörderung machen und dass wir bisher ein Problem dabei nicht haben lösen können

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Das ist der **Kreis Steinburg**, weil er nicht in der Fördergebietskulisse ist. Das ist unser eigentliches Problem. Wir haben versucht, beim Bund dafür zu kämpfen, dass auch der Kreis Steinburg in die Förderkulisse aufgenommen wird; das hatte bisher aber noch keinen Erfolg. Alle anderen Konversionsregionen in Schleswig-Holstein können wir aus dem Regionalprogramm mit GAMitteln fördern und werden das weiterhin tun. Und ich sage Ihnen zu, dass wir die Mittel auch entsprechend nutzen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; dann schließe ich die Aussprache. Ich gehe davon aus, dass der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2948 (neu), und der gemeinsame Antrag von

(Präsident Heinz-Werner Arens)

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/3031, zurückgezogen sind.

(Frauke Tengler [CDU]: Jawohl!)

Dann steht nur noch der gemeinsame Antrag von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/3034, hier zur Abstimmung. Wir stimmen in der Sache ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 37 auf:

Wassertourismus - Vorschläge der Landesregierung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3012

Ich möchte zunächst dem Antragsteller das Wort erteilen, dann der Regierung und danach die Debatte weiter führen lassen.

Die Aussprache ist eröffnet. Zunächst hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke das Wort. Vielleicht können wir die Beiträge angesichts der fortgeschrittenen Zeit ein wenig straffen.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der parlamentarischen Demokratie kontrolliert die Opposition die Regierung. Ankündigungen, Verfahren und Ergebnisse werden daraufhin überprüft, ob die Regierung handelt und wenn ja, ob sie rechtmäßig und zweckmäßig handelt. Letzteres ist häufiger umstritten als Ersteres.

Der Kontrolle des Wirtschaftsministers dient dieser Antrag. Herr Minister Rohwer hat vollmundig etwas angekündigt, dessen das Land weiterhin erwartungsvoll harrt: seine Vorschläge zur **Stärkung des Wassertourismus**. Bis zum Herbst wollte der Minister mit seinen Vorschlägen auf dem Markt sein.

(Zurufe von der CDU)

„Bis zum Herbst“ ist ein dehnbare Begriff. Ich weiß, Herr Minister, dass Sie das schon einmal in einem anderen Zusammenhang dahingehend ausgelegt haben, dass der Herbst bis zum 21. Dezember gehe, weil bis dahin der Herbst im Kalender stehe. Ich gebe Ihnen Recht, das ist nämlich mein Geburtstag, deshalb weiß ich das auch so genau.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Jetzt wissen wir das alle!)

Aber man könnte das natürlich auch anders auslegen. Ganz eng ausgelegt bedeutet „bis zum Herbst“ eigentlich bis zum Herbstbeginn. Aber darüber will ich nicht streiten.

Es gibt einen festen Termin. Am 26. November 2003 will sich der **Wirtschaftsausschuss** des Themas **Wassertourismus** annehmen, damit möglichst noch in diesem Jahr etwas geschehen kann, das nächstes Jahr mehr Menschen zum Wasserurlaub in Schleswig-Holstein verleiten könnte.

Es ist kein guter, aber ein fester Brauch, unangenehme Tagesordnungspunkte in Gremiensitzungen mit umfangreichen Tischvorlagen abzuwürgen. Wir wollen dem vorbeugen und den Minister fürsorglich und vorsorglich davor bewahren,

(Beifall bei der FDP)

überhaupt erst in diesen Verdacht zu geraten. Deshalb fordern wir ihn auf, seine Vorschläge bis zum 19. November 2003 vorzulegen. Dann bleibt den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses noch eine Woche Vorbereitungszeit. Zwischen Nachtragshaushalt und Nachschiebeliste ist das nicht viel, aber viel besser als nichts. Und außerdem wollen wir den Minister davor bewahren, erneut in seine Rolle als folgenloser Ankündiger zu verfallen. Diese Politik hat Schleswig-Holstein in den letzten 15 Jahren genügend Wohlstand, Wachstum und Vermögen gekostet.

Heute fangen wir also im Kleinen an. Herr Minister, nehmen Sie unser Hilfsangebot an, lassen Sie Ihren Worten Taten folgen. Schlagen Sie bitte bis zum 19. November 2003 konkret vor, wie Sie den Wassertourismus in Schleswig-Holstein stärken wollen.

(Beifall bei der FDP)

Und, Herr Minister, es wäre außerordentlich nett, wenn Sie dies direkt gegenüber uns als dem Parlament machen würden und nicht nur öffentlich und publikumswirksam am 19. November 2003 auf dem Tourismustag in Büsum.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann erteile ich Herrn Minister Professor Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Aschmoneit-Lücke, jetzt bin ich auf die Idee gekommen, Ihnen das Paket der Vorschläge

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

und Maßnahmen, die wir bereits ergriffen haben, zu Ihrem Geburtstag am 21. Dezember persönlich zu überreichen. Ich kann aber bestätigen, dass mit Herbst der Herbst 2003 gemeint ist.

Ein einfacher Anruf bei mir hätte genügt. Ich habe großes Verständnis für Ihr Zeitbudget, aber hätten Sie mich angerufen, hätte ich Ihnen sofort unsere fünf Punkte zugeschickt, die längst in der Umsetzung sind. Ich denke, das wissen Sie auch, denn Sie sind ja mit Mitarbeitern der Abteilung bekannt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von FDP und CDU)

Sie hätten dann erfahren, dass diese Punkte bereits in der Umsetzung sind. Wahrscheinlich gibt es einen anderen Hintergrund für Ihren Antrag, wahrscheinlich wollten Sie, dass Sie vorher informiert werden, bevor wir das auf dem Tourismustag vorstellen. Es geht Ihnen also mehr um das Protokoll.

Deshalb gehe ich jetzt nur noch ganz kurz - aber wirklich nur ganz kurz, Herr Präsident, denn ich denke, die Debatte sollten wir überwiegend im zuständigen Ausschuss führen; dieses Vorgehen ist sehr ungewöhnlich - auf die Inhalte ein.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann Ihnen heute sagen: Die Landesregierung hat **fünf Handlungsschwerpunkte** definiert. Von diesen fünf Handlungsschwerpunkten sind bereits mehrere Maßnahmen in der Umsetzung. Wir werden Ihnen gern darüber berichten, auch wenn ich dieses Verfahren für ungewöhnlich halte. Der erste Punkt ist das Thema Infrastruktur im Wassertourismus; der zweite Bereich sind die neuen touristischen Angebote - das hatte ich in der damaligen Debatte auch schon gesagt -; das Dritte sind die Erleichterungen im Wassertourismusverkehr; das Vierte ist die Qualitätssteigerung im wassertouristischen Angebot und das Fünfte ist das Marketing. Das sind fünf klare Punkte, bei denen unsere Landesgesellschaft, die TASH, längst auf dem Weg ist, sie umzusetzen.

Aber wir können das gern im Ausschuss weiter diskutieren, wenn es erforderlich ist. Ich denke, die Zeit des Plenums ist zu kostbar, um sie hier mit Wiederholungen und Terminanfragen zu belegen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Regierung - man kann ja fast sagen - für diesen Bericht und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin unserer geschätzten Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke sehr dankbar, dass wir das Thema hier heute noch einmal diskutieren. Es ist selbstverständlich das **Recht des Parlaments**, die **Kontrolle** auszuüben. Auch ich warte auf den Bericht.

Herr Minister, seien Sie mir nicht böse: Ich hatte den Eindruck, das waren die gleichen Zettel, die Sie schon im Juni hatten; denn es ist nichts Neues herübergekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Juni waren wir uns hier im Hause einig - bis auf den SSW, aber das nehme ich nicht so besonders ernst -,

(Heiterkeit)

dass wir laut einer Studie eine Steigerung von 20 % beim Tourismuspotenzial erzielen könnten, wenn wir diesen Markt besser bearbeiten könnten.

Wir haben in Schleswig-Holstein immer das Problem, dass wir eigentlich nicht wissen, wo wir ein **Alleinstellungsmerkmal** finden - neben Nordsee und Ostsee, den beiden großen Destinationen. Im Wassertourismus wäre eine Chance, wenn wir sie denn nutzen würden. Zu sagen, wir machen am 26. November eine gemeinsame Ausschusssitzung, das allein, glaube ich, reicht nicht, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

Wir würden dabei gern - da erinnere ich Sie an Ihre Worte, die Sie selbst gebraucht haben - alle beteiligten Kräfte an einen Tisch holen, nicht nur die TASH. Auch das verkennen Sie. Die TASH ist eine reine Marketinggesellschaft. Die TASH kann für uns werben, wenn die Infrastruktur stimmt. Aber erst einmal muss die Infrastruktur stimmen; dann kann die TASH werben. Sonst werben wir für ein Produkt, das wir nicht haben.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Neben dieser Überforderung der TASH - wie Sie es im Moment machen -, kürzen Sie auch noch deren Marketingmittel. Auch darüber sollten Sie in Ihren Kabinettsentscheidungen, an denen Sie ja maßgeblich beteiligt sind, einmal nachdenken.

(Hans-Jörn Arp)

Was ist mit den Anglern, mit den Seglern, mit den Surfern, mit den Radwanderern, mit den Pferdekutschenschonfahrern, mit den Kanufahrern? - Alles das sind Beteiligte, die mit dem Wassertourismus zu tun haben. Sind die zu der Sitzung mit eingeladen? Haben wir deren Stellungnahmen? Können wir davon ausgehen, dass sie beteiligt sind?

Sie haben angekündigt, Sie würden sich mit uns zusammensetzen und einmal über die **Befahrbarkeit der Binnengewässer** diskutieren. Auch dazu haben wir bisher keine Stellungnahme. In Mecklenburg-Vorpommern geht so etwas, in Holland schon seit vielen Jahren, und zwar sehr erfolgreich, wie Sie wissen.

(Abgeordneter Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] spricht mit Minister Dr. Bernd Rohwer)

- Herr Matthiessen, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dem Minister jetzt einmal die Chance gäben, mir zuzuhören. Ich höre mir Ihre Reden auch an und es ist nicht immer einfach und auch nicht bequem.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Und selten intelligent!)

- Nun, das will ich hier nicht werten.

Ich denke, es gibt eine Menge Dinge, über die wir gemeinsam diskutieren können, und ich bin enttäuscht, Herr Minister, dass Sie den gemeinsamen Weg, den wir bisher im Tourismus gingen, verlassen haben, indem Sie uns an der Anhörung nicht beteiligten.

Ein weiterer Punkt! Wir wissen - jetzt zitiere ich die „LN“ -: „Wenn die Urlauber gehen, wird die Anzahl der Arbeitslosen mehr.“ Also muss es doch unser gemeinsames Ziel in diesem hohen Hause sein, eine Saisonverlängerung hinzubekommen, und eine **Saisonverlängerung** schaffen wir nur über den Thementourismus. Der Wassertourismus ist solch ein Bereich. Es geht darum, dass wir uns eben nicht nur auf die Sommerferienregelung und auf das gute Wetter verlassen, sondern dass wir uns wirklich bemühen zu fragen: Wie können wir die Saison verlängern? - Das können wir in erster Linie - das ist eine Zielgruppe -, wenn wir die **Kurzurlauber** ansprechen.

Ich bin gespannt, was Sie uns am 19. präsentieren werden, wenn Sie denn dem Antrag der Kollegin folgen. Aber noch lieber wäre mir eine breite Beteiligung aller, die am Wassertourismus beteiligt sind.

Ich gebe Ihnen noch ein Beispiel - da haben Sie es nicht gemacht -: Prädestiniert für den Wassertouris-

mus wäre eigentlich die schleswig-holsteinische **Unterteilbe** mit Elbe und Nord-Ostsee-Kanal auf der einen Seite und auf der anderen Seite mit den unzähligen kleinen Flüssen, die dazwischen liegen. Das wäre eine Region, in der man Wassertourismus für Schleswig-Holstein einmal als eine Art Modellprojekt probieren könnte.

Es gibt da allerdings ein Problem - da haben wir auch eine gemeinsame Position mit den Gemeinden -: Durch die Elbvertiefung werden die Elbehäfen immer weiter verschlickt. Wir sind für die weitere **Elbvertiefung**. Deshalb müssen wir den Gemeinden sagen: Da wir für die weitere Elbvertiefung sind, muss im Interesse der Gemeinden ein Ausgleich geschaffen werden, indem wir dafür sorgen, dass der Bund dafür eintritt, dass keine weitere Verschlickung der Elbanrainerhäfen erfolgt.

Wenn Sie diesen Weg mit uns gemeinsam gehen, dann werden wir am 19. oder am 21. - wann immer dann die gemeinsamen Gespräche kommen werden - zu einem Konsens kommen. Aber im Moment sind Sie gefordert und wir warten auf Ihre Aktivitäten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Benker das Wort.

Hermann Benker [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Schleswig-Holstein ist wegen seiner einmaligen Lage zwischen Nord- und Ostsee und seiner Vielzahl an Flüssen, Seen und Auen ein attraktives und hoch interessantes Wassersportrevier mitten in Europa.“ - So hat der Kollege Arp das letzte Mal, am 18. Juni, die Debatte über den Wassertourismus begonnen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich zitiere das nur, um zu zeigen, dass wir mitten in einem Prozess sind und deshalb dieser Antrag absoluter Nonsense ist. Wir sind in der Beschäftigung mit dem Thema.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordnete Lars Harms [SSW])

Wir haben daran gearbeitet, wir haben vor der Sommerpause, am 18. Juni, einen Antrag der CDU zum Wassertourismus gemeinsam an die Ausschüsse überwiesen. Wir haben das Thema im Wirtschaftsausschuss am 20. August zur Behandlung in gemeinsamer Sitzung am 26. November terminiert. Der Unterausschuss hat sich am 17. September, vor weni-

(Hermann Benker)

gen Wochen also, diesem Votum für eine gemeinsame Sitzung angeschlossen. Nach wie vor geht der Herbst hinsichtlich des Kalenders tatsächlich bis Dezember. Das will ich hier an dieser Stelle auch noch einmal sagen. Also was soll dieser Antrag?

Es ist hier weder ein Versäumnis zu erkennen noch die Notwendigkeit, die Termine hier im Parlament zu beraten. Da gibt es überhaupt keine Diskussion. Den Telefonanruf hat der Minister schon erwähnt.

Das einzig Positive an dem Antrag ist, dass Sie die Aussage des Ministers in die 17. Legislaturperiode legen. Das heißt also, der Minister Rohwer wird in der 17. Legislaturperiode auch noch Minister sein. Diese Aussage freut mich sehr.

(Heiterkeit)

Sie haben nämlich zitiert „Plenarprotokoll 17/89“ und das ist die 17. Legislaturperiode.

Sie wollen mit diesem Antrag den Eindruck erwecken, als ob im Bereich Wassertourismus nichts laufe. Das ist der wahre Hintergrund und deshalb habe ich Ihnen etwas mitgebracht, falls Sie nicht fündig geworden sein sollten. Ich habe hier einiges zusammengetragen, von der TASH in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, zu den Themen „Wassersport“ und „Wassertourismus“, unter anderem eine Broschüre „Kanus und Kajaks - Wasserwege in Schleswig-Holstein“ mit hinweisen zur Befahrensregelung, die bereits in der 2. Auflage erschienen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das zeigt, wie sehr auf diese Broschüre zugegriffen worden ist. Weiter habe ich hier die Badegewässerkarte des Landes Schleswig-Holstein und darüber hinaus kann ich Sie noch auf die Internetseite verweisen, die mit einer Vielzahl von Angeboten herausgegeben wird, die es in Schleswig-Holstein gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es wird also an diesem Thema gearbeitet. Die Ergebnisse sind vorzeigbar. Es besteht keinerlei Termindruck und schon gar kein Handlungsbedarf für das Parlament. Dies ist alles schon beschlossen.

Herr Arp hat darauf hingewiesen, dass man im Bereich Tourismus versucht habe, im Ausschuss alles einvernehmlich zu machen. Vor diesem Hintergrund meine ich, dass es gut ist, dass man darüber redet, aber ansonsten ist dieser Antrag abzulehnen; denn er erledigt sich von selbst am 26. November, wenn wir darüber beraten.

Der Minister hat zur Beruhigung von Frau Aschmoneit-Lücke ein paar Informationen gegeben; die werden am 26. November fortgesetzt werden. Ich beantrage daher Ablehnung dieses Antrages, weil er sich von selbst erledigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bei dem vorliegenden Antrag der FDP handelt es sich offensichtlich um einen Vorführantrag; es soll versucht werden, die Landesregierung in einem schlechten Licht dastehen zu lassen - als Faulenzer und ideenlos. Das bezieht sich noch nicht einmal auf einen eigenen Antrag, sondern - wie ich mich recht erinnere - auf einen Antrag des Kollegen Arp von der CDU, den wir ja auch in der Debatte, die über den Antrag hier schon stattgefunden hat, sehr begrüßt haben.

Sie begründen Ihren Antrag mit der Debatte hier im hohen Haus zum Thema Wassertourismus. Darin hätte der Minister angekündigt, einen Katalog von Vorschlägen vorzubereiten.

Da liegt schon einmal gar nichts vor, haben Sie sich überlegt, da stellen wir einmal schnell einen Landtagsantrag! Ich möchte einmal genauso kleinlich erwidern: Wenn man die Begründung Ihres Antrages richtig liest, sieht man, dass da lediglich von einer Vorbereitung eines Katalogs die Rede ist und nicht von einer Vorstellung oder gar Ausfertigung eines solchen. Das ist, wenn Sie schon so pedantisch daherkommen, doch ein Unterschied.

Hätten Sie ein Interesse an dem Thema gehabt, Frau Kollegin, dann hätten Sie den Minister angerufen und gefragt, wie der Stand ist.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Meine Güte!)

- Ja, das ist ein netter Kerl; der hätte Ihnen sicherlich Auskunft erteilt. Oder Sie hätten den Kollegen Arp gefragt,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welches Parlamentsverständnis haben Sie eigentlich? Wir sind hier nicht in einem Ortsverein der Grünen!)

(Detlef Matthiessen)

wie weit sein Antrag bearbeitet worden ist. Oder Sie hätten sich im Rahmen der Selbstbefassung an die Geschäftsstelle des Ausschusses wenden und es auf die Tagesordnung setzen lassen können.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das bestimmen Sie doch nicht, was wir machen!)

Stattdessen bevorzugen Sie eine Befassung im Plenum. Da setzen Sie also zum politischen Höhenflug an.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Der Minister hat berichtet - ich habe mich auch erkundigt -, die Wassertourismusarbeit in Schleswig-Holstein ist in vollem Gang und soll fortgesetzt werden. Wenn Sie Wassertourismus so sehr interessiert, dann arbeiten Sie doch mit.

In Ihrem Antrag ist im Zusammenhang mit dem Verhalten der Landesregierung von Bedauern die Rede. Dies bedaure ich nicht. Ich bedaure vielmehr die Armseligkeit der FDP-Fraktion. Die Landesregierung hat gearbeitet

(Beifall bei der SPD)

und wird diese Arbeit auch fortsetzen. Das kann auftragsgemäß im Ausschuss weiterberaten werden. Der FDP-Antrag ist daher abzulehnen. Das Thema Wassertourismus ist bereits in den Ausschuss überwiesen und wird dort, denke ich, in der gebotenen Qualifikation abgearbeitet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zeitablauf zur gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse ist schon weitgehend beschrieben worden. Hierauf brauche ich nicht näher einzugehen.

Der Kollege Benker hat soeben - wie schon bei der letzten Sitzung und wie im Ausschuss - alles noch einmal dargestellt und dankenswerterweise die Materialien mitgebracht. Er ist zu dem richtigen Schluss gekommen, dass der Antrag völliger Nonsens ist. Dem kann ich mich nur anschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nun hat noch der Abgeordnete Maurus für einen Dreiminutenbeitrag das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich in dieser Debatte doch ein wenig wundern. Hier wird der Antrag gestellt, die Chancen für eine Verlängerung der Saison 2004 nochmals zu nutzen und auch den Wassertourismus zum Thema zu machen.

(Hermann Benker [SPD]: Das hatten wir das letzte Mal!)

- Richtig. Das hatten wir das letzte Mal. - Vielleicht fehlt mir ein wenig der Sinn für die Debatte. Ich frage mich: Was ist eigentlich passiert? Herr Benker und ich kommen aus dem praktischen Geschäft und wissen, wie weit die Tourismusstandorte, die Tourismusverbände, aber auch die einzelnen Tourismusanbieter mit ihrer Planung für das Jahr 2004 gediehen sind. Ich frage mich wirklich: Was kann tatsächlich für 2004 noch umgesetzt werden?

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir hier nur um des Debattierens Willen und um eine Schlagzeile nach außen zu haben, diskutieren, dann können wir die Veranstaltung wirklich einstellen!

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Hermann Benker [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

Es ist nur beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Stößt das auf Widerspruch? - Nein. Dann stimmen wir in der Sache ab. Wer dem Antrag der FDP, Drucksache 15/3012, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung und werde sie um 15:00 Uhr wieder eröffnen.

(Unterbrechung: 13:03 bis 15:00 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Entkoppelung von Prämien in der Landwirtschaft

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3001

Das Wort zur Begründung wird sicherlich nicht gewünscht. - Das ist der Fall. Ich eröffne ich die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft unterlag in der Vergangenheit vielfachen Veränderungen und sie wird sich auch in der Zukunft noch vielfachen Veränderungen stellen müssen. Gleichwohl ist es für ein Agrarland, wie es Schleswig-Holstein ist, wichtig, diese Veränderungen aktiv zu begleiten. Die in der nächsten Zeit gravierendste Veränderung wird die Entkoppelung von Prämien in der Landwirtschaft sein. In Europa ist es möglich, produktionsbezogene Prämien abzubauen und das Geld in andere Bereiche umzuleiten. Es werden damit nicht nur ökologische Ziele verfolgt, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvolle Ziele angestrebt. Trotzdem kann man die Entkoppelung von Prämien von der Produktion nicht einseitig betrachten.

Diese Prämien, die bisher gezahlt wurden, sind Ausgleichszahlungen für Verluste, die die Landwirte eingefahren haben. Diese **Ausgleichszahlungen** wurden gewährt, um die **Landwirtschaft** in der Fläche zu erhalten. Dies war bisher politischer Wille - auch wechselnder Regierungen. Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, dass wir die Landwirtschaft für unser Land weiterhin erhalten wollen.

Für den SSW ist es in der Tat grundsätzlich sinnvoll, dass wir Überproduktion in der Landwirtschaft nicht noch subventionieren. Dieses langfristige Ziel wollen wir deshalb auch nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen allerdings dieses Ziel gemeinsam mit den Landwirten erreichen und ihnen die Möglichkeit geben, sich auf neue Gegebenheiten auch einstellen zu können.

Auf europäischer Ebene ist die Umgestaltung der Prämienzahlung möglich, es besteht aber keineswegs die Pflicht, dies überhaupt zu tun, und auch nicht die Pflicht, dies sofort zu tun. Wir haben also alle Freiheit, wann und wie wir die Entkoppelung von Prämien umsetzen.

Uns sind Proberechnungen des dänischen landwirtschaftlichen Verbandes für Südschleswig zur Verfügung gestellt worden, aus denen hervorgeht, dass sich die Verluste bei einer Umstellung der Prämiengewährung von produktionsbezogenen Betriebsprämien auf Flächenprämien bei einem durchschnittlichen Betrieb durchaus auf 30.000 € summieren können. Diese Zahl bezieht sich nicht auf extreme Einzelfälle, sondern auf durchaus gängige Betriebe.

Betrachtet man nun den durchschnittlichen Gewinn eines landwirtschaftlichen Betriebes, so wie er im letzten Agrarreport angegeben ist, wird das Problem erst richtig deutlich. Für das Jahr 2001/2002 wird dort ein durchschnittlicher Gewinn von 31.455 bis 46.521 € je nach Betriebsform in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben angegeben. Mir ist klar, dass die Gewinne in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben höchst unterschiedlich sein können, aber trotzdem macht der Vergleich der Zahlen deutlich, dass viele Betriebe bei einer Reduzierung der Prämien in ihrer Existenz gefährdet wären.

Diese Gefährdung verschärft sich noch dadurch, dass keineswegs klar ist, ob die Entkoppelung bundesweit einheitlich durchgeführt werden soll und ob man sich auch in Europa auf eine einheitliche Vorgehensweise einigen kann. Zieht hier ein Bundesland oder ein anderer europäischer Staat nicht mit, so wird es zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen kommen. Die Betriebe in den Regionen, die sich zuerst für **Flächenprämien** entscheiden, wären der Konkurrenz von hochsubventionierten Betrieben aus anderen Regionen ausgesetzt. Die Folge wäre, dass die betroffene Betriebe sterben würden. Zumindest innerhalb Deutschlands wird es durchaus die Möglichkeit geben, sich auf eine einheitliche Vorgehensweise zu einigen. Dies wird auch auf der Agrarministerkonferenz am 27. November, also in knapp 14 Tagen, Thema sein. Deshalb ist es notwendig, dass der Landtag hier und heute ein entsprechendes Votum abgibt, unter welchen Voraussetzungen eine Entkoppelung von Prämien in Schleswig-Holstein erfolgen kann.

Für uns als SSW ist es in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Finanzmittel, die bisher in Form von Prämien ins Land fließen, auch weiterhin ins Land fließen. Dies ist keineswegs sicher. Bisher profitiert das Land Schleswig-Holstein überdurchschnittlich von Prämienzahlungen aufgrund der vergleichsweise hohen Produktivität in der Landwirtschaft unseres Landes.

Weiter wollen wir einen ruinösen Wettbewerb auf Kosten unserer Landwirtschaft verhindern, indem wir im gegebenen Fall eine gleichartige und gleichzeitige

(Lars Harms)

Umstellung der Prämienzahlungen auf nationaler und europäischer Ebene fordern.

Trotzdem wird es aber im gegebenen Fall immer Verlierer geben. Die Landwirte, die ihr landwirtschaftliches Unternehmen vor dem Hintergrund der derzeitigen Förderkulisse ausgerichtet und entsprechend investiert haben, werden erhebliche Umstellungsprobleme bekommen. Diesen Betrieben müssen wir helfen und ihnen rechtzeitig Angebote an die Hand liefern, die ihnen eine wirtschaftliche Zukunft ermöglichen.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag die Landesregierung auch dazu auf, über solche Maßnahmen zu berichten. Aufgrund der knappen Zeit nach der Agrarministerkonferenz am 27. November bitte ich, noch eine terminliche Änderung in unserem Antrag zu berücksichtigen. Der Bericht der Landesregierung sollte aus dem eben genannten Grund in der Januar-Tagung und nicht schon in der Dezember-Tagung erfolgen. Mit dieser Änderung bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall beim SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Landwirtschaftspolitik** in Europa ist mittlerweile ein Spezialgebiet geworden, undurchsichtig, kompliziert und nur für ausgesprochene Fachleute zu durchschauen. Das merkt man auch an der Präsenz und der Aufmerksamkeit hier. Ich kann es ein bisschen nachvollziehen. Es erinnert wirklich stark an unsere Steuergesetzgebung. Wer die besten Berater hat, bekommt das meiste Geld.

Heute beziehen Landwirte zirka 50 bis 60% ihres Einkommens aus steuerfinanzierten Zuwendungen. Kollege Kerssenbrock ist nicht anwesend. Er müsste hier natürlich die entsprechende Polemik reiten. Jede Kuh in Europa wird mit jährlich umgerechnet 800 € subventioniert und der afrikanische Markt wird jährlich mit 21.000 t Milchpulver überschwemmt und für die dort heimischen Produzenten zerstört, denn diese können gegen derart subventionierte Produkte nicht konkurrieren. Dies ist ein Zustand, mit dem jedoch auch viele Landwirte - ich gehe davon aus, auch Sie, Kollege Ehlers - in Deutschland und Europa überhaupt nicht glücklich sind.

Mit der Agenda 2000 versuchte man eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik und mit der so

genannten Halbzeitbewertung der Agenda 2000 beschlossen die EU-Agrarminister erneut einschneidende Korrekturen, die im Wesentlichen ein Ziel haben, nämlich die Preise wieder marktkonformer zu machen und keine Anreize für unsinnige Überproduktionen zu schaffen.

Der SSW-Antrag hat sich jetzt einen dieser Beschlüsse herausgenommen, die so genannte Entkoppelung der bisherigen **Ausgleichszahlungen** von der Produktion. Etwas platt gesagt: Der Landwirt soll nicht länger für eine möglichst hohe Produktionsmenge bezahlt werden. Man will die Prämie von der produzierten Menge abkoppeln.

Von allen Beschlüssen scheint mir dieses Vorhaben das wichtigste zu sein, das in der Konsequenz zu einer neuen **Landwirtschaft** führen wird, die grundsätzlich ökologischer als die bisherige sein wird. Ich spreche hier nicht von Öko-Landwirtschaft. Allerdings kann die Entkoppelung auch zu einer völlig neuen **Agrarstruktur** führen und das bedeutet nicht nur Vorteile für unser Land - Kollege Harms hat darauf hingewiesen -, das von mittelständischen und sehr effektiven landwirtschaftlichen Betrieben geprägt ist.

Auch die Einkommenssituation unserer Landwirte ist im bundesdeutschen und europäischen Vergleich gut. Daher ist es für uns natürlich besonders angesagt, im Falle einer Mittelumverteilung sehr darauf zu achten, dass uns keine Mittel abhanden kommen, sondern unmittelbar in den ländlichen Raum fließen. Es ist wichtig, dies zu betonen: Dieses Geld kommt nicht allein den Landwirten zugute, es geht auch nicht in den Konsum, sondern es sind Mittel, die für Investitionen in den ländlichen Raum fließen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb unterstützen wir diesen Punkt des SSW-Antrages. Ich möchte Sie hier im Parlament nicht mit Fachfragen, die in den Fachausschuss gehören, überfordern und beschränke mich auf die Erörterung zweier Grundmodelle. Das Betriebsmodell sieht eine Umwandlung der bisherigen Direktzahlungen des Landwirtes vor und bezieht sich auf den Referenzzeitraum 2000 bis 2002. Man orientiert sich dabei also an den individuellen Ansprüchen eines Betriebes, was zu großen Unterschieden und aus unserer Sicht auch zu Ungerechtigkeiten führen kann.

Grundsätzlich bevorzugt die SPD-Landtagsfraktion das so genannte Regionalmodell, das ein einheitliches Flächenprämienrecht zugrunde legt

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

(Friedrich-Carl Wodarz)

- man ruhig, man ruhig da achtern! -, weil wir glauben, dass die derzeitige ungerechte Prämienverteilung zwischen den Betrieben nicht aufrechterhalten werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Grundlage für die Prämienzahlung ist die bewirtschaftete Fläche und nicht die Höhe der bisherigen Direktzahlungen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das hört der Kollege Ehlers überhaupt nicht gern. Wir haben auch Kollegen aus der Wilstermarsch hier. Hör einmal genau zu! Die Demonstration der Bauern aus der Wilstermarsch hat doch deutlich gemacht, dass der schleswig-holsteinische Bauernverband ganz offensichtlich die Interessen der Grünlandbetriebe vernachlässigt,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn er einseitig die Betriebsprämie favorisiert. Ich begrüße ausdrücklich den pragmatischen Vorschlag des Landwirtschaftsministers. Das hat es noch nie gegeben, dass ein grüner Landwirtschaftsminister auf einer Bauernversammlung Beifall bekommen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das war einigen Funktionären sehr peinlich. Herr Ehlers zuckt jetzt noch zusammen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Er machte einen sehr pragmatischen Vorschlag, indem er ein Übergangsmodell vorschlug, dass die **Flächenprämie** und eine degressive Betriebsprämie parallel vorsieht. Kollege Harms, ich vermute, darauf bezieht sich der zweite Spiegelstrich Ihres Antrags.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege, bitte noch eine Bemerkung dazu, was wir mit dem Antrag tun sollen. Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Dann muss ich zum Schluss kommen.

Ich werde auf die geistreichen Ausführungen, die ich mir ansonsten noch aufgeschrieben habe, leider verzichten müssen. Kollege Harms, ich denke, wir sind

uns einig: Dieser Antrag wird in den Ausschuss überwiesen - wir wollen heute nicht abstimmen - mit der Maßgabe, dass das Thema in der Januar-Tagung wieder aufgerufen wird. Ich denke, die fachlichen Dinge, die ich Ihnen ansonsten vorgetragen hätte, sind im Ausschuss besser aufgehoben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, begrüße ich Besucherinnen und Besucher. Auf der Tribüne haben Mitglieder des SPD-Ortsvereins Föhr sowie die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus dem Kreis Steinburg Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen das Wort.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Der Kollege Wodarz hat darauf hingewiesen: Wenn wir uns in Fachfragen ergingen, würde es hoch kompliziert werden. Der Antrag des SSW zur Entkoppelung der **Prämien** in der **Landwirtschaft** ist zum jetzigen Zeitpunkt wenig hilfreich und ebenso wenig konkret.

Herr Kollege Harms, wir haben nicht alle Zeit. Das ist Ihr großer Irrtum. Wir haben nicht alle Freiheiten. Das ist Ihr riesengroßer Irrtum. Wenn in den nächsten Tagen oder Wochen in der Bundesrepublik nicht definitiv entschieden wird, gilt das Betriebsinhabermodell ab 1. April 2004. Also werden Sie sich wohl schon an die Beantwortung bestimmter Fragen heranmachen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Täglich erreichen uns neue Überlegungen zu den Auswirkungen der in Luxemburg beschlossenen Maßnahmen, unabhängig von der nationalen Umsetzung der **EU-Agrarreform**, von der wir auch noch nicht wissen, wie sie in Deutschland und in den Bundesländern aussehen wird. Hier haben wir eine durchaus kontroverse und widersprüchliche Meinungslage. Hier gibt es natürlich die Diskussion Betriebsinhabermodell oder ein individuelles Regionalmodell. Dazwischen gibt es auch die Frage des Kombimodells.

In dieser unübersichtlichen Situation sind wir zurzeit und wissen nicht, wie die Rechtsvorschriften und

(Peter Jensen-Nissen)

Durchführungsvorschriften aus Brüssel aussehen werden. Das wissen die Agrarminister auch am 27. November nicht, wenn sie in der so genannten Sondersitzung der Agrarministerkonferenz auf Bundesebene tagen. Aus diesem Grund werden wir hier heute bestimmte Rückschlüsse nicht ziehen können.

Der SSW-Antrag lässt darüber hinaus offen, welches Modell national greifen soll, also ein typischer SSW-Antrag, lieber Herr Kollege Harms, ein Sowohl-als-auch, wie es Ihnen gerade in den Kram passt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der SSW geht ferner davon aus, dass im Dezember die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen für die Betriebe abzusehen sind und die Landesregierung bereits Antworten auf ein sehr kompliziertes Verfahren parat hat. Genau das glaube ich eben nicht, Herr Kollege.

Die Forderung des Kollegen Harms, die Landesregierung möge alternative Verdienstmöglichkeiten schaffen, mutet geradezu hilflos an. Seit vielen Jahren sind sie notwendig, und das unabhängig von Agrarreformen. Darum haben wir uns ständig und immer wieder bemüht.

Ich erwarte nicht, dass die Landesregierung nun in vier Wochen das schafft, was sie in den vergangenen 15 Jahren versäumt hat. Der geforderte Bericht kann daher nur die hinreichend bekannten Leerformeln beinhalten. Ohne konkret zu wissen, wohin die Reise geht, lassen sich keine Rezepte für Folgemaßnahmen entwickeln.

Bundesministerin Künast hat in Brüssel einer Reform zugestimmt, deren Auswirkungen in den Ländern und auf den Höfen noch nicht in vollem Umfang absehbar sind. Die zurzeit vorhandenen Modellrechnungen lassen ahnen - da gebe ich Ihnen Recht -, dass alles nicht einfacher wird, egal, für welches Modell man sich entscheidet. Das ist die Wahrheit. Egal, für welches Modell man sich entscheidet, für das, das Herr Müller präferiert, oder das, das der schleswig-holsteinische Bauernverband inzwischen präferiert. Bei beiden gibt es erhebliche Probleme in der Umsetzung und bei beiden kommt es zu erheblichen Top-Ups. Das wissen Sie genauso gut wie ich, Herr Müller. Insofern sollten Sie sich überlegen, ob Sie sich den billigenden Beifall abholen.

Der SSW-Antrag skizziert die möglichen Risiken und zeigt auf, wo der noch zu installierende Reparaturbetrieb ansetzen sollte. Das beschreiben Sie richtigerweise: Verringerung der Gesamtsumme des Prämienaufkommens, schädliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft,

Wettbewerbsverzerrungen, erforderliche Hilfen für Betriebe, die investiert haben, Brüche beim Übergang von der Betriebs- zur Flächenprämie und so weiter. Wohlgermerkt: Alle diese Risiken sind im Antrag des Kollegen Harms aufgeführt.

Im April haben Sie, Kollege Harms, das noch alles begrüßt. Wie passt das denn zusammen? Ich zitiere:

„Aber der grundsätzliche Weg in der künftigen gemeinsamen Agrarpolitik ist in Ordnung und nach unserer Meinung auch genau der richtige.“

Welcher Weg ist der richtige, Kollege Harms? Das darf ich hier ja dann wohl fragen.

(Beifall bei CDU und FDP - Lars Harms [SSW]: Habe ich gerade eben ausgeführt!)

Offensichtlich haben Sie sich sagen lassen, welche Probleme auf die Landwirtschaft zukommen, und jetzt haben Sie kalte Füße bekommen.

Wer den Katalog des SSW liest, fragt sich, woher Sie, Herr Kollege Harms, in diesem Parlament den Mut genommen haben, dieses Reformpapier pauschal zu begrüßen. Die Agrarreform enthält durchaus richtige und richtungweisende Schritte.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das ist ganz was Neues!)

Das wird von niemandem bestritten. Diese dürfen jedoch nicht - das sage ich sehr deutlich - im Zuge der nationalen Ausgestaltung zu Stolpersteinen gerade für entwicklungsfähige und leistungsstarke Betriebe in unserem Land werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Als Ergebnis stelle ich fest: Die verantwortliche Politik weiß nicht, was sie angerichtet hat. Die Landwirtschaft weiß nicht, wie es weitergeht. Der SSW weiß überhaupt nicht, um was es geht.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Deshalb sage ich: Über den Antrag sollten wir im Agrarausschuss und im Dezember im Parlament weiter beraten. Weil der Antrag unschädlich ist, stimme ich einer Ausschussüberweisung zu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Am 26. Juni dieses Jahres haben die Agrarminister der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel eine grundlegende Reform der **EU-Agrarpolitik** für eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa beschlossen.

Ziel war es unter anderem, bei den WTO-Handelsverhandlungen eine starke, tragfähige Position zu erhalten und alle Länder zum Abbau handelsverzerrender **Agrarsubventionen** zu drängen.

Eines der Hauptelemente der Reformvorschläge ist die so genannte Entkoppelung. Mit dieser Trennung der Beihilfen von der Produktion soll den Landwirten der Anreiz genommen werden, durch mehr Produktion automatisch auch mehr Beihilfen zu generieren.

Dass diese Entkopplung erforderlich und sinnvoll ist, wird inzwischen allgemein anerkannt. Allerdings ist jetzt die Frage strittig, welches Verfahren zukünftig zur Anwendung kommen soll. Sollen es die so genannte Betriebsprämienrechte sein, die den Betrieben Zuweisungen in Höhe der Durchschnittsbeihilfen der letzten Jahre zusichern, oder soll es zu den so genannten regionalen Flächenprämienrechten kommen, die in konsequenter Form Beihilfen pro bewirtschafteter Fläche in Hektar unabhängig von den jeweiligen Erträgen vergeben?

Auf Bundesebene ist es noch zu keiner einheitlichen Meinung gekommen. Selbst innerhalb der **Landwirtschaft** gibt es sehr unterschiedliche Stellungnahmen, wie beispielsweise der Präsident des Bauernverbandes, Sonnleitner, bei der Ausstellung auf dem Landesbauerntag in Rendsburg gesagt hat.

Um es vorweg zu sagen, beide Modelle haben Vor- und Nachteile, die bei der Anhörung im Agrarausschuss am 11. September sehr deutlich geworden sind. Dadurch, dass in Schleswig-Holstein ein sehr hoher Anteil der Flächen landwirtschaftlich bewirtschaftet wird und die Hektarerträge sehr hoch sind, besteht bei der **Flächenprämie** die Gefahr, dass Schleswig-Holstein zukünftig auf bis zu 40 Millionen € Beihilfen verzichten müsste. Eine Katastrophe für die Bauern!

Auf diesen Punkt zielt der erste Punkt des SSW-Antrages. Wie Minister Müller dies bei seinen Kollegen aus den anderen Ländern erreichen will, wird er uns gleich sicherlich mitteilen. Unsere Unterstützung hat er auf jeden Fall.

(Vereinzelter Beifall)

Ein weiterer Nachteil bei der möglichen Einführung der Flächenprämie besteht darin, dass es beim Über-

gang zu dramatischen Verwürfen mit der Folge von zwangsläufigen Insolvenzen kommen würde. Bei einem möglichen Übergang muss deshalb ein ausreichend langer Zeitraum vorgesehen werden, der eine entsprechende Anpassung möglich macht und zum Beispiel auf die von den Betrieben eingegangenen Finanzierungen Rücksicht nimmt.

Die Brüsseler Entscheidung lässt den Mitgliedstaaten einen relativ großen Spielraum bei der Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht. Wenn es aufgrund von zum Beispiel unterschiedlichen Strukturen schon in Deutschland schwierig ist, eine gemeinsame Lösung zu finden, wie soll es dann erst in Europa sein? Dieser dritte Punkt des Antrages des SSW ist reine Illusion, nicht umsetzbar und meines Erachtens auch nicht sinnvoll, da in diesem Fall die deutsche Landwirtschaft noch mit weiteren Verlusten von Beihilfen gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten zu rechnen hätte.

Der letzte Punkt des SSW-Antrages, nämlich von der Landesregierung einen entsprechenden Bericht zu erhalten, ist sicherlich sinnvoll. Der Landwirtschaftsminister wird diesen aber erst geben können, wenn auf Bundesebene, möglicherweise schon auf der angesprochenen Sitzung der Agrarminister am 27. November, eine Einigung erzielt würde und damit feststünde, welche Bauern von der Entscheidung wie betroffen sind. Bei der Agrarministerkonferenz in Rostock konnte seinerzeit keine Einigung erzielt werden. Das bleibt abzuwarten.

Meine Damen und Herren, die FDP begrüßt die Entkoppelung. Wir sind für eine so genannte **Kulturlandschaftsprämie**, die der regionalen Flächenprämie sehr nahe kommt. Unsere Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht.

Diese Kulturlandschafts- oder Flächenprämie wird aber erst am Ende einer Entwicklung stehen. Am Anfang werden wir eine Betriebsprämie einführen müssen, damit die Existenz unserer Betriebe nicht weiter zusätzlich gefährdet wird. Im weiteren Verlauf der folgenden Jahre müssen dann sukzessive Anpassungen hin zur regionalen Flächenprämie vorgenommen werden.

Meine Damen und Herren, wir können den SSW-Antrag gern im Ausschuss beraten und dahin überweisen. Der Ausschuss war sich allerdings mit dem Minister ohnehin schon darin einig, dass der Minister den Ausschuss ständig zeitnah über neue Erkenntnis-

(Günther Hildebrand)

se unterrichtet. Insofern bedarf es hier nicht der Überweisung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich mit diesem Beitrag erreicht habe, dass Minister Müller nicht wieder meine Kollegin Christel Happach-Kasan vermisst.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hildebrand, das habe ich jetzt so aufgefasst: Abstimmung in der Sache mit Ablehnung wegen Überflüssigkeit. Oder wie war das zu interpretieren?

(Günther Hildebrand [FDP]: Wir nehmen den Antrag zur Kenntnis!)

Agrarpolitik kostet viel Geld. In Schleswig-Holstein werden jährlich zirka 300 Millionen € Agrargelder ausgezahlt. Diese tragen mehr als zur Hälfte zum landwirtschaftlichen Einkommen bei. Wir befinden uns in der Förderperiode 2000 bis 2006. In der Mitte dieser Förderperiode liegt der Midterm Review, eigentlich mit dem Hintergrund, die geänderten Rahmenbedingungen für eine übliche Anpassung und Nachsteuerung der Förderinstrumente zu untersuchen. Diesmal führte es allerdings zu einer vollkommenen Umkrempelung der bisherigen Grundsätze. Dahinter stand einerseits die EU-Erweiterung und andererseits die Anpassung an die Erfordernisse der Welthandelsorganisation im Zuge der WTO-Verhandlungen. Mit der Einigung auf neue gemeinsame Leitlinien des Rates ist als wesentliches Element die Entkoppelung entschieden worden, das heißt die Abkehr von der bisherigen produktionsbezogenen Förderung der Landwirtschaft.

Der **Bauernverband** möchte ein Betriebsmodell einführen. Das bedeutet, dass die bisherige Prämie dem Einzelbetrieb zugerechnet, auf die Betriebsfläche verteilt und so unverändert bis zum Jahr 2012, am liebsten noch länger, ausgezahlt wird. Das bedeutet, dass die enormen Unterschiede zwischen prämierten und prämiertenbenachteiligten Betrieben für die Ewigkeit festgeschrieben werden,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist eine böswillige Unterstellung!)

obwohl die der bisherigen Prämienzahlung zugrunde liegende Produktion entkoppelt wird. Das ist zutiefst ungerecht. Der Bauernverband nimmt damit nicht die Interessen aller seiner Mitglieder wahr, sondern vertritt nur die Interessen einer bestimmten Klientel, nämlich der bisher schon prämiertenbegünstigten Betriebe.

Wir Grüne wollen das Regionalmodell, also gleiche Prämie für alle Bauern und Bäuerinnen. Das wären in Schleswig-Holstein zirka 380 € pro Hektar und Jahr. Das ist gerecht und klar.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

- Nein, für Lobbyisten jetzt keine Zwischenfrage!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Matthiessen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ehlers?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das habe ich gerade abgelehnt, Herr Präsident.

Das bedeutet gleichzeitig eine tendenzielle Stärkung von Grünlandstandorten und von extensiveren Formen der Landbewirtschaftung. Wir wollen erfolgreiches Wirtschaften in der Landwirtschaft, besseren Tierschutz, Verbesserung der Ökologie und unserer Kulturlandschaft, Arbeit im ländlichen Raum und - natürlich ganz wichtig - eine Spitzenqualität der Lebensmittel. Darauf ist unsere Agrarpolitik ausgerichtet.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Entkoppelung wird den unmittelbaren Durchgriff der abnehmenden Hand auf die öffentlichen **Transferleistungen** an die **Landwirtschaft** wesentlich erschweren. Bisher mit den direkten produktbezogenen Prämien wurde die Prämie jeweils unmittelbar in den Abnahmepreis eingerechnet. Preissenkung zugunsten der Abnehmer und zuungunsten der Landwirtschaft war die Folge.

Die Entkoppelung ist eine neue Chance für mehr Markt und Preise, die die Wahrheit sagen. Insofern sind wir an Ihrer Seite Herr Hildebrand, dass wir dies als marktwirtschaftliche Öffnung der Landwirtschaft begrüßen.

(Detlef Matthiessen)

Der Übergang zu einem Regionalmodell Schleswig-Holstein muss in Zwischenschritten realisiert werden, um Härten eines Systemwechsels abzufedern. In einem Kombimodell werden bisherige prämiestärke Betriebe für eine Übergangsfrist in Stufen an das Ziel eines einheitlichen Regionalmodells herangeführt. Umgekehrt werden bisher schlechter gestellte Betriebe aus dem Keller nach oben an die Einheitsprämie herangeführt.

Da ist selbstverständlich noch viel Feinschliff erforderlich. Brüche sollten vermieden werden, weil hinter den Zahlen natürlich immer auch Betriebe und Menschen stehen.

Ich schlage vor, dass bei sehr prämiestarken Betrieben die Besserstellung gedeckelt wird auf einen Sockel von zum Beispiel 30.000 € und dass zur Aufrechterhaltung dieser Besserstellung, das heißt Prämienberechtigung, die bisherige Beschäftigungsintensität nachzuweisen ist. Wir wollen schließlich Arbeit finanzieren und nicht das Gegenteil.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die unternehmerische Freiheit bleibt unter dem Dach der Entkoppelung dadurch unberührt und es ist auch leicht zu administrieren. Langfristiges Ziel bleibt eine Landwirtschaft, die ohne öffentliche Transferleistungen in freier Marktwirtschaft funktioniert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Müller das Wort.

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Auch ich will eingangs eine gewisse Verwunderung über diesen Antrag nicht verhehlen, lieber Lars Harms,

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

weil wir uns im Ziel doch einig sind, weil wir die Debatte sowohl im April im Landtag schon einmal geführt haben, mit all den Punkten, die du aufgeführt hast, als auch in verschiedenen Gesprächen festgestellt haben, dass wir zumindest in der Problemwahrnehmung sehr nah beieinander sind.

Ich möchte auf die vier Punkte des Antrags eingehen, wobei wir den letzten Punkt sofort abhaken können: Selbstverständlich berichte ich dem Ausschuss, dem

Landtag oder wem auch immer gern, sobald wir nähere Informationen haben. Ich hoffe, dass wir nach dem 27. November in der Lage sind, die Richtung etwas klarer zu kennen. Ich bin sicher, dass sich alle 16 Landwirtschaftsminister inklusive Frau Künast Mühe geben werden, in Berlin in zwei Wochen näher heranzukommen. Ob wir das schaffen, kann ich nicht versprechen. Wir werden uns aber bemühen. Vierter Punkt, kein Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

- Ach, Herr Kubicki, lassen Sie doch einmal Ihre Zwischenrufe.

Bei dem ersten Punkt geht es um das **Prämienaufkommen**. Ich glaube, alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen haben klar gesagt, dass sie den Willen dazu haben. Die Landesregierung und ich haben es wiederholt bekräftigt. Gleichwohl müssen wir uns über eines im Klaren sein: Unabhängig von den Differenzen im Modell, die der Kollege von der CDU hier gerade noch einmal sachlich beschrieben hat, haben das Saarland, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ein elementares Interesse daran, dass unsere weit überdurchschnittlichen Prämien zurückgefahren werden. Das Niveau in Schleswig-Holstein ist weit überdurchschnittlich. Wir erhalten viel mehr Subventionen als andere Bundesländer, 20 % mehr als der Durchschnitt und 60 % mehr als das Saarland, das das Schlusslicht bildet.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das finde ich grundsätzlich auch, lieber Detlef. Aber es ist ordnungspolitisch sehr schwer zu begründen. Betrachten wir einmal nüchtern, wie die Stimmen im Bundesrat verteilt sind. Ich bin dankbar für die Stimmen der fünf Länder, die von der FDP mitregiert werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin gespannt auf das Abstimmungsverhalten von Baden-Württemberg. Die Kollegen dort haben mir mitgeteilt, dass sie ihre eigenen Interessen im Blick haben. Ich sage noch einmal: Es gibt unter uns in Schleswig-Holstein keine Differenz. Diese Frage stellt sich unabhängig vom gewählten Modell. Das haben sie ganz klar erklärt.

Das heißt, wir können hier alles beschließen und ich kann Ihnen vieles versprechen. Am Ende aber zählen die 35 Stimmen im **Bundesrat**. Diese jedoch hat Schleswig-Holstein nicht allein. Wir arbeiten intensiv mit den Kollegen aus Sachsen und Mecklenburg-

(Minister Klaus Müller)

Vorpommern, mit der Kollegin aus Nordrhein-Westfalen und vielen anderen - vielleicht gesellt sich Bayern mit der Hilfe von Claus Ehlers auch noch zu uns auf unsere Seite - zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Alle Länder, die etwas zu verlieren haben, können hier zusammenstehen. Wir versuchen, mit denen eine Kooperation zu schmieden. Aber 35 Stimmen haben wir noch nicht zusammen. Daran arbeiten wir hier. Wir müssen, wenn wir hierüber diskutieren, berücksichtigen, dass wir das nicht alleine entscheiden können, sondern dass wir von der Mehrheit im Bundesrat abhängig sind. Wenn die Wahl besteht zwischen in Schönheit sterben oder einen Kompromiss schließen, so stehe ich auf der zweiten Seite.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Frage des Übergangs angeht - das ist der zweite Punkt, Lars Harms -, so sind sich alle darin einig - das haben alle erklärt -, dass das nicht von heute auf morgen zu machen ist. Das fordert noch nicht einmal der kühnste Agrarreformer. Wir werden also einen **schrittweisen Übergang** haben.

Aber Übergang heißt nicht, dass das bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Manche Bundesländer haben zum Ausdruck gebracht, dass sie erst 2015 bei einer regional einheitlichen Flächenprämie oder Schlimmerem landen wollen. Dazu kann ich nur sagen: Das ist zu spät. Das wäre auch für viele Betriebe, für die es existenziell nötig ist - es sind vorhin bereits die Kollegen aus der Wilstermarsch erwähnt worden -, zu spät.

Was den dritten Punkt angeht, nämlich dass es möglichst zu einer gleichzeitigen und **einheitlichen Umsetzung** in allen EU-Ländern kommen sollte, so ist das, lieber Lars, schon entschieden. Die EU hat sich ganz bewusst dafür entschieden, nicht diesen Weg zu gehen. Die Agrarminister waren sich darin einig, dass die Spielräume der nationalen Regierungen, die alle in Brüssel diskutiert worden sind, unterschiedlich genutzt werden können sollen, dass dieses im Rahmen des gemeinsamen Agrarmarktes akzeptabel ist, dass es nicht zu so gravierenden Wettbewerbsverzerrungen führen wird, dass man es nicht tolerieren könnte. Insofern muss ich sagen, mit Verlaub: Der dritte Punkt geht einfach an der Realität vorbei. Er ist von Brüssel entschieden worden.

(Beifall der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Günther Hildebrand [FDP])

Ich sage noch einmal: Egal, was der Landtag hier beschließt, egal, was die Landesregierung beschließen würde: Brüssel ist stärker. Daran kommen wir nicht vorbei.

Insofern, verehrte Damen und Herren, kann ich nur noch einmal bekräftigen: Die Landesregierung wird kämpfen, um einen möglichst hohen Anteil der bisherigen Subventionen und Prämienzahlungen für Schleswig-Holstein zu erhalten. Es können gerne 100 % sein. Aber wir werden schauen, inwieweit wir eine Mehrheit im Bundesrat zimmern können. Wir sind dafür, möglichst schnell ohne gravierende Einkommensbrüche zu einer **regional einheitlichen Flächenprämie** zu kommen; denn sie führt zu einer Entbürokratisierung; sie ist gerechter und wettbewerbsfreundlicher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sicher, die FDP - da will ich Herrn Hildebrand gerne loben - ist jederzeit in der Lage, den Kollegen von der CDU zu erklären, was Marktwirtschaft in der Landwirtschaft ist. Da haben Sie ausnahmsweise einmal etwas von den Liberalen zu lernen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag dem Agrarausschuss zu überweisen. Mitberatung wird nicht gewünscht. Wer entsprechend verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir, wenn ich das Abstimmungsverhalten richtig deute, einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 38 auf:

Ausbau der B 404 zur A 21 zwischen Wankendorf und Kiel

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3013

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein hängt wirtschaftlich zurück, unter anderem deswegen, weil die Landesregierung die Infrastruktur 15 Jahre lang sträflich vernachlässigt hat.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Wirtschaft braucht Bewegung. Deshalb brauchen wir mehr Straßen und bessere Straßen. Wir brauchen auch mehr und bessere Straßen, weil immer mehr Menschen immer öfter mit dem Auto fahren wollen. Das wird den Straßenverkehr in den nächsten Jahren schnell wachsen lassen, ganz abgesehen vom Güterverkehr.

Deshalb soll, und zwar seit mehr als einem Jahrzehnt, die B 404 von Schwarzenbek bis Kiel zur A 21 ausgebaut werden. Stück für Stück passiert das auch. Wir alle, so habe ich jedenfalls gedacht, freuen uns, dass der Ausbau der B 404 südlich Kiels in den vordringlichen Bedarf des **Bundesverkehrswegeplans** aufgenommen wurde.

(Beifall bei FDP, CDU und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Bisher hatte ich jedenfalls den Eindruck, alle würden sich freuen, dass es endlich mit der A 21 vorangeht, so auch die Union. Aber mein Eindruck war offenbar falsch. Die CDU im **Kreis Plön** hat unter der Führung des Kollegen Kalinka der A 21 den Kampf angesagt. Ich bedauere außerordentlich, dass Herr Kollege Kalinka ausgerechnet bei diesem Tagesordnungspunkt heute Nachmittag nicht dabei sein kann. Ich nehme nicht an, dass er sich gedrückt hat.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist er denn?)

Jetzt, wo die lang ersehnte Autobahn zur Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein in greifbarer Nähe ist, möchte die CDU im Kreis Plön sie verhindern. Sie wollen die B 404 nur erweitern, wenn überhaupt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hopp?

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Aber gerne, Herr Hopp.

Claus Hopp [CDU]: Liebe Frau Kollegin, der Kollege Kalinka ist zurzeit bei einem feierlichen Gelöbnis in Lütjenburg und hat dort ein Grußwort als Kreispräsident zu sprechen.

- Lieber Herr Kollege Hopp, ich danke Ihnen dafür, dass Sie meine Vermutung, dass der Kollege Kalinka sich nicht drückt, noch einmal bestätigt haben.

Meine Damen und Herren, die CDU im Kreis Plön möchte lieber neue, jahrelange Planungs- und Genehmigungsverfahren. Sie möchte, dass das Projekt aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrs-

wegeplans gestrichen wird; denn das wäre die unumgängliche Folge. Deshalb möchte sie scheinbar auch, dass an der B 404 in den nächsten Jahren gar nichts passiert; denn das wäre das Ergebnis.

Wir halten das für völlig falsch. Ein englisches Sprichwort lautet: „All politics is local.“ Aber diese Politik der CDU im Kreis Plön ist für den Ort, auf Lateinisch auch „locus“ genannt.

Im Bundesverkehrsministerium wird gerade darüber nachgedacht, wie die finanziellen Folgen des Mautdebakels verdaut werden können. Gerüchte besagen immer noch, dass im nächsten Jahr mehrere 100 Millionen € Haushaltsmittel für Verkehrsinvestitionen gesperrt werden sollen. Die Planer dort warten wahrscheinlich sehnsüchtig auf Vorschläge aus der Nation, welche Projekte sie streichen, strecken oder schieben können. Damit in Berlin gar nicht erst der Eindruck entsteht, Schleswig-Holstein ginge es zu gut, bitten wir Sie alle, sich erneut eindeutig für den schnellen Ausbau der B 404 zur A 21 auszusprechen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz ernsthaft: Ich finde es wirklich außerordentlich bedauerlich, dass Herr Kollege Kalinka heute Nachmittag nicht da sein kann; denn ich habe den Eindruck - ich will das an dieser Stelle ganz deutlich sagen, obwohl er nicht da ist -, dass da eine persönliche Kontroverse zwischen dem **Kreispräsidenten** und dem **Landrat** ausgetragen wird, die zulasten unseres gesamten Landes geht. Das finde ich nicht richtig.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich werde ihm das gern auch persönlich sagen. Es tut mir Leid, wie gesagt, dass ich ihn jetzt nicht persönlich ansprechen kann.

(Beifall bei FDP und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weiter erteile, nur zur Information: Der Herr Abgeordnete Kalinka hat sich ordnungsgemäß abgemeldet. Aber unabhängig von der politischen Bewertung werden wir uns im Ältestenrat damit zu befassen haben.

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Gelöbnis beginnt um 17 Uhr. Da kann

(Bernd Schröder)

man mal sehen, wie wichtig die Straße ist, damit er in Zukunft schneller dort hinkommt.

(Beifall bei der SPD)

„Was soll eigentlich der Antrag?“, kann man sich vom Grundsatz her fragen. Die Sache ist insgesamt klar: Der Ausbau der Bundesstraße 404 zwischen Kiel und Wankendorf zur A 21 und weiter bis an die A 24 ist doch längst beschlossen und, wie jeder im Bundesverkehrswegeplan nachlesen kann, als vordringlicher Bedarf eingestuft. Auch die Position der Landesregierung ist eindeutig: Die A 21 und damit der Ausbau der B 404 zählt zu den wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen in unserem Lande, ohne Wenn und Aber.

Die A 21 ist bekanntlich in Teilen bereits ausgebaut, für andere Teile laufen die Planungsaufträge und Planfeststellungsverfahren. Sie wird mit der Anbindung aller südöstlich und östlich gelegenen Landkreise an Kiel eine der zentralen Erschließungsachsen des Landes. Sie wird in Verbindung mit der geplanten A 20 die Hauptachse zwischen den Oberzentren Kiel und Lübeck und sie wird zum Zubringer von der und zur A 7 bei Neumünster, zur A 1 bei Bargteheide und zur A 24 bei Schwarzenbek. Damit erfüllt sie zugleich die Funktion einer weiträumigen Ortsumfahrung von Hamburg im Nordosten. Die A 21 ist also ohne Einschränkungen eine der **wichtigsten Verkehrsadern** unseres Landes.

(Beifall bei SPD, FDP, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Ich denke, dass diese **Position** auch hier **unstrittig** sein sollte. Der Ausbau der überregionalen Verkehrsanbindungen ist für Schleswig-Holstein von herausragender Bedeutung. Für unsere Wirtschaft ist eine leistungsfähige Infrastruktur ein entscheidender Standortfaktor. Der notwendige Ausbau der B 404 zur A 21 wird, wie könnte es anders sein, auch von den Wirtschaftsverbänden des Landes mit Nachdruck gefordert.

Weshalb also diese Diskussion, weshalb dieser Antrag, wo doch alles klar ist? Haben die Initiatoren, wie Sie selbst eben gesagt haben, die CDU im Auge, wenn sie noch einmal die Landesregierung und uns alle auffordern, ein klares Projekt noch einmal zu unterstützen? Bekanntlich versucht die CDU sonst gerne, ein wenig damit zu glänzen, wenn sie vehement den Ausbau der Infrastruktur und der Verkehrswege in Schleswig-Holstein fordert.

Im Prinzip gilt das auch für den Ausbau der B 404 und der A 21. Aber in diesem Zusammenhang könnte es doch vielleicht so sein, dass den CDU-Hauptlingen

in Kiel ein Teil ihrer Indianer abhanden gekommen ist, anders ausgedrückt, dass sich die Forderung der CDU-Fraktion im Landtag nicht mit der ihrer Parteifreunde in Plön deckt, die von einem Ausbau der B 404 zur A 21 nicht so recht etwas wissen wollen. Wie zu hören ist, wollen sich die Plöner CDUler damit begnügen, die B 404 zwar vierspurig, aber nicht als Autobahn auszubauen. Ich darf aus den „Kieler Nachrichten“ Herrn Koppelin zitieren: „Warum die neue Diskussion? Da frage ich mich, ob sie recht bei Trost sind in diesem Kreis.“ Ich zitiere Herrn Koppelin ja nicht so oft, aber wo er Recht hat, hat er Recht.

(Beifall bei der FDP)

Sollte sich der Antrag der FDP also in diesem Kontext zur **Klarstellung** an die CDU oder an Teile der CDU richten, dann sollten wir ihm der Klarstellung wegen einfach zustimmen. Wobei man hinzufügen muss: Das mit dem Nachdruck muss nicht sein, Nachdruck gibt es bei dieser Landesregierung und bei Infrastrukturmaßnahmen seit langem, und „schnellstmöglich“ ist auch nicht besonders hervorzuheben. Auch das ist eine Sache, die unser Wirtschaftsminister bei den Planungen der Infrastrukturmaßnahmen hier im Lande jedes Mal erfüllt. Denken Sie an die schwierige A 20-Diskussion und die Prozesse, die wir erfolgreich durchgestanden haben.

Wir sollten hier gemeinsam ein Zeichen setzen und alles Überflüssige vermeiden. Wir brauchen keine neuen Planungen und sollten nicht in eine Diskussion hineinkommen, denn wenn wir dieses Projekt aus dem vordringlichen Bedarf nehmen, gefährden wir es und es dauert viele weitere Jahre und viele Jahre der Planung sind verloren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich fordere die CDU auf: Unterstützen Sie wichtige Infrastrukturmaßnahmen in unserem Land und sagen Sie das auch Ihren Leuten vor Ort, damit auch die das begreifen!

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss ich sagen, der Antrag der FDP damals hat mich sehr verwundert. Nachdem ich die Hintergründe gehört habe, wundert es mich eigentlich noch mehr, Frau Aschmoneit-Lücke, dass

(Uwe Eichelberg)

wir die **Befindlichkeiten** von irgendwelchen **Kreistagen** hochstilisieren und im Landtag diskutieren. Es ist schon jämmerlich genug gewesen, dass wir die häufigen Ausrutscher von Herrn Steenblock, die er regional von sich gibt, hier in den Landtag hineinbringen. Das kann nicht der Sinn sein, wenn wir über landespolitische Dinge sprechen. Gerade wenn es darum geht, dass man in einer gewissen Region Befindlichkeiten diskutiert - und da geht es um Detailplanung, nicht um Grundsatzplanung -, dann ist es doch das Übliche, dass unterschiedliche Meinungen in den Abwägungsprozess hineinkommen. Ich muss sagen, die Diskussion gefällt mir in dem Punkt nicht. Es ist klipp und klar für uns alle und niemand hat einen Zweifel daran aufkommen lassen: Der Ausbau der A 21 ist eine der dominanten Linien für Schleswig-Holstein. Davon rückt die CDU weder im Landtag noch im Lande ab. Da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Natürlich gibt es Diskussionen über das Wie. Über das Ob brauchen wir nicht zu diskutieren, aber über das Wie. Sie kennen die Diskussion, die wir über die **Linienführung** der A 20 auch heute noch haben. Da gibt es Probleme und die muss man vor Ort ausdiskutieren. Und die Fachleute, die sich vor Ort mit den Leuten auseinander setzen, haben immer zu Lösungen führen können, die für alle erträglich waren. Ich gehe davon aus, dass das vernünftigt ist.

Natürlich ärgern wir uns. Wir hätten das gerne mit unseren Kollegen diskutiert, bevor solche Entscheidungen getroffen werden. Wir hätten auch etwas Nachhilfe geben können. Das wollen wir aber in Zukunft noch tun und das lässt sich auch machen.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

Die Diskussion über eine Zufahrt nach Nettelsee kann nicht eine Linie in Schleswig-Holstein lähmen. Da finden wir Lösungen.

Natürlich muss man auch den Regionalen immer wieder vorwerfen: Kennen die die Probleme auf der B 404? Nach dem **prognostizierten Aufkommen** muss die Straße zur Autobahn ausgebaut werden, da gibt es gar keine Zweifel. Wer diese Straße häufig benutzt, und ich gehöre leider auch dazu, der kennt die vielen Behinderungen, die es auf der Straße gibt. Es ist eine landschaftlich nett angelegte Straße, aber sie ist so unübersichtlich, dass man nur unter Lebensgefahr überholen kann. Es gibt eine starke Belastung mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen, die unheimlich lange Schlangen hinter sich haben. Die kriegt man nicht aus der Reihe heraus. Hinzu kommen die vielen

Kreuzungen und sonstigen Unübersichtlichkeiten. Diese Straße bedarf dessen, was wir hier geplant haben.

Außerdem gibt es im Plöner Gebiet eine ganze Reihe Ortslagen mit einer erheblichen Lärmbelastung durch die B 404, die man auch beseitigen kann.

Dennoch wollen wir hier jetzt nicht über Dinge reden, die im Planfeststellungsverfahren zu erledigen sind. Ökologische Aspekte werden wir genauso berücksichtigen wie die Zufahrt nach Nettelsee. Da bin ich ganz sicher.

Bedauerlich ist nur, dass wir heute darüber reden. Der Herr Minister hat den **Baubeginn** für 2002 versprochen. Jetzt sind wir schon zwei Jahre hinter dem Termin. Wenn man die Landesplanung sieht, dann verschiebt sich das noch weiter, und wenn die Mautverschiebung kommt, verschiebt es sich wiederum noch weiter. Wir reden über eine Straße, von der keiner weiß, wann sie endlich gebaut wird, obwohl sie dringend notwendig ist. Da muss der Nachdruck kommen und da hinein sollten wir unsere ganze Kraft legen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will die Gelegenheit nutzen, unser Unverständnis darüber zum Ausdruck zu bringen, dass das Ministerium den **Abschnitt zwischen der A 1 und der A 24**, der über Jahre im vordringlichen Bedarf gestanden hat, jetzt herausgenommen hat. Das ist unverständlich. Wenn die Straße eine solche Dominanz hat, muss sich das auch im Plan wiederfinden. Ich gehe davon aus, dass es da irgendwelche „Hintergrundmauscheleien“ gegeben hat zulasten der Region Stormarn und der Verkehrsteilnehmer, die diese Straße benutzen müssen. Gerade nach der Öffnung von Neumünster-Süd ist diese Straße voller LKWs. Ich empfehle, da einmal häufiger lang zu fahren, dann weiß man, was da los ist.

Ich will es kurz machen. Wir sollten unsere ganze Kraft darauf legen, die Dinge durchzusetzen, statt immer etwas anzukündigen. Es glaubt ja schon gar keiner mehr, dass die Straße gebaut werden soll. Wenn ich das gedruckte Landesverkehrsprogramm lese, gibt es Zeitverschiebungen von im Durchschnitt zwei Jahren. Das ist uns nie mitgeteilt worden. Das Gedruckte kann man aber auch wieder wegwerfen, denn durch die Mautverschiebung kommen weitere zwei Jahre dazu. Da müssen wir mit Nachdruck artikulieren, wo wir die Prioritäten setzen, damit wir die Sachen erledigt bekommen, damit in Schleswig-Holstein tatsächlich die Verkehrsinfrastruktur so ist, dass die Wirtschaft an diesem Standort gut aufgeh-

(Uwe Eichelberg)

ben ist. In dem Sinne sollten wir kämpfen und nicht über irgendwelche Kreistagsprobleme reden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Früher war es so, dass die FDP Anträge zum Straßenbau stellte, um die Grünen und die SPD zu ärgern. Heute ist es so, dass die FDP Anträge zum Straßenbau stellt, um die CDU zu ärgern. Das ist eine gute Lage!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass es sich um ein Problem aus Plön handelt, ist mittlerweile bekannt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Da ich selber aus dem Kreis Plön komme, kann ich berichten, dass ein Landtagsabgeordneter aus dem Kreis seine Hauptaufgabe darin sieht, den Landrat zu ärgern. Das ist für die Politik des Kreises ein interessantes Phänomen, das mittlerweile auch Wellen in den Landtag schlägt. Ich bin dadurch nicht beunruhigt.

Die Tatsache, dass es zwischen den beiden größten Städten Schleswig-Holsteins - Kiel und Lübeck - noch keine Autobahn gibt, sondern die Bundesstraße B 404, die völlig überlastet ist, ist ein Zustand, der sicher nicht gut ist. Die Grünen haben mit Befriedigung festgestellt, dass dieses Projekt im Bundesverkehrswegeplan die höchste Bewertung bekommen hat. Es ist gegenüber der A 20 mit einer zweieinhalbfachen Priorität bewertet worden. Wir finden, dass dies eine gute Bewertung ist. Deshalb wird diese Straße auch Vorrang haben.

Natürlich gibt es im Kreis Plön auch ein sachliches Problem um diese Straße, das durchaus berechtigt ist. Es ist oft so, dass Dinge, die Wellen schlagen, auch einen Kern haben. Es handelt sich dabei um die Frage, ob die B 404 beim Ausbau zu einer Autobahn A 21 auf der **gleichen Trasse** gebaut werden soll wie heute oder ob die Autobahn in Strecken neben der bestehenden Straße extra gebaut werden sollte, sodass wir dann zwei Straßen hätten, die nebeneinander herführten.

Ich bin bei dieser Auseinandersetzung der Auffassung, dass man alles tun sollte, um die Autobahn auf der bestehenden Trasse der Bundesstraße zu bauen.

Das wäre aus ökologischen und aus verkehrlichen Gründen sinnvoll. Nun gibt es das Problem, dass einige Gemeinden, die an dieser Autobahn liegen, befürchten, dass sie dann keine lokale Verbindung mehr hätten. Insbesondere gilt dies für Trecker, die bekanntlich nicht auf die Autobahn dürfen.

(Zurufe von der CDU)

- Landwirte natürlich! Ich glaube, diese Landwirte haben ein Recht darauf, von einem Dorf zum anderen und zu ihrem Acker zu fahren. Ich schlage deshalb vor, dass dieses Problem dadurch gelöst wird, dass man einen einfachen ländlichen Weg, wie wir ihn auch in anderen Regionen haben, baut, der für Trecker oder Fahrzeuge, die nicht auf die Autobahn dürfen, zum Beispiel Mopeds, geeignet ist. Dieser Weg sollte neben der Autobahn liegen. Das ist sicherlich billiger als der Bau einer völlig neuen Autobahn. Dies reicht für den örtlichen Bedarf völlig aus, da alle anderen Fahrzeuge eh auf der Autobahn fahren können.

Sollte es aus örtlicher Sicht notwendig sein, eine zusätzliche Auffahrt zu bauen, dann denke ich, dass auch das sinnvoller ist als der Bau einer zweiten Straße nebenher. Wir kennen es von der A 23, dass wir - weil wir sehr viele Ortschaften hintereinander haben - mehrere Autobahnauffahrten in kurzem Abstand haben. Das ist besser, als neben einer mit höchster Qualität ausgebauten Straße noch eine Autobahn zu bauen. Insofern unterstütze ich die Forderung aus dem Kreis Plön nicht, die Autobahn nicht zu bauen. Ich glaube aber, dass das Anliegen, das von einigen geäußert worden ist, nämlich keine Autobahn neben der bestehenden Bundesstraße zu bauen, sondern auf der bisherigen Trasse zu bleiben, ein Anliegen ist, über das auch im Ministerium nachgedacht werden sollte.

Das letzte Problem ist das **Antistauprogramm**. Der nächste Abschnitt für die A 21 soll aus dem Antistauprogramm finanziert werden. Bekanntlich stehen die Antistauprogrammgelder zurzeit nicht zur Verfügung, da die Maut noch nicht angelaufen ist. Der Verkehrsausschuss des Bundestages hat die entsprechenden Gelder gesperrt. Ich gehe davon aus, dass der Bau der nächsten Etappe der A 21 losgeht, sobald die Maut rollt.

Insofern denke ich, dass wir alle Probleme lösen können: Erstens, die Straße wird gebaut, sobald die Maut fließt. Zweitens, die Regierung ist sich einig. Drittens, die Opposition streitet sich. Viertens, die Lage ist gut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Frage um den Ausbau der B 404 zur Autobahn A 21 kann man fast schon von verkehrter Welt sprechen. Während die CDU hier im Landtag nur rummott und der Landesregierung Unfähigkeit in Sachen Verkehrspolitik und Infrastrukturausbau vorwirft, handeln Ihre Kollegen im Plöner Kreistag wie wirkliche Verhinderer. Dort haben sich die Kreistagsabgeordneten der Union mit ihren grünen Kollegen und den Vertretern der Freien Wählergruppe zusammengetan und stellen den Ausbau der B 404 zur A 21 infrage.

Natürlich sehen wir beim SSW auch das Problem des **Flächenverbrauchs** beim Bau einer neuen Autobahn. Ich muss zugeben, dass dieses Argument auch für uns nicht unerheblich ist. Nicht nur aus naturschutzfachlicher Sicht ist der Bau von neuen Verkehrsstrassen schädlich. Es bedeutet auch, dass immer mehr und größere Straßen auch mehr Verkehr mit sich bringen. Das möchte ich für den SSW auf jeden Fall festhalten. In diesem Fall steht dem aber gegenüber, dass sich die B 404 zur Hauptader zwischen Kiel, Lübeck und auch Hamburg entwickelt hat. Sie ist mittlerweile völlig überlastet. Die Konsequenzen kennen Sie alle. Es sind die häufigen und heftigen Unfälle, durch die die B 404 in den letzten Jahren Negativschlagzeilen gemacht hat. Dies gilt es für die Zukunft zu vermeiden. Dafür gibt es nur eine Lösung, nämlich den Ausbau der A 21.

Der **vierspürige Ausbau der B 404** ist nach Auffassung des SSW in diesem Fall jedoch nicht geeignet, um Herr des Problems zu werden, denn dieser Lösungsansatz birgt noch mehr Gefahren als Hilfe in sich. Durch den gleichzeitig schnellen und langsamen Verkehr sowie durch die vorhandenen Kreuzungen ist die Unfallgefahr höher als bei Autobahnen. Auch für die ansässigen Gemeinden würde ein vierspüriger Ausbau mit erheblichen Problemen im innerörtlichen Verkehr verbunden sein. Daher ist der Ansatz, die B 404 durch die A 21 zu entlasten, richtig. Wir splitten den Verkehr in schnell und langsam auf und entlasten auch noch die Gemeinden, die derzeit noch unter der B 404 zu leiden haben. Nicht nur aus verkehrstechnischen Gründen, sondern auch aus gesundheitlichen und lärmtechnischen Gründen ist dies sinnvoll. Es scheint jedoch so, dass sich der überwiegende Teil des Plöner Kreistages all diesen Argumenten verschlossen hat.

Wir haben bei uns das gleiche Problem mit dem Ausbau der B 5 an der Westküste. Bei uns würde allerdings kein vernünftiger Mensch auf die Idee kommen, die Verlegung der B 5 infrage zu stellen. Wir wollen

die Entzerrung des Verkehrs an der Westküste. Wenn die Plöner Kreispolitiker kein Interesse an einer vernünftigen Anbindung ihrer Region haben, so schlage ich vor, das Geld gen Westen zu überweisen, damit wenigstens wir an der Westküste unsere dringendsten Probleme lösen können.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es uns in Schleswig-Holstein gelingt, **infrastrukturpolitische Projekte** voranzubringen, die auch **vom Bund** vorangebracht und **mitgetragen** werden, dann sollten wir diese Chance in Schleswig-Holstein auch nutzen. Verweigern wir uns dem Angebot, die A 21 zu bauen, müssen wir auch die Konsequenzen bedenken. In diesem Fall würde der Verzicht auf den Ausbau der B 404 zur A 21 bedeuten, dass nichts geschieht und über Jahre hinweg alles beim Alten bleiben würde. Dies kann nicht gewollt sein; auch nicht von der CDU.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Frau Abgeordneter Kähler das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer so: Wenn zwei sich streiten, kann sich der Dritte freuen. Lars Harms, ich hoffe noch auf die Vernunft der restlichen Abgeordneten des Kreises Plön im Kreistag.

Herr Eichelberg, das einzige von mir geteilte Argument von Ihnen ist, dass der Ausbau der B 404 durchaus eine Priorität hat. Dass Sie aber so schlitzohrig sind und die Schuld sozusagen der Landesregierung in die Schuhe schieben wollen, dazu gehört schon eine Menge! Alle Achtung!

(Zuruf von der CDU: Mut zur Wahrheit!)

Ich möchte hier noch einmal klarstellen: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht nur eine Sache ist, die zwischen zwei Streithähnen im Kreis Plön abläuft. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die betroffenen Kommunen sich vor Ort sehr lange und sehr intensiv darüber auseinander gesetzt haben, ob sie einen vierspürigen Ausbau oder eine Autobahn haben wollen.

Vor Ort in den betroffenen Kommunen hat man sich so entschieden, nämlich für die Autobahn. Das ist der

(Ursula Kähler)

Ansatz und dem sollten wir auch nachgehen. Ich bin deshalb auch dankbar, Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, dass Sie diesen Antrag heute hier zur Diskussion gestellt haben und dass dieses Thema hier heute eine Rolle spielt. Und ich hoffe nun auf die Einsicht der CDU-Kreistagsfraktion, Herr Kollege Hopp. Ich hoffe, dass das dort noch einmal inhaltlich vertieft wird und dass sich die CDU-Kreistagsfraktion dort nicht noch einmal querstellt. Sonst haben wir wieder eine Situation, wie wir sie bei der B 502 gehabt haben.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach dem eben genannten Paragraphen in der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein kurzes Wort zu dem Kollegen Hentschel. Herr Kollege Hentschel, es geht nicht darum, dass wir irgendjemanden ärgern wollen, sondern wir wollen feststellen, dass für uns als Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages dieses Verkehrsprojekt Priorität genießt - und zwar für alle. Ich sage Ihnen gleich auch noch, warum.

(Beifall der Abgeordneten Claus Ehlers [CDU] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es geht nicht darum, jemanden zu ärgern, sondern um die Feststellung unseres Willens.

Aber ich freue mich, dass Sie dazugelernt haben. Denn als wir vor acht Jahren, während des Landtagswahlkampfes 1996, über die Frage diskutiert haben, ob die **B 404** überlastet ist oder nicht, haben Sie noch erklärt, davon könne überhaupt keine Rede sein, sie sei nicht überlastet und werde auch in Zukunft nicht überlastet sein. Insofern finde ich es schon einmal sehr gut, dass der Fraktionsvorsitzende der Grünen jetzt hier erklärt hat, dass wir die Autobahn auch aus seiner Sicht brauchen. Das ist immerhin ein Zuwachs an Lernfähigkeit.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Herr Kollege Eichelberg, Ihre Argumentation war etwas brüchig. Wenn Sie sagen, wir sollten uns hier nicht mit Themen des Kreistages beschäftigen, gleichzeitig aber erklären, dass dieses Verkehrsprojekt für Schleswig-Holstein von herausragender Bedeutung ist, passt das nicht zusammen. Denn dann ist

das etwas, womit sich der Landtag auch beschäftigen muss.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Abgesehen davon, dass ich nicht glaube, dass wir die Kolleginnen und Kollegen der Kreistage so abfeiern sollten, wie Sie das gerade getan haben, sollten wir uns mit den Problemen, die sie dort besprechen, gelegentlich auch hier einmal befassen. Vielleicht lernt man dann einiges dazu.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Im Ausschuss!)

- Ich sage Ihnen gleich etwas dazu. Ich weiß, dass der Kollege Müller der einzige ist, der außer mir noch im Deutschen Bundestag gesessen hat. Ich sage einmal, wie das in den Ausschüssen funktioniert.

(Claus Ehlers [CDU]: Das waren sechs Wochen! - Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

- Ich konzidiere, dass der Kollege Ehlers schon etwas älter ist und deshalb das Erinnerungsvermögen nachlässt. Ich habe von 1990 bis 1992, etwas mehr als zwei Jahre, im Deutschen Bundestag gesessen und dort dem Wirtschaftsausschuss angehört. Das funktioniert genauso, wie der Kollege Harms das gerade vorgemacht hat. Es funktioniert so, dass jemand kommt und sagt: Wenn ihr das nicht wollt, dann gebt es uns. So wie der Kollege Harms jetzt sagt: Wenn ihr es in Plön nicht wollt, dann gebt es doch zu mir an die Westküste. Und bei den geringen Mitteln, die da sind, führt jeder Zweifel an der Entschlossenheit, die an die Durchführung einer Maßnahme geknüpft ist, sofort dazu, dass von anderen - auch aus der eigenen Partei - gesagt wird: Gut, wir haben in Bayern auch einen prioritären Bedarf, dann machen wir das in Bayern, Sachsen-Anhalt oder Sachsen, wenn ihr euch in Schleswig-Holstein nicht einig seid. Deshalb ist das Signal wirklich wichtig. Lassen Sie sich das gesagt sein. Deshalb ist ein Signal von uns wichtig - so einmütig wie möglich -, dass wir diese Maßnahme wollen. Denn nur so erreichen wir auch die notwendige Finanzierung durch den Bund.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb brauchen wir einen entsprechenden Beschluss, Herr Eichelberg.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der geschätzte Kollege Claus Hopp.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wolfgang Kubicki, ich bin mir ganz sicher, dass ihr mit eurem Antrag niemanden ärgern wolltet. Da bin ich mir ganz sicher. Es geht hier nur um die Sache, ja. Es geht nur um die Sache!

(Heiterkeit im ganzen Haus)

Aber jetzt komme ich nun wirklich zur Sache. Der Kollege Hentschel - da sitzt er - hat hier etwas Bemerkenswertes gesagt. Wir haben heute wirklich etwas vertauschte Rollen, das gebe ich gern so zu. Wenn Sie mit Bürgern in den Gemeinden Barkau und Nettelsee reden, werden sie sagen: Wir alle sind für den vierspurigen Ausbau, wir alle sind notfalls auch für eine Autobahn. Aber wenn Sie sich die Ausbaupläne ansehen, bleibt von diesen ganzen Gemeinden, von diesen ganzen Ländereien bei einer Anbindung nach Autobahnmaßstäben nicht mehr viel nach. Dann ist in Zukunft alles mit Anbindungen verplant. Wenn die Leute, die dort wohnen, deshalb Sorge haben und das dann ein Kommunalparlament, sprich der Plöner Kreistag, aufnimmt, ist das nichts Verwerfliches, Wolfgang, sondern dann haben die Kommunalpolitiker nur das Ohr dort, wo es auch hingehört, und tun das, was die Bürger vor Ort auch erwarten.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um das hier in aller Deutlichkeit festzustellen, sage ich noch einmal: Es gibt niemanden im Kreis Plön - niemand ist vielleicht ein bisschen übertrieben, aber fast niemand -, der nicht für den **vierspurigen Ausbau der B 404** wäre. Sie muss auch kommen. Hier geht es nicht nur um den Kreis Plön, sondern hier geht es um eine Anbindung Richtung Landeshauptstadt und die ist dringend erforderlich. Dazu stehen wir auch.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zu dem, was die Kollegin Kähler gesagt hat: Wir haben sicher mit dem Kollegen Kalinka, der hier heute leider nicht dabei sein kann, und mit Henning Höppner in den nächsten Wochen und Monaten eine wichtige Aufgabe, nämlich zwischen den Meinungen des Kreistages und dem, was wir hier im Landtag gern wollen, zu vermitteln. Aber ich möchte noch einmal feststellen: Wir wollen den vierspurigen Ausbau und dazu gibt es keine zwei Meinungen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Niemand sollte den Versuch machen, hier einen Keil zwischen den Kreistagspräsidenten und den Landrat zu treiben. Sie können hier heute beide leider nicht

reden, sonst würden sie Ihnen sagen: Es geht hier um die Sache, um den Kreis Plön und um die Bürger und nicht darum, mit billigen Argumenten den einen oder anderen bloßzustellen. Das sollten wir hier nicht tun und das haben wir auch nicht nötig.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Joachim Wagner.

(Zurufe)

Joachim Wagner [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn ich heute kein Sitzungsgeld bekomme, reden darf ich hier!

(Heiterkeit)

Ich begrüße ganz ausdrücklich den Antrag der FDP, das muss ich hier ehrlich sagen. Ich hätte mir aber gewünscht, dass dort nicht nur auf die Strecke Wankendorf-Kiel abgehoben wird, sondern auf den gesamten **Ausbau der B 404**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mich stört in dieser Debatte, dass wir hier ständig über Kreistage reden. Und es wird so dargestellt, als wenn Mitglieder meiner Partei in Kreistagen irgend etwas Unsägliches getan hätten, was anderen nie passiert wäre. Meine Damen und Herren gerade auf der anderen Seite des Parlamentes, ich möchte an Folgendes erinnern: Die B 404 ist relativ lang, wie wir wissen. Der Südteil der B 404 wird allgemein auch als Todesstrecke bezeichnet, deren Ausbau genauso dringend ist.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Es gibt aber einen Beschluss des Stormarner Kreistages, dem ich angehöre, von 1996, wo mit rot-grüner Mehrheit beschlossen wurde: Wir wollen auf Dauer keinen Ausbau der B 404 zu einer Bundesautobahn.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Und erst meine Fraktion hat nach der Kommunalwahl - -

(Zuruf des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

- Richtig, Herr Kollege Wodarz weist mich darauf hin, dass das korrigiert worden ist. Ich sage hier gern: Nach der Kommunalwahl im Frühjahr diesen Jahres hat meine Fraktion als absolute Mehrheitsfraktion als

(Joachim Wagner)

Erstes diesen unsäglichen Beschluss korrigiert, lieber Herr Kollege Wodarz.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Vollständigkeit halber erwähne ich: Der Kollege Wodarz ruft mir zu, die SPD habe zugestimmt. Es gibt also auch bei der SPD eine Entwicklung, die in die richtige Richtung geht.

Herr Kollege Hentschel, den Gipfel finde ich in der Tat, wenn Sie heute über den Beschluss des Kreistages Plön reden. Dieser Beschluss ist meiner Kenntnis nach mit den Stimmen der Grünen abgefasst worden.

(Beifall bei CDU und FDP - Martin Kayenburg [CDU]: Peinlich, Herr Hentschel!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Kollege Uwe Eichelberg.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Ich verzichte!)

- Der Kollege Eichelberg verzichtet. Dann darf ich für die Landesregierung Herrn Minister Professor Rohwer das Wort erteilen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist beachtlich, welche Zeit wir uns hier im Plenum für diese Frage nehmen. Es fehlt eigentlich nur noch die namentliche Abstimmung am Schluss der Debatte.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Harms, ich würde Ihnen gern einen Gefallen tun. Das wissen Sie. Ich habe Ihnen in der Vergangenheit auch schon ein paarmal einen Gefallen getan. Aber eines werde ich nicht tun: Ich werde das Geld nicht umschichten.

(Lothar Hay [SPD]: Schade!)

Ich werde alles dafür tun, dass wir diese **Autobahn** so schnell wie möglich bauen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich hoffe sehr, dass kein Vertreter des Bundesverkehrsministeriums unsere heutige Debatte verfolgt, weil ich dann wirklich die Sorge hätte, dass man sich fragt, was hier eigentlich los ist, ob man sich in Schleswig-Holstein nicht einmal über zwei oder drei vorrangige Verkehrsprojekte einig ist.

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig. Jedenfalls haben wir für den **Bundesverkehrswegeplan**

gemeinsam klare Anmeldungen gemacht und die müssen stehen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Ich erkläre hier Folgendes ganz deutlich:

Erstens. Die A 21 muss so schnell wie irgend möglich ausgebaut werden. Dabei dürfen persönliche Animositäten oder politische Fehden keine Rolle spielen. Ich wäre der CDU-Führung nach den heutigen Bekundungen sehr dankbar, wenn sie dafür sorgte, dass wir das in diesem Land auch so sicherstellen können.

(Zurufe von der CDU)

Es war schwer genug für unsere Straßenbauverwaltung - das ist von Frau Kähler und von anderen auch noch einmal gesagt worden -, in vielen regionalen Gesprächen einen Konsens herzustellen. Es gibt einen weitgehenden Konsens. Die Mehrheit der Region hat sich eindeutig für die von uns vorgeschlagene Lösung ausgesprochen. Ich bitte darum, dass wir diesen Konsens nicht wieder infrage stellen.

Zweitens. Wir planen die nächsten Abschnitte mit Hochdruck. Dabei geht es um zwei verschiedene Dinge, die Sie, Herr Eichelberg, nicht durcheinander bringen sollten. Zunächst geht es um den Lückenschluss bei Negernbüttel. Dieser hat mit diesem Problem vorrangig nichts zu tun. Wir reden jetzt über den Abschnitt bei Barkau. Baubeginn für diesen **Abchnitt** soll, wenn die Antistaumittel fließen, wofür wir im Moment kämpfen und worüber wir auch Gespräche führen, im Frühjahr sein. Diese Maßnahme muss auch kommen, weil wir sie in der Tat seit einem Jahr vor uns hertragen, und das nicht, weil wir etwa so langsam wären, sondern - damit sind wir wieder bei dem Problem der Region - weil wir zum Beispiel einen zusätzlichen Wirtschaftsweg planen mussten, einen neuen Landschaftsbegleitplan aufstellen mussten und so weiter. Tun wir doch bitte nicht so, meine Damen und Herren, als glaubten wir, es läge an der Landesstraßenbauverwaltung, wenn ein Projekt nicht vorankommt. Vielmehr sprechen wir gerade darüber, dass wir in den regionalen Konsensfindungen mit viel zu viel unterschiedlichen Einzelvorstellungen konfrontiert werden, die wir gerade angesichts der deutschen Planungsverfahren nur mit sehr viel Zeit zu einem Vorschlag bündeln können. Das ist eines unserer Kernprobleme.

(Roswitha Strauß [CDU]: Wir können es gemeinsam vereinfachen!)

- Es gibt Vereinbarungen. Wir müssen nichts Neues vereinbaren. Es gibt die Vereinbarung, dass wir den Ausbau zu einer Autobahn wollen, und zwar nicht auf der vorhandenen Trasse. In diesem Fall ist es mit der

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

vorhandenen Trasse nicht möglich. Das ist mit vielen Argumenten dargelegt worden.

Ich will nur noch einmal sagen, dass ich alles dafür tun werde, dass wir diesen Lückenschluss-Baubeginn trotz Maut mit einer Vorfinanzierung im Frühjahr haben werden - das ist als Signal ganz wichtig - und dass wir an die Bundesregierung das zweite Signal geben, dass wir dafür stehen, dass dieser Abschnitt so schnell wie irgend möglich kommen soll - die entsprechenden Untersuchungen liegen jetzt beim Bundesverkehrsministerium -, in der Hoffnung, dass der Baubeginn für diesen zweiten Abschnitt im Jahre 2004 erfolgen kann.

Letzter Punkt. Wir sollten unsere Kraft darauf konzentrieren, gegenüber Berlin mit einer Meinung aufzutreten, und wir sollten unsere Kraft darauf konzentrieren, dass die Maut so schnell wie möglich kommt. Wenn sie - womit ich persönlich rechne - nicht sofort, sondern erst im Frühjahr oder Mitte 2004 eingeführt wird, sollten wir - daran arbeite ich im Moment - trotz der Haushaltskürzungen, die anstehen, vernünftige Zwischenfinanzierungsvereinbarungen treffen. Insofern wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns unterstützen und das für mich Kleinliche, was Sie heute vorgebracht haben, beiseite schieben. Das hilft uns nicht weiter.

(Beifall)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Nach der Geschäftsordnung haben wir nun zwei Möglichkeiten: Ausschussüberweisung oder aber Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag der FDP-Fraktion zum Ausbau der B 404 in der Drucksache 15/3013 in der Sache abzustimmen. Somit frage ich, wer diesem Antrag der Fraktion der FDP in der Sache seine Zustimmung gibt, und bitte um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist vom Haus in der Sache einstimmig angenommen worden. Damit ist Tagesordnungspunkt 38 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Förderung von Existenzgründungen

Landtagsbeschluss vom 3. April 2003
Drucksachen 15/2565 und 15/2590

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2716

Ich darf zunächst zur Berichterstattung der Landesregierung dem Minister für Wirtschaft und Verkehr, Herrn Professor Dr. Bernd Rohwer, das Wort erteilen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein neues Unternehmen in Schleswig-Holstein und in Deutschland zu gründen, ist in schwierigen Zeiten und unter schwierigen Rahmenbedingungen keine Selbstverständlichkeit. Man braucht nicht nur eine gute Geschäftsidee, man braucht auch einen hart kalkulierten Businessplan und auch ein Stück Optimismus. Man braucht günstige ökonomische Rahmenbedingungen, gute Beratungsangebote und vor allem genügend Kapital.

Der Ihnen vorliegende Bericht zur Förderung von Existenzgründungen zeigt, dass in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich viele Menschen diese Bedingungen erfüllt sehen. Im Jahre 2002 gab es in Schleswig-Holstein 6.558 **Betriebsgründungen**. Das waren auch unter Berücksichtigung der Abgänge im Saldo pro Kopf mehr Betriebsgründungen als in jedem anderen westdeutschen Flächenland. Auch im ersten Halbjahr 2003 liegt Schleswig-Holstein bei den Flächenländern beim Saldo von Neugründungen und Löschungen im Handelsregister wiederum an der Spitze. Das zeigt, dass die Gründungsklima, dass die Gründungsbedingungen in Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich gut sind, wenn auch - das sage ich dazu - nicht gut genug. Denn wir haben in Deutschland, auch wenn wir das mit den anglo-amerikanischen Ländern vergleichen, einen Nachholbedarf, sodass wir nicht nachlassen dürfen, die Bedingungen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer auch in diesem Land weiter zu verbessern.

Wir haben übrigens auch die bundesweit höchste **Selbstständigenquote**. Auch wenn wir sie um unsere bekannten Faktoren - Landwirtschaft - strukturell bereinigen, liegen wir bei der Selbstständigenquote im Bundesvergleich noch sehr gut. Dies ist ebenfalls ein Indiz dafür, dass dieser Weg für unser Land Schleswig-Holstein richtig ist.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Die Zahlen bestätigen unsere Auffassung, dass wir die Politik für **kleine und mittlere Unternehmen** konsequent fortsetzen und optimieren müssen. Das heißt für mich auf Bundesebene, dass die entscheidenden Punkte - Bürokratieabbau, Reform der Steuer- und Sozialsysteme, Senkung der Lohnnebenkosten, Verbesserung der Kapitalausstattung - forciert weitergeführt werden müssen. Diesbezüglich haben wir längst noch nicht das erreicht, was wir erreichen müssen. Wir haben dazu Vorschläge gemacht und sind in Gesprächen mit der Bundesregierung darüber, was zusätzlich geschehen muss, insbesondere was die

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Senkung der Lohnnebenkosten und die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung angeht.

Lassen Sie mich kurz auf die Landesebene hinweisen. Denn dort können wir unmittelbar Einfluss nehmen. Wir werden unseren Landeshaushalt nicht mit Gründerprämien und Zinszuschüssen belasten. Ich sage das auch vor dem Hintergrund der Haushaltsprobleme. Das können wir uns nicht leisten. Das ist auch nicht immer das intelligenteste Instrument. Denn damit würden wir große Mitnahmeeffekte auslösen. Wir machen aber etwas anderes und das zeigen die Angebote unserer Förderinstitute. Wir versuchen, die teilweise wegbrechende, jedenfalls deutlich eingeschränkte Kreditvergabe der Kreditinstitute teilweise dadurch aufzufangen, dass wir für Unternehmen **Eigenkapitalsurrogate** anbieten, auf deren Grundlage sie dann höhere Kredite, insbesondere von den Hausbanken, bekommen können. Dies sind Eigenkapital ersetzende Darlehen, aber auch Beteiligungen et cetera.

Das hat Grenzen, denn wir werden und können keine staatliche Bankenfunktion übernehmen. Diese Aufgabe müssen die privaten Kreditinstitute lösen. Wir können es aber Unternehmen insofern erleichtern, als wir sagen: Es gibt eine Prüfung durch die Investitionsbank oder durch die Bürgschaftsbank. Ergibt diese Prüfung, dass ein Erfolg versprechendes Konzept vorliegt, kann man zur Hausbank gehen und die Hausbank wird auf dieser Grundlage eher einen entsprechenden Kredit geben.

Das ist sinnvolle Förderung von Existenzgründungen. Wir haben ein entsprechendes Programm, das Programm „Starthilfe“, aufgelegt, mit dem wir speziell Unterstützung für Existenzgründer gewähren. Hinzu kommt unser Technologie- und Innovationsfonds, mit dem wir zielgerichtet auch Gründer unterstützen, und hinzu kommen die Erfahrungen, die die Bürgschaftsbank mit ihrem Bürgschaftsprogramm in diesem Bereich gesammelt hat, dessen Zwischenergebnis positiv ist.

Alle drei **schleswig-holsteinischen Förderinstitute** - die Investitionsbank, die Bürgschaftsbank und die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft - haben jedenfalls - das ist eine gute Bilanz - auch im ersten Halbjahr 2003 wieder deutlich mehr Existenzgründungen positiv begleitet. Auch das ist ein Beispiel dafür, wie eine sinnvolle Wirtschaftspolitik das Gründerklima, die Gründungen in Schleswig-Holstein unterstützt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kommt dann noch etwas Zweites hinzu: Auch beim Thema **Überbrückungsgeld für Existenzgründungen** aus der Arbeitslosigkeit greifen ja mit der Ich-AG und mit dem Überbrückungsgeld zwei Instrumente, mit denen wir auch zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und den Arbeitslosen über eine Existenzgründung wieder Motivation zu geben. Sie wissen sicherlich, dass dieses Instrument im Vergleich der unterschiedlichen Arbeitsmarktinstrumente eines der erfolgreichsten ist, die wir haben. Obwohl dort ein Teil natürlich wieder anschließend zurückgeht und Probleme hat, ist dieses Instrument zurzeit das erfolgreichste, das wir haben. Ich halte diesen Weg deswegen auch für ganz wichtig und richtig.

Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, dass wir damit aber nicht alle unsere Möglichkeiten bereits optimiert haben. Ich sehe Optimierungsmöglichkeiten in der **Bündelung der Wirtschaftsförderinstrumente** in Schleswig-Holstein. Das betrifft das Haus der Wirtschaft, die räumliche Zusammenführung, es betrifft aber auch die sachliche Zusammenführung. Das heißt, wir werden die Programme noch enger verzahnen, wir werden auch die Institute - dafür werden wir demnächst einen Vorschlag machen - organisatorisch noch enger zusammenführen, sodass wirklich gewährleistet ist, dass ein Gründer oder jemand, der sich hier ansiedeln will, einen Ansprechpartner hat. Er hat schon jetzt in der Regel einen Ansprechpartner, aber das ist noch optimierungsfähig. Dieses Instrument wollen wir weiter ausbauen und dafür werden wir demnächst Vorschläge machen.

Ich glaube, dass wir uns im Ländervergleich mit dieser sehr pragmatischen mittelstandsorientierten Politik nicht verstecken müssen, sondern dass wir gut dastehen. Ich räume aber ein, dass wir noch viel tun müssen, um die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen deutlich zu verbessern. Daran sollten wir gemeinsam weiter arbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende FDP-Fraktion erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums und auch Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, für diesen Bericht. Das, was berichtet

(Christel Aschmoneit-Lücke)

wird - auch in dem schriftlichen Bericht -, ist gut und verständlich aufbereitet. Ich muss allerdings sagen, dass einige wesentliche von uns geforderte Informationen fehlen.

Es fehlen die Angaben - das war der Ansatz der Nachfrage - über die **Erfolgskriterien der Förderprogramme** und folglich auch alle Angaben darüber, ob die Förderprogramme des Landes den eigenen Ansprüchen der Landesregierung genügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Maßstab Erfolge zu messen, entbindet vielleicht von der unangenehmen Pflicht, den eigenen Misserfolg auch einmal festzustellen, aber bei staatlichen Förderprogrammen ist dies verwerflich, besonders angesichts ständiger Erfolgspropaganda. Es handelt sich ja schließlich bei diesen Förderprogrammen um Steuergelder.

(Beifall bei der FDP)

Also muss auch ein messbares Kriterium vorhanden sein.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die alten ASH-Programme. Wir haben über Jahre konsequent und bis zur Ermüdung der Ministerin gefordert, die Programme zu evaluieren, und zwar anhand von vorher aufgestellten Kriterien. Das ist uns schließlich gelungen. Gerade für die Förderprogramme des Wirtschaftsministeriums müsste eine solche Kontrolle anhand von selbst gesetzten Maßstäben selbstverständlich sein.

Vielleicht würden wir auf diesem Weg zu erstaunlichen Erkenntnissen kommen, die gleichzeitig auch die Möglichkeiten aufzeigen, viel Geld einzusparen.

Ich wünsche mir jedenfalls, dass bei künftigen Berichten vor der Veröffentlichung geprüft wird, ob die Aufträge des Landtages auch vollständig abgearbeitet worden sind.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich fordere den Herrn Minister auf, die Erfolgskriterien der Existenzgründungsprogramme und die Bewertung der Programme anhand dieser Kriterien bis zu den Ausschussberatungen schriftlich nachzureichen.

Meine Damen und Herren, trotzdem ist der Bericht sehr aufschlussreich. Das **Gründungsklima in Schleswig-Holstein** ist gut; überdurchschnittlich viele Menschen wagen den Schritt in die Selbstständigkeit. Leider schlägt sich das nicht in überdurchschnittlich guten gesamtwirtschaftlichen Daten nieder, was beweist, dass Existenzgründungen eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Wachstum

und Beschäftigung sind. Wir müssen erreichen, dass die seit Jahren überdurchschnittlich hohe Bereitschaft vieler Menschen in Schleswig-Holstein, ihr Leben selbst zu gestalten, endlich auch Wohlstand und Beschäftigung stärker steigert. Wir müssen die Mittelstandspolitik des Landes neu ausrichten.

Herr Minister, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie gerade zum Ende Ihres mündlichen Berichtes gesagt haben, dass Sie dies auch so sehen und daran arbeiten wollen.

Folgende Zahlen aus dem Bericht belegen dies.

Aus den Daten zu den Gewerbebeanmeldungen sind nur schwierig die Zahlen der tatsächlichen Existenzgründungen zu ermitteln. Nach den hilfreichen Angaben der Verfasser des Berichtes lässt sich aus der Tabelle auf Seite 8 allerdings herleiten, dass in Schleswig-Holstein von 1996 bis 2002 über 123.300 Existenzen gegründet wurden. Die Tabelle auf Seite 10 gibt Aufschluss darüber, wie viele **Existenzgründungen** durch das Land begleitet wurden; das sind 1.760. Das ist die Summe der realisierten Existenzgründungen, die von der Investitionsbank, der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft begleitet wurden: 1.760 von 123.300. Das sind 1,43 %.

Angesichts dieser Zahlen ist die übliche Lobesorgie auf den Beitrag der Förderprogramme des Landes zu den Existenzgründungen eine geplatzte Spekulationsblase. Dabei möchte ich nicht unterschlagen, dass insgesamt fast 24 % der Existenzgründungen aus öffentlichen Programmen begleitet wurden, aber der Löwenanteil davon eben nicht aus den Förderprogrammen des Landes. Die Landesregierung sollte sich diese Ergebnisse nicht länger zurechnen.

Meine Damen und Herren, wenn man die Angaben des Landesarbeitsamtes zu Einstellungen in Schleswig-Holstein von 1996 bis 2002 mit den Aussagen dieses Berichtes vergleicht, stellt man fest, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze nur in äußerst geringem Umfang auf die **Existenzgründungsförderung des Landes** zurückzuführen ist. Wenn ich andererseits die in derselben Zeit verloren gegangenen Arbeitsplätze und Insolvenzen betrachte, kann ich nur zu folgendem Schluss kommen: Die Landesregierung muss in der Tat ihre Wirtschaftspolitik umsteuern. Der Schwerpunkt darf nicht länger auf Förderprogrammen liegen, die nur einen sehr kleinen Anteil der Existenzgründer und einen kaum messbaren Anteil der vorhandenen Unternehmen in Schleswig-Holstein erreichen. Es muss der Schwerpunkt auf Wirtschaftspolitik gesetzt werden, die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen so zu verändern, dass unsere sehr

(Christel Aschmoneit-Lücke)

guten Gründer- und Selbstständigenquoten sich endlich auch in sehr guten gesamtwirtschaftlichen Daten niederschlagen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Daran muss sich die Wirtschaftspolitik messen lassen. An nichts anderem.

Nochmals, Herr Minister: Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie dies eben auch so ausgeführt und gesehen haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort erteile ich jetzt einem Kollegen, der heute Morgen als Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam für die Erringung wissenschaftlicher Grade vom Hause beglückwünscht worden ist: In diesem Sinne, Herr Professor h.c. Klaus-Dieter Müller - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht h.c.! Der hat dafür vorher Honorar gezahlt!)

- Nicht h.c.? - Herr Professor Klaus-Dieter Müller, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Das üben wir noch einmal, Herr Präsident!

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich die Initiative der FDP begrüßen, dieses wichtige mittelstandspolitische Thema hier zum Gegenstand zu machen. Das gibt uns die Möglichkeit, die Bedeutung und auch die Funktion von Existenzgründungen für unsere Wirtschaft deutlich zu machen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hält hier jetzt seine erste Vorlesung!)

- Das würde zu lange dauern, Herr Kubicki, aber ich lade Sie gern zu meiner Antrittsvorlesung ein.

Die Landesregierung unternimmt seit vielen Jahren erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet. Herr Minister Professor Dr. Rohwer

(Heiterkeit)

hat darauf hingewiesen. Die Erfolge lassen sich auch sehen. Sicherlich, Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, wir haben eine schwierige wirtschaftliche Zeit und wir alle bedauern es sicherlich gemeinsam, dass wir insgesamt nicht erfolgreichere Zahlen vorlegen können. Dennoch sind gerade die Zahlen in Bezug auf die

Existenzgründungen in Schleswig-Holstein eine besondere Erfolgsgeschichte; denn der Bericht belegt, was diese Anstrengungen in der Tat bewirkt haben.

Seit Jahren, so auch 2002, steht Schleswig-Holstein auf dem Treppchen der erfolgreichsten Gründerländer in der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Selbständigenquote ist erfreulich hoch, deutlich höher als der Bundesdurchschnitt. Diese Politik der intensiven Förderung von Existenzgründungen dient den Unternehmensgründungen und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, aber - dies ist etwas, was immer zu wenig beachtet wird - der strategische Hauptzweck der Unternehmensgründungspolitik ist die Förderung von Wachstum und Modernisierung des Produktionssystems.

Die **Unternehmensdemografie** ermöglicht die kontinuierliche Erneuerung der Branchen, veraltete Betriebe scheiden aus und neue, besser an die Marktbedürfnisse angepasste entstehen, wie das Wachstum des Dienstleistungssektors in Deutschland sehr eindrucksvoll zeigt. Diese neuen Unternehmen bringen neue Produktideen und neue Technologien.

Aber **Neugründungen** haben auch Schattenseiten. Hohe **Insolvenzquoten** sind eine leider nicht wegzudiskutierende Begleiterscheinung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit bestätigt, was viele schon immer vermuteten: Die meisten, die sich selbstständig machen, verstehen ihr Handwerk kaum. Allerdings ist diese Formulierung etwas missverständlich. Das Handwerk verstehen sie meistens, aber sie verstehen nichts von Betriebswirtschaft und sie schätzen viele Parameter falsch ein, insbesondere auch den Kapitalbedarf.

Die richtige Schlussfolgerung aus alledem ist nicht, Existenzgründungen und die Förderung von Existenzgründungen politisch zu diskreditieren, sondern die Anstrengungen zu erhöhen, Gründerinnen und Gründern durch intensive hochwertige Beratung zu begleiten. Die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein hat vor vier Jahren damit begonnen, ein Risikofrüherkennungsprogramm zur Pflicht zu machen. Ein einmaliger - dies muss man sich einmal merken - Check-up des Betriebes als **begleitendes Beratungsinstrument** hat bereits dazu geführt, dass jede zweite Insolvenz vermieden werden konnte. Dieses Programm ist zwischenzeitlich erheblich ausgebaut worden. Ein Kennziffernreport und ein ganzer Baukasten beratungsbegleitender Maßnahmen werden inzwischen angewendet. Soweit die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein in die Gründung involviert ist, ist die jeweilige finanzierende Hausbank verpflichtet, 5.000 € mehr Kredit zu gewähren, die dafür verwendet werden, den Gründer fachkundig begleiten zu lassen - ein

(Klaus-Dieter Müller)

ganz hervorragendes und wegweisendes Programm aus Schleswig-Holstein.

Sie haben, Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, von Maßstäben, anhand derer Sie die Erfolge beurteilen wollen, gesprochen. Ich kann Ihnen dazu die durchaus bemerkenswerte Studie der Universitäten Köln und Lüneburg, die vor einem knappen Jahr vorgelegt wurde, anbieten. Die Wissenschaftler haben dort die Gründungsaktivitäten und Rahmenbedingungen in zehn deutschen Regionen verglichen, darunter auch der Region Kiel. Ich möchte kurz über das Ergebnis dieser Studie berichten: Eine der Stärken der Region Schleswig-Holstein Mitte zeigt sich im Bereich der **öffentlichen Förderinfrastruktur**. So bieten nach Ansicht der Experten die öffentlichen Beratungsstellen eine kompetente und effektive Unterstützung bei der Suche nach Fördermitteln und die Gründer finden in der Region schnell den richtigen Ansprechpartner. In vielen Gesprächen wurde speziell die Investitionsbank Schleswig-Holstein mit ihrem erfolgreichen Projekt „Förderlotse“ genannt. Das Angebot an unternehmensbezogenen Dienstleistungen wird in Quantität und Qualität als völlig ausreichend beurteilt. Das große Angebot an Technologie- und Gründerzentren und dessen effektive Unterstützung für Unternehmensgründer wird von den Experten als positiv hervorgehoben. Technologietransfereinrichtungen, insbesondere die Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein, leisten - so die Wissenschaftler aus Köln und Lüneburg - einen erwähnenswerten Beitrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass die objektive Beurteilung von außen durchaus ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Leistung der Landesregierung sein kann. Ich finde, dass die Analysen und die vorgelegten Zahlen durchaus eindrucksvoll sind. Sie sind nicht vom Himmel gefallen, sondern sie sind in der Tat das Ergebnis einer Politik, in die wir viel Mühe gesteckt haben und auch weiterhin stecken werden. Wir sind uns einig, liebe Frau Kollegin - auch der Minister hat es eben genannt -: Wir müssen das Instrumentarium der Fördereinrichtungen, das wir geschaffen haben, weiter straffen. Ich bin sehr froh, dass es in dieser Stadt ein „Haus der Wirtschaft“ geben wird als einen Ort, an den die Menschen gehen können, wenn sie Beratung wollen. Das war nicht ganz einfach, aber wir werden dies umsetzen. Wir sind auf einem richtigen Weg. Ich danke dem Minister für diese erfolgreiche Bilanz.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich das Wort nach dem Beitrag von Professor Müller weiterleite, darf ich zunächst Gäste auf der Tribüne begrüßen, und zwar die Damen und Herren der Berufsschule aus Niebüll sowie die Damen und Herren der SPD aus dem Kreis Steinburg. Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat nun die Kollegin Roswitha Strauß das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Müller, auch ich gratuliere Ihnen natürlich ganz herzlich zu Ihren akademischen Weihen. Insofern war Ihr Beitrag heute vielleicht auch so etwas wie eine Antrittsvorlesung, mit der Analyse des Berichtes hatte er wenig zu tun.

Meine Damen und Herren, wer gehofft hatte, dass dieser Bericht zur Förderung von Existenzgründungen zu mehr Klarheit beitragen würde oder gar weiterführende Erkenntnisse der Landesregierung erwartet hatte, ist bitter enttäuscht. Der präzise Auftrag des Parlaments, eine echte Bilanz vorzulegen, die die einzelnen Fördermaßnahmen in Bezug auf **Förderkriterien**, eingesetzte Finanzmittel, jeweilige Kosten und Erfolgsquoten evaluiert, wird mit diesem Bericht auf eine geradezu dreiste Weise ignoriert. Stattdessen erhalten wir Jubelpassagen über das Gründungsland Schleswig-Holstein, wir erhalten altbekannte Statistiken und Grafiken, die dann sogleich in ihrem beschreibenden Teil relativiert werden. Unter dem Kapitel „Entwicklung der Gründungszahlen seit 1996“ ist zu lesen:

„Wenn auch die Daten vermitteln, dass das Gründungsgeschehen sich insgesamt auf einem relativ stabilen Niveau halten konnte, können die aus der Gewerbeanzeigenstatistik vermittelten Werte bei aller Interpretation kein exaktes Datenbild ergeben.“

Weiter:

„Nur der Vollständigkeit halber wird erwähnt, dass eine nicht bezifferbare Anzahl von Gründungsvorhaben überhaupt ohne die Inanspruchnahme von Förderprogrammen umgesetzt wird.“

Was will uns die Landesregierung damit sagen? Allein mit dem Verlesen der Relativierungen in diesem Bericht ließe sich problemlos eine Viertelstunde

(Roswitha Strauß)

verbringen. Eine Aussage lässt sich daraus allerdings ableiten: Tatsächliche Kenntnisse hat die Landesregierung nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schlimmer noch: Selbst dort, wo ein Bezug von Förderungen und **Erfolgsquote** möglich wäre, stellt die Landesregierung ihn nicht her. Die Frage ist: Warum nicht?

Auf Seite 10 belegt eine Grafik den eklatanten Einbruch der Förderzahlen seit 1999 bei den bewährten Förderinstituten Deutsche Ausgleichsbank und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein. Dem steht eine eklatante Erhöhung der Förderzahlen bei der Bundesanstalt für Arbeit im gleichen Zeitraum gegenüber. 15 Seiten weiter unter dem Kapitel „Arbeitsplatzeffekte durch Existenzgründungen“ findet sich die interessante Aussage:

„Insgesamt war dabei der durchschnittliche zusätzliche Beschäftigungseffekt bei durch die Deutsche Ausgleichsbank geförderten Gründungen ... signifikant höher, als bei Gründungen durch Überbrückungsgeldempfänger...“

Diese Erkenntnis erzwingt geradezu die Schlussfolgerung: Die Reduzierung der **Förderinstrumente** zugunsten ständig steigender Aufgabenwahrnehmung und Aufblähung der Bundesanstalt für Arbeit führt eben nicht zu mehr Arbeitsplätzen, sondern markiert eine eklatante Fehlentwicklung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Fatale an dieser Entwicklung ist, dass die Gelder der Bundesanstalt für Arbeit nahezu ausschließlich durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden und die Arbeitskosten entsprechend belasten.

In diesem Hause besteht Konsens darüber, dass die viel zu hohen Lohnzusatzkosten gesenkt werden müssen, weil sie zunehmend Arbeitsplätze vernichten und weil sie es so schwer machen, neue Existenzen aufzubauen.

49,4 Milliarden € des Haushalts der **Bundesanstalt für Arbeit** - das ist der Stand 2002 - werden aus Beiträgen finanziert, das entspricht knapp 93 %. Schon eine Reduzierung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von jetzt 6,5 % auf 5 % würde eine Entlastung der Lohnzusatzkosten von 11,4 Milliarden € bringen.

Damit würden mehr Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, als die Bundesanstalt für Arbeit durch Lohnzusatzkosten finanzierte Fördermaßnahmen rückholen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier anzusetzen wäre richtig. Das Gegenteil geschieht.

Die CDU hat inzwischen eine entsprechende Initiative in den Bundestag eingebracht. Wir wollen den Beitrag der Arbeitslosenversicherung auf 5 % absenken, und zwar durch Aufgabenreduzierung und nicht etwa, wie die SPD in diesem Land, mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer kompensieren.

Der Wirtschaftsminister wird nicht müde, seine so genannte Existenzgründungsoffensive zu rühmen und zu vermarkten. Was Sie, Herr Minister Rohwer, dabei verschweigen, findet sich weder in diesem Bericht noch im Wirtschaftsbericht, sondern im Beteiligungsbericht der Landesregierung. Unter dem Punkt „Bürgschaftsbank“ findet sich der aufschlussreiche Satz:

„Die Bürgschaftsbank hat sich bei zunehmender Finanzenge der öffentlichen Haushalte als wesentlicher Eckpfeiler für die Wirtschaftsförderung im Lande Schleswig-Holstein bestätigt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die verminderten direkten Fördermittel des Landes.“

Bei der Mittelständischen Beteiligungsbank ist zu lesen:

„Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Bereitstellung laufender Haushaltsmittel für die Wagniskapitalförderung, die in den vergangenen Jahren mit circa 3 Millionen DM dotiert war, zum 31. Dezember 2001 eingestellt worden ist.“

Damit haben Sie, Herr Minister Rohwer, in Ihrem politischen Handeln genau das Gegenteil dessen getan, was Sie hier als richtig beschrieben und angekündigt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit anderen Worten - Schlussbemerkung -: Der Beitrag der Landesregierung zur so genannten Gründungsoffensive besteht darin, dass sie den bewährten und erfolgreichen Förderinstituten erhebliche Mittel entzogen hat - zum Schaden unseres Landes.

Herr Minister Rohwer, ganz persönlich, diese Vorgehensweise hat mit seriöser Politikdarstellung nichts zu tun, sondern belegt die Fragwürdigkeit Ihres politischen Handelns.

Darüber hinaus belegt dieser Bericht, dass die Übertragung der Arbeitsmarktpolitik in das Wirtschaftsministerium nichts bringt, wenn auch hier keine Fähigkeiten zu einer analytischen Bestandsaufnahme zu

(Roswitha Strauß)

finden sind. Auch dieser Bericht bleibt den Nachweis schuldig, dass die eingesetzten Steuermittel in einem angemessenen Verhältnis zum Erfolg stehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Allein 5.900 Existenzgründungen wurden in Schleswig-Holstein in diesem Jahr durch Fördermaßnahmen unterstützt - nicht alle durch Fördermaßnahmen des Landes. Viele Existenzgründungen, die nicht direkt durch **Fördermaßnahmen** des Landes unterstützt wurden, sind indirekt unterstützt worden, weil das Land sehr viel für die Beratung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern tut. Ich denke zum Beispiel an das **Frauen Netzwerk**. Fast alle Frauen, die in Schleswig-Holstein eine Existenz gründen, gehen, sofern es sich nicht um eine größere Existenzgründung handelt, durch eine dieser Beratungsmaßnahmen. Sie sind sehr frequentiert. Ein beträchtlicher Teil derjenigen, die die Beratungsangebote aufsuchen, wird selbstständig.

Ich will an dieser Stelle auch auf das eingehen, was Sie gesagt haben, nämlich, dass eine unterschiedliche hohe Zahl von **Arbeitsplätzen** bei Fördermaßnahmen, die einen Kredit benötigen, und durch Fördermaßnahmen des Landesarbeitsamtes, die Übergangscharakter haben, entsteht. Das ist völlig logisch. Es handelt sich nämlich um ganz andere Existenzgründungen. Eine Masseurin oder eine Friseurin oder Frauen in ähnlichen Berufen, die sich selbstständig machen, haben ein ganz anderes Profil von Betrieb als jemand, der von der Uni kommt und einen High-techbetrieb aufmacht, also erst einmal Labore aufbaut und so weiter. Das sind ganz unterschiedliche Dinge. Die kann man nicht miteinander vergleichen. Wenn sich eine Frau oder ein Mann im Dienstleistungsbereich allein selbstständig macht, entstehen dadurch nicht zwangsläufig Arbeitsplätze, während in dem anderen Bereich Arbeitsplätze entstehen und wir zu einer ganz anderen Bilanz kommen.

Immerhin ist erfreulich, dass im Durchschnitt der Existenzgründungen nach drei Jahren drei Arbeitsplätze geschaffen worden sind und immerhin zwei Drittel der Existenzgründungen drei Jahre überleben. Das zeigt eine erhebliche Stabilität, wenn man weiß,

dass Existenzgründungen immer mit einer großen Unsicherheit verbunden sind.

Insgesamt kann man sagen: Trotz der **Insolvenzen** sind die Vielzahl der Existenzgründungen nicht solche, die insolvent gehen. Der Großteil der Existenzgründungen überlebt und führt dazu, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine Minderheit geht Pleite. Das ist so. Das muss man in Kauf nehmen, wenn man Existenzgründungen haben will. Wer das nicht will, braucht nicht für eine freie Marktwirtschaft einzutreten.

Der Bericht der Landesregierung zeigt die breite Palette an Beratungsangeboten. Diese kompetente **Beratung** ist in der Anfangsphase unverzichtbar. Darauf habe ich schon hingewiesen. Dabei geht es sowohl um Markt wie um Finanzierung, um Materialbeschaffung, um passendes Personal und um die Informationen über Fördermöglichkeiten. Es geht auch darum, bei der Beratung chancenlose Gründungsversuche zu stoppen und Menschen vor falschen Hoffnungen zu warnen, um mögliche Geldvernichtung zu vermeiden. Viele Menschen bringen nicht nur ihr eigenes Geld mit ein, sondern auch das von Verwandten, von Eltern, von Freunden. Das geht in die Existenzgründungen ein und ist verloren, wenn die Existenzgründung scheitert.

Der Bericht geht auch auf die **Technologiezentren** ein. Der Landesrechnungshof hat gesagt, dass die Auslastung und die Belegung nicht immer in Ordnung sind. Das muss überprüft werden. Das muss gegebenenfalls korrigiert werden. Es darf nicht sein, dass Technologiezentren zu billigen Gewerbegebieten werden, in denen man ein Gebäude zur Verfügung stellt. Gut laufen Technologiezentren in der Nähe von Hochschulen, weil die Ausgründungseffekte von Technologiebetrieben eben gut sind. Auf dem flachen Land ist das sehr schwierig. Von daher hat es keinen Sinn, diese Strategie fortzusetzen.

Zur Existenzgründung von **Frauen**. Wir als Grüne haben 1999 in Verhandlungen das Ergebnis erzielt, dass für Frauen ein gesondertes Programm aufgelegt wird, das auf die besonderen Bedingungen eingeht, die Frauen bei Existenzgründungen brauchen. Dieses Programm ist erfolgreich gewesen. Man kann anhand der Statistik zumindest feststellen, dass ab 1997 ein signifikanter Anstieg bei der Frauenquote zu verzeichnen ist. Das kann natürlich auch Zufall sein. In jedem Fall freut es uns und ist ein gutes Zeichen. Mittlerweile liegt Schleswig-Holstein weiterhin mit 31 % Anteil der Frauen an Existenzgründungen an

(Karl-Martin Hentschel)

der Spitze aller deutschen Bundesländer. Auch das ist ein erfreuliches Ergebnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, auf die ich der Kürze der Zeit wegen jetzt nicht eingehe, die in 2003 neu gestartet worden sind, zum Beispiel die Starthilfe Schleswig-Holstein, die Sache mit den Technologiscouts und so weiter. Entgegen Unkenlauten ist auch die Ich-AG in Schleswig-Holstein erfolgreich. Von Januar bis April wurden allein 662 Existenzgründungen bewilligt. Man kann natürlich noch keine seriösen Bewertungen abgeben. Das ist ein viel zu kurzer Zeitraum. Wir müssen warten, wie sich das weiterentwickelt.

Im Bereich der Existenzgründungen ist Schleswig-Holstein gut aufgestellt. Natürlich gibt es Insolvenzen. Politisch intendierte Krokodilstränen helfen da aber niemandem. Stattdessen sollten wir die Gründerinnen und Gründer unterstützen, denn sie schaffen unter persönlichem Risiko Arbeitsplätze. Bei der Existenzgründung ist viel Engagement gefordert. Da gibt es meistens keine 35-Stunden-Woche, weder für die Gründerinnen und Gründer noch für die Familien, und das nicht nur am Beginn, sondern häufig für viele Jahre. Ich bedanke mich deshalb ausdrücklich bei diesen fleißigen und wagemutigen Menschen, die sich eine eigene Existenz aufbauen, und wünsche allen Existenzgründungen in Schleswig-Holstein Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Förderung von Existenzgründungen in Schleswig-Holstein ist immer noch einer der positiven Lichtblicke im bundesweiten wirtschaftlichen Vergleich. So zeigt der Bericht zum Beispiel, dass die **Selbstständigenquote** in Schleswig-Holstein im Jahre 2002 mit 12,1 % weit über dem Bundesdurchschnitt von 10,6 % lag und sich Schleswig-Holstein damit auf dem zweiten Platz hinter Bayern befindet.

Selbst bei der von der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei bereinigten Selbstständigenquote lag Schleswig-Holstein mit 10,3 % bundesweit an zweiter Stelle hinter Berlin. Dabei zeigt die Entwicklung der

Selbstständigenquote in Schleswig-Holstein seit 1996 einen kontinuierlichen Anstieg an.

Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch wider, wenn man sich die Zahlen der **Unternehmensneueintragungen** ansieht. Hier liegt Schleswig-Holstein bundesweit auf dem zweiten Platz hinter Hamburg. Seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es jährlich mehr Unternehmensneugründungen als Löschungen aus dem Handelsregister in Schleswig-Holstein.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Bezogen auf die Unternehmensneugründungen wird im Bericht festgestellt - Frau Strauß -, dass nach drei Jahren 70 % aller neu gegründeten Unternehmen immer noch am Markt sind und sich somit etabliert haben. Der Vorwurf, dass die Unternehmen nach ihrer Gründung gleich wieder Pleite gehen, wie er manchmal geäußert wird, ist somit nicht haltbar, sondern eindeutig widerlegt. Das heißt, wir können hier von einer positiven, nachhaltigen Entwicklung in den letzten Jahren sprechen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Die Maßnahmen, die die Landesregierung ergriffen hat, waren erfolgreich. 99 % aller schleswig-holsteinischen Unternehmen gehören in die Kategorie kleine und mittlere Unternehmen. Das gilt auch für die Unternehmensneugründungen. Während die großen **internationalen Konzerne** massiv Arbeitsplätze abbauen, schaffen die kleineren und mittleren Betriebe oder Existenzgründungen neue Arbeitsplätze in unserem Land. Im Schnitt spricht der Bericht hier von etwas mehr als zwei Arbeitsplätzen pro Unternehmen. Das hat die Landesregierung schon vor einigen Jahren erkannt und deshalb ist Schleswig-Holstein in der guten Situation, dass unser **Beratungs- und Betreuungsangebot** für Existenzgründungen sehr gut bis optimal ausgebaut ist.

Neben dem gut ausgebauten Netz der Technologiezentren im Lande - auch auf dem Lande sind diese wichtig; das NIC in Niebüll zum Beispiel hat gerade 86 % Auslastung bekommen, nachdem man längere Zeit um die 50 % dümpelte - bieten auch landeseigene Institutionen wie beispielsweise die Investitionsbank Beratungsangebote für Existenzgründer. Auch die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern halten ein breites Beratungsangebot für die verschiedenen Zielgruppen vor.

Dazu gibt es auch vielfältige **Finanzierungsangebote** für die Existenzgründer. Von der Bürgschaftsbank über die Gesellschaft für Wagniskapital bis hin zur

(Lars Harms)

Investitionsbank werden viele staatliche Förderprogramme angeboten.

Auch die Bundesanstalt für Arbeit gibt als Folge des Hartz-Konzeptes und der Einführung der Ich-AG Zuschüsse für Existenzgründer. Wenn es in diesem Bereich etwas zu kritisieren gibt, dann höchstens, dass die Vielzahl von Finanzierungsmöglichkeiten langsam unübersichtlich wird und es vielleicht auf Bundes- und Landesebene eine bessere Abstimmung der vielen Programme geben muss. Aber selbst das soll ja jetzt angegangen werden, wie Minister Rohwer gerade mitgeteilt hat. Das ist der richtige Weg.

Leider legt der Bericht auch dar, dass die Finanzierungsprobleme der Existenzgründer dennoch in den letzten Jahren zugenommen haben, weil die Privatbanken im Zuge von **Basel II** und der schlechten Konjunktur viel restriktiver bei der Vergabe von Krediten agieren.

(Günter Neugebauer [SPD]: Nicht nur Privatbanken!)

- Auch Sparkassen, stimmt.

Das ist natürlich bedauerlich und gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Schwächeperiode kontraproduktiv. Hier würden wir uns von politischer Seite wünschen, dass die Privatbanken und Sparkassen sich weniger restriktiv bei der **Kreditvergabe** verhalten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fazit ist trotzdem: In Schleswig-Holstein gibt es ein gutes Klima für Existenzgründungen und jeder, der sich selbstständig machen will, ist in Schleswig-Holstein an der richtigen Adresse. Das ist die Botschaft, die wir alle auch nach außen tragen müssen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Professor Müller, darf ich fragen, ob Ihre Bemerkung eine Wortmeldung nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung ist? - Dann darf ich Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Abgeordneter das Wort zu einem Kurzbeitrag erteilen.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet, damit wir das üben; es klappt ja schon besser. Ich möchte etwas zu dem sagen, was Frau Strauß hier gesagt hat. Frau Strauß, Sie haben wieder die Lohnneben- oder Lohnzusatzkosten erwähnt und glaubhaft machen wollen,

dass die Senkung der Lohnnebenkosten der rettende Anker sei.

Ich habe gerade in Vorbereitung einer Rede, die ich gestern in Berlin gehalten habe, geguckt, wie lange diese Forderung schon erhoben wird. Als ich vor 25 Jahren das erste Mal etwas über Mittelstandspolitik veröffentlicht habe, gab es auch schon genau diese Forderung. Sie wissen, da haben andere Leute regiert und die hatten vor 25 Jahren sehr lange Zeit, die **Lohnnebenkosten** deutlich zu senken.

Aber was heißt es denn, wenn wir immer wieder dieselbe Forderung aufstellen? Die Bundesregierung hat gesagt - und wir tragen das mit -: Wir müssen die Arbeitskosten entlasten, ja. Aber dann gibt es nur zwei Möglichkeiten - auch das müssen Sie den Wählerinnen und Wählern sagen -: Entweder wir verteilen um, das heißt, ein Teil der Kosten wird über **Steuern** erbracht, oder Sie müssen die **sozialen Leistungen** in diesem Land drastisch senken. Wenn Sie das wollen, sagen Sie das den Menschen auch und tun Sie nicht so, als würden Sie ihnen mit dieser Forderung Heil bringen wollen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen vor. Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung darf ich jetzt der Frau Abgeordneten Roswitha Strauß das Wort erteilen.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Müller, ich bin mir nicht ganz sicher, was Sie mit Ihrem Beitrag hier eigentlich aussagen wollten.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Wollen Sie die Lohnzusatzkosten und damit die **Arbeitskosten** in diesem Land senken oder wollen Sie das nicht? Wir haben hier diverse Debatten in diesem Hause geführt. Deshalb hatte ich gesagt, dass ich glaube, in dem Punkt besteht Konsens, dass es die viel zu hohen Lohnzusatzkosten sind, die unsere Wettbewerbsfähigkeit sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich erheblich belasten.

(Klaus-Dieter Müller [SPD]: Dem widerspreche ich nicht! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe einen ganz klaren Vorschlag gemacht. Ich habe gesagt: Bei den Kosten zur Arbeitslosenversicherung haben wir heute ein Quote von 6,5 %. Das

(Roswitha Strauß)

macht 49,4 Milliarden € Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus. Wenn man diesen Anteil durch Aufgabenreduzierung der Bundesanstalt für Arbeit von 6,5 % auf 5 % absenkt, würde das eine **Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** von 11,4 Milliarden € bedeuten. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir Maßnahmen wie ABM und anderes reduzieren müssen, und zwar erst einmal speziell im Westen, im Osten müssen wir da etwas vorsichtiger sein.

Genau das haben Sie zum Beispiel auf Ihrem Landesparteitag auch gesagt, dass die Kosten dringend gesenkt werden müssen. Der Unterschied zwischen CDU und SPD besteht darin, dass Sie das mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer kompensieren wollen und wir durch Aufgabenreduzierung erreichen wollen, das heißt, keine weiteren Kosten produzieren wollen.

(Beifall bei der CDU - Klaus-Dieter Müller [SPD]: Aufgabenreduzierung heißt soziale Standards mindern!)

- Nein, Herr Kollege Müller. Auch das ist nicht richtig. Sie haben sehr richtig von Umverteilung gesprochen und diese Form von Umverteilung wollen wir nicht. Wir wollen **Wachstum** generieren und das können wir nur, wenn die Arbeitskosten geringer werden. Das ist der Weg der CDU. Es ist ein sozialmarktwirtschaftlicher Weg, bei Ihnen ist es immer ein sozialistischer Ansatz. Auch wenn Sie sich hier noch so weit mit Weihen wirtschaftlicher Art meinen einlassen zu müssen, Herr Kollege Müller, wird es dadurch nicht richtiger und nicht besser. Alles, was ich in letzter Zeit zumindest theoretisch von unserem Bundeskanzler und auch von Wirtschaftsminister Clement gehört habe, widerspricht dem, was Sie hier vertreten haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde die Debatte ausgesprochen wichtig, die eben geführt worden ist. Deswegen möchte ich zu dieser Debatte auch aus meiner Sicht eine Anmerkung machen, weil ich glaube, dass die Alternative, wie sie hier aufgestellt worden ist, so nicht stimmt.

Wir kennen international drei grundsätzliche Modelle - jedenfalls sehe ich es so -, wie man den **Sozialstaat** konstruiert. Wir kennen das anglo-amerikanische Modell, das darunter leidet, dass die soziale Absicherung der Menschen vergleichsweise schlecht und die Gesundheitsversorgung für die Allgemeinheit vergleichsweise niedrig ist.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Dafür hat das anglo-amerikanische Modell vergleichsweise geringe Lohnnebenkosten und eine Beschäftigungsquote, die um 10 % oberhalb der unseren liegt.

Die Alternative, die wir darstellen, das zentraleuropäische Modell, hat hohe Lohnnebenkosten, eine geringe Beschäftigungsquote und eine deutlich höhere Sozialabgabenquote. Jetzt könnte man daraus schließen, dass es die einzige Alternative ist, die Sozialabgabenquote nach dem anglo-amerikanischen Modell zu senken. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall.

Denn schauen wir nach Skandinavien, stellen wir fest: Dort haben wir eine bessere Sozialabsicherung als in Zentraleuropa. Wir haben dort gleichzeitig eine Beschäftigungsquote, die um 15 % oberhalb der unseren liegt. Wenn wir eine Beschäftigungsquote wie in Dänemark hätten, um 15 % höher, hätten wir überhaupt kein Problem mit unseren Sozialversicherungen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dänemark hat - interessanterweise - eine Steuerquote von 50 % im Gegensatz zu 22 % in Deutschland - 50 % gegenüber 22 %.

(Zurufe)

Da fragt man sich, wie sie es schaffen, trotz so hoher Steuern und eines so teuren Sozialsystems so erfolgreich zu sein. Das Geheimnis ist sehr einfach: Sie haben die niedrigsten Lohnnebenkosten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Lohnnebenkosten betragen durchschnittlich 8 % . 3 % des Bruttosozialprodukts gehen in die Lohnnebenkosten. Das ist die niedrigste Quote der Welt. Das heißt, sie haben ein ganz konsequent ausgerichtetes System: niedrige Lohnnebenkosten, niedrige Belastung der Arbeit. Sie finanzieren einen hervorragenden

(Karl-Martin Hentschel)

Sozialstaat über Verbrauchsteuern, über Ökosteuer und Mehrwertsteuer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich nenne diese Alternative, weil ich glaube, dass alle Parteien in Berlin und auch die großen Wirtschaftsinstitute von ihrem Denkansatz her immer noch von dem falschen Thema ausgehen, nämlich von **Steuersenkungen**. Alle Parteien in Berlin - die CDU; übrigens meine eigene auch - überschlagen sich mit Forderungen nach Steuersenkungen. Ich glaube aber, dass unser Problem nicht darin besteht, die Steuern zu senken, sondern dass unser Problem ist, die Sozialabgaben zu senken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

- Ich habe nicht mehr viel Redezeit; tut mir Leid. - Die unteren Einkommensschichten zahlen keine hohen Steuern. Das ist in unserem Land doch nicht das Problem. Aber die unteren Einkommensschichten zahlen 40 % **Sozialabgaben**. Das ist das Problem, das Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daher plädiere ich dafür, die Debatte endlich zu wenden und das zu tun, was wir in Schleswig-Holstein seit langem diskutieren und was bereits vom Wirtschaftsminister und von beiden Handwerkskammern unterstützt wird, nämlich ein steuerfinanziertes Modell nach südlich der Elbe zu tragen. Wenn wir das gemeinsam tun und erfolgreich sind, dann kann sich die Republik ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung.

Ich gehe davon aus, dass beantragt wird, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 15/2716 zur abschließenden Beratung an den zuständigen Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wird Mitberatung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Es wird also ausschließlich beantragt, den Bericht in der Drucksache 15/2716 zur abschließenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen, den bitte ich um ein eindeutiges Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist das ein-

stimmig so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 39 erledigt.

Ich darf bekannt geben, dass sich die Fraktionen dahin gehend vereinbart haben, dass der Tagesordnungspunkt 40 - Bericht zum Bundesverkehrswegeplan - und der Tagesordnungspunkt 15 - Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe - auf den morgigen Tag verschoben werden und dass der Tagesordnungspunkt 40 morgen nach dem Tagesordnungspunkt 15 zur Beratung aufgerufen wird. Ferner sind die Tagesordnungspunkte 51 - Weiterentwicklung der Sucht- und Drogenpolitik - und 53 - Bericht über die Förderung der Hospizbewegung und Hospizeinrichtungen in Schleswig-Holstein - von der Tagesordnung für die morgige Sitzung abgesetzt. Der Tagesordnungspunkt 19 ist bereits am gestrigen Tage erledigt worden. So weit meine Bemerkungen zur Geschäftsführung.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 50 auf:

Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 26. September 2003
Drucksache 15/2905

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2990

Ich darf zunächst das Wort für den Bericht der Landesregierung dem Herrn Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Professor Dr. Bernd Rohwer, erteilen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir über Ernährungswirtschaft reden, dann reden wir über 4,4 Milliarden € Umsatz und über 19.500 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Diese Branche ist im **verarbeitenden Gewerbe** unseres Landes nach Umsatz die Nummer zwei und nach Beschäftigung die Nummer drei, das Ernährungshandwerk mit noch einmal 16.000 Beschäftigten nicht mitgerechnet. Es ist eine Traditions- und Zukunftsbranche zugleich.

Die Ernährungswirtschaft ist aber ohne Zweifel auch eine Branche mit Problemen; auch über diese müssen wir reden. Kaum eine andere Branche erlebt einen so starken Umbruch wie die Ernährungswirtschaft. Es begann Anfang der 90er-Jahre. Der Umbruch ist noch nicht zu Ende. Der Verkauf der Nordfleisch an die holländische Bestmeat ist hierfür bezeichnend. Besonders in den Produktbereichen Fleisch, Milch und Fisch gibt es starke Unternehmenskonzentrationen.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Das bedeutet aber nicht, dass **Firmenübernahmen** grundsätzlich negativ zu bewerten sind. Zum einen werden nicht in jedem Fall Arbeitsplätze abgebaut. Zum anderen ist es, wie das Beispiel Nordfleisch und Bestmeat zeigt, zu begrüßen, dass ein starker Investor gefunden ist, der das Unternehmen insgesamt wettbewerbsfähiger macht.

Ich gehe davon aus, dass die Bestmeat-Standorte Lübeck und Bad Bramstedt gesichert sind. Die Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun, damit die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Schlachtstätten und damit auch die Arbeitsplätze bei Bestmeat erhalten bleiben.

Eine Ursache für die schwierige Lage in der Ernährungswirtschaft ist die schwache Konjunktur. Die Verbraucher sind verunsichert und halten ihr Geld zurück. Deshalb ist es wichtig, dass jetzt die richtigen Signale aus Berlin kommen. Wir brauchen die vorgezogene **Steuerreform** und wir brauchen die Entscheidung dafür schnell. Wir brauchen langfristig tragende Reformen der Renten- und Gesundheitssysteme. Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Dienstleistungsmentalität in den Verwaltungen. Wir brauchen eine weitere Optimierung der Wirtschaftsförderung der kurzen Wege und wir brauchen noch mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt.

Die Forderungen, die wir im Rahmen der **Mittelstandsoffensive** eingebracht haben, sind insofern hoch aktuell. Sie sind auch für die Ernährungswirtschaft hoch aktuell; denn die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein ist mittelständisch strukturiert. Die Unternehmen der Ernährungswirtschaft können, wie Sie wissen - das wird in dem Bericht auch dargestellt -, auf die bewährten Instrumente der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsförderung zählen, die wir gerade eben bei dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt beraten haben. Im Jahre 2002 summierten sich einzelbetriebliche Investitionszuschüsse, Kredite und Bürgschaften der Förderinstitute für diesen Wirtschaftsbereich auf 45,25 Millionen €. Damit sind über 1.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß aus den Branchengesprächen, die wir auch mit dieser Branche regelmäßig führen, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer der Ernährungswirtschaft ganz spezifische Probleme haben. Die gesamte Branche leidet unter dem Preiskampf der großen Discounter im Einzelhandel, der auf die Erlöse der Produzenten drückt. Die Härte des Konkurrenzkampfes im **Lebensmitteleinzelhandel** ist ein deutsches Phänomen. Wir müssen alles tun, damit die

anderen Marktteilnehmer, etwa der mittelständische Einzelhandel mit mittelgroßen Flächen - Stichwort: Baunutzungsverordnung -, nicht durch falsch gesetzte Rahmenbedingungen bei der kommunalen Bauleitplanung behindert werden, und zwar auch im Hinblick auf die **EU-Osterweiterung**, die hiesige Unternehmen veranlassen könnte, ihre Produktion nach Osten zu verlagern. Wir müssen daher das Thema „Optimierung unserer Standortbedingungen“ konsequent weiter verfolgen. Das heißt nicht, angesichts der Osterweiterung der EU in Panik zu verfallen; denn die Osterweiterung der EU birgt auch für die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein Chancen.

Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen: Die Coop Schleswig-Holstein, die ernährungswirtschaftliche Produkte verkauft beziehungsweise vermarktet, hat ein sehr erfolgreiches Joint Venture mit den Konsumgenossenschaften in der Region St. Petersburg geschlossen. Wenn das erfolgreich ist, wovon Coop ausgeht, ist das eine riesige Chance für den gesamten nordöstlichen Markt in Russland.

Nicht hinnehmen können wir die **Abwanderung** von Produktionskapazitäten in die ostdeutschen Bundesländer. Das war übrigens ein Thema des letzten Branchengesprächs, das ich mit der Ernährungswirtschaft geführt habe. Als in Uphahl in Mecklenburg-Vorpommern - kurz hinter Grevesmühlen - an der neuen Trasse der A 20 mit erheblichen öffentlichen Mitteln eine neue Meierei gebaut wurde, mussten in Schleswig-Holstein Meiereien in Sievershütten, Kiel, Leezen und Rendsburg schließen. Natürlich müssen wir die besondere Situation in den neuen Ländern berücksichtigen. Aber es ist volkswirtschaftlicher Unsinn, hier Kapazitäten abzubauen, die wir dann mit hohen Subventionen im Osten neu errichten.

(Beifall im ganzen Haus)

Der **Bund** sollte dieses bei der Gestaltung der Förderkonditionen in Zukunft stärker bedenken. Meines Erachtens ist es zwingend erforderlich, dass auch die Ostförderung degressiv ausgestaltet wird.

(Zuruf)

- Das gilt auch für die EU, völlig richtig. Wir müssen bei der GA-Förderung wirklich konsequent dabei bleiben, dass wir die 100 Millionen, die wir jetzt haben, nutzen und dass wir mit dem Bund erst dann über weitere GA-Maßnahmen reden, wenn klar ist, dass auch die Ost-GA in vernünftigen degressiven Schritten abgebaut wird. Alles andere wäre eine volkswirtschaftlich falsche und auch betriebswirtschaftlich falsche Strategie.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hopp?

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ja, bitte.

Claus Hopp [CDU]: Herr Minister, Sie haben eben das treffende Beispiel der Meierei Uphl gebracht. Die war sicherlich gemeint. Wie ist es mit der Zuckerrübenfabrik Schleswig? Haben wir da - und das ist aktuell - nicht das gleiche Problem?

- Teils, teils. Wir haben das Problem, dass es hier nicht nur um Förderfragen geht, sondern primär um **Marktstrukturen**. Das heißt, hier geht es um ein anderes Problem, dass wir in bestimmten Bereichen nicht umhin kommen, dass Standorte konzentriert werden. Das ist eine Entwicklung unabhängig von der Förderproblematik. Das Stichwort ist die **Wettbewerbsfähigkeit** der Produzenten im Norden. Das wird auch so weitergehen. Da sollten wir uns gegenseitig nichts vormachen. Hier müssen wir alles dafür tun, dass wir Standorte in Schleswig-Holstein sichern. Das können wir nur dadurch tun, dass wir gute Standortbedingungen schaffen. Sie wissen, dass ich selbst in diesem Falle Gespräche geführt habe, dass es aber für Schleswig keine realistische Chance gegeben hat. Wir können nicht alles gleichzeitig erfolgreich machen. Das Thema **Ost-Förderung** bleibt in jedem Fall ein Thema, was auch in diese Fragen hineingehört. Ich gehe davon aus, dass Sie uns in diesen Fragen unterstützen.

Mangels Zeit möchte ich jetzt meinen Kurzbericht beenden. Wir haben nicht viel Zeit für die Erstellung dieses Berichts gehabt, nur vier Wochen, deswegen werden wir sicher einige Fragen an anderer Stelle, insbesondere im Ausschuss, weiter diskutieren. Ich halte das für sinnvoll. Wenn dabei Fragen offen geblieben sind, sollten wir die auch dort weiter diskutieren.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Claus Ehlers.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung möchte ich für die Erstellung des von der CDU erwünschten Berichts danken.

(Beifall bei der CDU)

Die im Bericht enthaltenen Daten zeigen keine positive Entwicklung auf, sondern sie sind das Spiegelbild einer Katastrophe. Wir verlieren an allen Ecken und Enden Arbeitsplätze, die Umsätze gehen zurück und Unternehmen wandern aus Schleswig-Holstein ab. In den vergangenen Jahren ist der **Umsatz** in der **Ernährungswirtschaft** um 24 % zurückgegangen. Kaum anders ist die Entwicklung der Beschäftigungszahlen verlaufen. Dies gilt aber auch für das verarbeitende Gewerbe insgesamt. Auch dort gehen immer mehr **Arbeitsplätze** verloren. Dem gestiegenen Umsatz des verarbeitenden Gewerbes außerhalb der Ernährungswirtschaft steht eine deutliche Reduzierung der **Beschäftigten** gegenüber. Derzeit spricht nichts für eine Umkehr dieser Entwicklung in Schleswig-Holstein. Leider ist die Zahl der Betriebe weiter rückläufig.

Darüber hinaus müssen wir feststellen, dass zunehmend **Entscheidungscentren** aus Schleswig-Holstein verlagert werden. Das sehen wir genauso wie Sie, Herr Minister Rohwer, wenn wir nicht nur an Uphl, sondern auch an Zeeven denken, aber auch an die jüngste Entwicklung bei der **Zuckerfabrik in Schleswig**. Aber darauf komme ich noch.

Damit fallen Entscheidungen für hiesige Unternehmen in anderen Bundesländern oder sogar im Ausland. **Konzernentscheidungen** werden ohne Bindung zu Schleswig-Holstein getroffen. Die Ergebnisse sind bekannt, siehe die Zuckerfabrik Schleswig. Hier muss ich wirklich anmahnen, dass sich die Landesregierung um diesen Problemfall im Grunde genommen überhaupt nicht gekümmert hat. Hier ist eine politische Konzernentscheidung gefallen gegen den Zuckerrübenstandort in Schleswig, obwohl man viel leichter im Raum Hannover Zuckerrübenfabriken hätte schließen können. Das ist politisch nicht gut begleitet worden aus Ihrem Haus oder seitens der Landesregierung.

Selbstverständlich werden die glühenden Verfechter der Landespolitik uns in minutenlangen Vorträgen erläutern beziehungsweise haben das erläutert, wie erfolgreich das Land Schleswig-Holstein bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und wie hervorragend die Förderung der Unternehmen ist.

(Claus Ehlers)

Auf einen Sachverhalt möchte ich aufmerksam machen. 1992 hatten wir etwa 180.000 Beschäftigte im **verarbeitenden Gewerbe**, aber nur rund 81.000 Arbeitslose in ganz Schleswig-Holstein. Zehn Jahre später, 2002, stellt sich dieses völlig anders dar, denn nur noch rund 134.000 Beschäftigten stehen rund 130.000 Arbeitslose gegenüber. Wenn Sie diese katastrophale Entwicklung als Erfolg verkaufen wollen, möchte ich nicht wissen, wie die Misserfolge im Lande aussehen.

Wenn ich der Statistik der Landesregierung glauben darf, sind seit 1994 beziehungsweise 1996 - je nach Förderinstrument - rund 72 Millionen € **Fördermittel** in die Ernährungswirtschaft geflossen und rund 465 Millionen € Investitionsmittel verbürgt worden. Damit wurden rund 7.500 Arbeitsplätze gesichert, so der Bericht. Wenn dies richtig ist, bedeutet dies, dass nahezu 40 % aller Arbeitsplätze in der Ernährungswirtschaft in ihrer Existenz bedroht waren und mit öffentlichen Mitteln gestützt werden mussten. Statistisch hat das Land jedem einzelnen der Betriebe eine Bürgschaft in Höhe von 1,6 Millionen € gewährt. Entweder sind die Zahlen der Landesregierung falsch oder die Förderinstrumente stimmen nicht. Im Berichtszeitraum hat die Landesregierung ihren eigenen Angaben zufolge rund 800 Arbeitsplätze mit den Förderinstrumenten neu geschaffen. Im selben Zeitraum sind jedoch per Saldo rund 1.800 Arbeitsplätze verloren gegangen. Diese Bilanz ist eben so ernüchternd wie enttäuschend.

Ich bin dankbar, dass die Landesregierung im Bericht auf die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein eingegangen ist. Gerade hier liegen in der Landespolitik die größten Defizite mit den negativen Auswirkungen insbesondere für die exportorientierte Ernährungswirtschaft. Planungszeiträume, bemessen in Jahrzehnten, sind für unseren **Wirtschaftsstandort** absolut unverträglich. Allein in der Ernährungswirtschaft haben wir in den letzten zehn Jahren 6.000 Arbeitsplätze verloren. Unser **marktfernes Bundesland** ist auf hervorragende Verkehrsanbindungen angewiesen. Deshalb ist es nicht zu verantworten, weitere Verzögerungen hinzunehmen. Im Bericht sind Verkehrsprojekte aufgeführt, die unserer Wirtschaft insgesamt die Chance bieten, den Standort Schleswig-Holstein auch künftig zu erhalten. Nicht die Wirtschaft ist hier am Zuge, sondern die Politik. Kein einziges FFH-Gebiet wird zur Lösung der Probleme beitragen, aber möglicherweise neue Probleme für uns alle schaffen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer angesichts von rund 130.000 **Arbeitslosen** in Schleswig-Holstein bereit ist, neue großflächige Wirt-

schaftsbeschränkungen zu schaffen, offenbart ein seltsames Verständnis für die wirklichen Sorgen in unserem Land. Um die Ausweisung von FFH-Gebieten kommen wir nicht herum, das wissen wir alle, aber es ist Sache der Landesregierung, bei der Ausweisung so zu verfahren, dass unser Land nicht stranguliert wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Weder Wirtschaftsförderung noch Umweltpolitik sind auf die wichtigsten Probleme in unserem Land ausgerichtet. Diese Landesregierung versagt bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit genauso wie bei der Bewältigung der Finanzkrise.

Ein besonderes Kapitel ist für uns die Qualitäts- und Absatzförderung. Die Einführung der **Qualitätstore** war ein Fehler. Es ist nicht hinzunehmen, dass vornehmlich die Großunternehmen, die eine marktbeherrschende Macht ausüben und für Dumpingpreise bei Lebensmitteln verantwortlich sind, auf Kosten der Steuerzahler ihre Marktmacht weiter ausbauen sollen. Die Fortentwicklung des bewährten Gütezeichens wäre insgesamt für die Landwirtschaft, aber auch für die Ernährungsindustrie besser gewesen. Mit immer neuen Qualitätssiegeln werden Verbraucherinnen und Verbraucher nur verunsichert.

Ein wichtiger Faktor für die Ernährungswirtschaft ist der Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein. Die Gen- und Biotechnologie ist heute Bestandteil der Wissenschaft. Sie ist unverzichtbar und die Umsetzung in der Praxis ist weltweit nicht mehr aufzuhalten.

Es ist Aufgabe der **Europäischen Union**, Regeln zu schaffen, die eine maximale Sicherheit gewährleisten. Die entsprechenden EU-Richtlinien sind umzusetzen. Damit liegt fest, in welchem Rahmen sich alle Beteiligten zu bewegen haben. Herr Minister Müller, ob es angesichts der zu vollziehenden EU-Richtlinien Sinn macht, Unterschriftenaktionen mit der Erklärung zur „Koexistenz von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen mit konventionellen und ökologischen Kulturen“ durchzuführen, wage ich in der Tat zu bezweifeln.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Das finde ich in Ordnung!)

Wenn wir die Richtlinien nicht rechtzeitig umsetzen, drohen Vertragsstrafen. Herr Minister Müller weiß das auch. Es macht keinen Sinn, gegen Windmühlen zu laufen. Jetzt ist Verantwortung zu übernehmen und das Beste aus der gegebenen Situation zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

(Claus Ehlers)

Der vorliegende Bericht zeigt eine dramatische Entwicklung auf, die seit etwa 1993 anhält. Wenn sich diese Entwicklung in den nächsten zehn Jahren fortsetzt, stehen wir vor einem Trümmerhaufen. Die bisherigen **Instrumente des Landes** haben keine Wende herbeigeführt. Die Defizite sind im Bericht teilweise beschrieben. Nicht FFH-Gebiete sind unsere Zukunft, sondern Arbeitsplätze. Es wäre gut, wenn sich alle Beteiligten mehr darauf konzentrieren würden.

Je länger gewartet wird, um so schwieriger wird die Situation angesichts der leeren Kassen. Die Bewegungsspielräume werden enger und die Hilfsmöglichkeiten werden geringer. Der Bericht beschreibt eine trostlose Situation und offenbart eine relative Wirkungslosigkeit der Wirtschaftsförderungsprogramme. Wir brauchen eine schnelle Verwirklichung der **Verkehrsprojekte**, den Abbau der **Bürokratie**, zügige **Genehmigungsverfahren** und eine Überarbeitung der Förderinstrumente. Das ist für uns das Ergebnis dieses Berichts. Ich rege an, die Diskussion im Ausschuss fortzusetzen, zumal wir hier nicht über alle Details beraten können. Deshalb beantrage ich die Überweisung an den Agrar- und den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abgeordnete Maren Kruse das Wort.

Maren Kruse [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Claus Ehlers, vielen Dank für diesen Vortrag. Ich glaube, den hat an dieser Stelle auch der stellvertretende Vorsitzende des Bauernverbandes gehalten, der offenbar - völlig abgekoppelt vom Rest der Welt - alle Probleme in Schleswig-Holstein sieht.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Lassen Sie mich am Anfang allen Beteiligten den Dank der SPD-Fraktion aussprechen, die an der Erstellung dieses Berichts mitgewirkt haben. Umfang, Form und Inhalt des Berichts zur Ernährungswirtschaft weichen vom zuletzt 1997 erstellten Bericht ab. Das ist ein Zeichen des Wandels und der strukturellen Veränderungen, in dem auch die Ernährungswirtschaft begriffen ist.

Ursachen und Auswirkungen, Konsumverhalten, Branchenstrukturen sowie Visionen und Wege in die Zukunft beschäftigen uns nicht nur heute, sondern auch weiterhin. Der vorgelegte Bericht zeigt auf, dass

der **Umsatz** in der **Ernährungswirtschaft** im Vergleich zu 1995 von Platz eins auf Platz zwei gerutscht ist. Betrag der Umsatzanteil damals noch 20 %, so sind es heute nur noch gut 16 % am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes. Allerdings liegt die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein mit diesem Umsatzanteil von 16 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 11 %. Das unterstreicht die hohe Qualität und Beliebtheit schleswig-holsteinischer Lebensmittel im In- und Ausland. Insgesamt ist ein erheblicher Rückgang um 14,1 % zu verzeichnen. Der Minister sagte es bereits: Der Schwerpunkt liegt hier bei den tierischen Verarbeitungsprodukten Fleisch, Milch, Käse und Fisch. Der Beschäftigtenanteil ist mit gut 14 % nahezu gleich geblieben. Allerdings hat sich die Zahl der **Beschäftigten** um über 1.600 Menschen reduziert.

Auf dem Fleischsektor nimmt der Umsatz bei den Schlachtungen zu, allerdings sinkt die Anzahl der Betriebsstätten bei Fleischereien und **Fleischwarenindustrie**. Gerade die Zeitungsmeldungen vom Anfang der Woche zu Nordfleisch, Bestmeat und anderen hier genannten Beispielen zeigen, dass der Fleischmarkt in eine neue Runde geht. Die Bestmeat übernimmt sämtliche Geschäftsbereiche, darunter Rinder- und Schweineschlachthöfe, Veredelungsbetriebe sowie sämtliche Handelsaktivitäten. Es gilt offenbar nur noch, strategische Ziele und den größtmöglichen Anteil auf dem europäischen Markt zu erreichen.

Gleiches gilt für die **Fischverarbeitung**, einhergehend mit einem Rückgang der Anzahl der Beschäftigten. Insgesamt gibt es in der Fischverarbeitung jedoch ein leichtes Umsatzplus. **Gemüse- und Obstverarbeitung** waren im letzten Jahr ganz besonders betroffen. Der Umsatzausfall aufgrund der schlechten Ernte ist uns allen bekannt. Nur bei den **Backwaren** finden wir eine sehr positive Entwicklung. In dieser Sparte sind heute über 25 % aller Beschäftigten tätig. Die Exportquote weist für den Berichtszeitraum eine Steigerung um 8,5 % auf. Das ist insgesamt sehr erfreulich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Inlandsverluste konnten dadurch jedoch nur bedingt aufgefangen werden. Wie eingangs dargestellt, liegt der Umsatz der Ernährungswirtschaft im Bundesdurchschnitt nur bei 11 %. Die deutschen **Nahrungsmittelhersteller** haben im vergangenen Jahr den Umsatz des Vorjahres nicht mehr erreicht. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie hat für das Gesamtjahr 2002 einen Branchenumsatz von 125,4 Milliarden € errechnet. Das ist 1 %

(Maren Kruse)

weniger als im Jahr 2001. Die negative Entwicklung des Gesamtumsatzes hat sehr viele Arbeitsplätze gekostet. Ihre Zahl verringerte sich insgesamt um 3,3 %. Schleswig-Holstein steht - wie eingangs erwähnt - mit seinen Problemen nicht allein da. Bereits 1997 wurde in dem Bericht erwähnt, dass auf den gesättigten europäischen Märkten der Wettbewerb zwischen Ländern und Regionen immer schärfer wird. Daran hat sich nichts geändert. Schleswig-Holstein hat allerdings in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen und Aktivitäten unternommen, um dem rasant fortschreitenden Strukturwandel, den Verlagerungsprozessen und dem Trend zur Konzentration zu begegnen.

Neben der schon im Bericht dargestellten **finanziellen Förderung** der Ernährungswirtschaft - wie zum Beispiel einzelbetriebliche Förderung der Ernährungswirtschaft im Rahmen der GA, Förderung der Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und insbesondere die Qualitäts- und Absatzförderung - gibt es zahlreiche weitere Förderinstrumente, die direkt als auch indirekt dazu dienen, die Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Unternehmen zu stärken, Absatzmärkte zu sichern oder neue zu erschließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein wichtiges Instrument wird in der **Gemeinschaftsaufgabe der Agrarstruktur und des Küstenschutzes** gesehen. Geschätzter Claus, ich denke, da sind wir uns einig. Das aber sieht die Opposition offenbar völlig anders. Wie sonst ist es zu erklären, dass am 22.10.2003 im Bundestagsausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft die CDU für massive Kürzungen in diesem Bereich gestimmt hat? Sie hat sich für die Reduzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ um 100 Millionen € ausgesprochen. Das muss man sich einmal vorstellen! Die Gemeinschaftsaufgabe ist das wichtigste Förderinstrument im Bereich der Landwirtschaft. Eine Kürzung um 100 Millionen € hätte erhebliche Folgen für den ländlichen Raum bedingt, die mit der SPD nicht zu machen sind.

(Beifall bei SPD und SSW - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

Maren Kruse [SPD]:

Nein, das regeln wir anschließend.

(Heiterkeit)

Darüber hinaus hat sich die Opposition am gleichen Tag für die völlige Abschaffung der Förderung von **Demonstrations- und Modellvorhaben** eingesetzt. Die Förderung des Ökolandbaus sollte um 20 Millionen € gesenkt werden. Mit den Streichungen in den Bereichen Forschungsmittel, Modellvorhaben und Ökolandbau beweist die Union erneut ihre Rückständigkeit im Bereich innovativer Landwirtschaftspolitik.

(Beifall bei SPD und SSW)

Und das, obwohl die Landwirtschaft das Rückgrat der Ernährungspolitik ist, wie wir es eben gerade gelernt haben.

Zurück zum Bericht! Mit der Landesinitiative „ziel“ wurden die strukturpolitischen Optionen, die die EU für die Förderperiode 2000 bis 2006 eröffnet hat, gebündelt. Für die Wirtschaftsstruktur - insbesondere im ländlichen Raum - ist das Regionalprogramm 2000 zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und der regionalen Wirtschaftsstruktur wichtig.

Hervorzuheben ist hier insbesondere die Bedeutung des **Programms „Zukunft auf dem Land“** mit den drei Maßnahmegruppen landwirtschaftliche Produktionsstruktur, ländliche Entwicklung mit den ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen sowie die Agrarumweltmaßnahmen. Weiterhin werden einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlungen unterstützt. Neben Zinszuschüssen für Kapitalmarktdarlehen erfolgt unter anderem eine Förderung der Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten und die Förderung der markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung. Zur Stärkung der Vermarktung werden Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur gefördert. Die Zuschüsse dienen der Strukturverbesserung einzelner Wirtschaftszweige, der Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

Der **Strukturwandel** in Schleswig-Holstein ist nicht abgeschlossen und wird sich mit der EU-Erweiterung sicher beschleunigen. Der Wettbewerb auf den europäischen Märkten wird wachsen. Behaupten werden sich die Unternehmen, die sich rechtzeitig auf diesen Wandel einstellen. Verhindern kann die Politik die absehbaren Prozesse nicht. Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen, zum Beispiel die Standortbedingungen verbessern, Innovationen fördern und die Exporte unterstützen. Für die Branche ist es entscheidend, sich an diesen Stellen neu zu positionieren. Orientierung dazu bieten die Trends des Verbraucherverhaltens, denn die veränderten Lebensmittel- und Konsumgewohnheiten der

(Maren Kruse)

deutschen Verbraucher bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Lebensmittelnachfrage.

Frisches ist rückläufig, Verarbeitetes ist auf dem Vormarsch. Zeitdruck ist heute eine entscheidende Rahmenbedingung, die den Berufs- und Familienalltag diktiert. Entsprechend schnell und problemlos müssen die Mahlzeiten dazwischen organisiert werden. Fertiggerichte und **Fast Food** für zu Hause und unterwegs machen es möglich. Der gehetzte Konsument kocht immer seltener und lässt mehr und mehr die Industrie für sich arbeiten. Er greift ins Regal, legt sich ein Trockengericht in seinen Einkaufswagen und kaum zu Hause, sitzt er zehn Minuten später vor einem dampfenden Teller. Rund 80 % unserer Lebensmittel kaufen wir als Fertigsoße, Tütensuppe oder Trockengericht.

(Lothar Hay [SPD]: Fürchterlich!)

Bemerkenswert ist die neue Idee, Produkte aus allen Sortimentsbereichen nur für kurze Zeit als **Saisonprodukte** oder zeitlich limitierte Spezialitäten anzubieten. Und es ist inzwischen leider sehr schick, bei den Discountern einzukaufen. Denn diese Discounter bieten immer mehr Produkte, die dem Trend folgen. Somit sind für alle Verbraucher Preisbewusstsein und Trendorientierung keine Gegensätze mehr. Das ist heute vermutlich eines der Hauptprobleme für die Ernährungsindustrie, die neue, trendige Produkte immer häufiger zu niedrigeren Preisen anbieten muss.

Das alles fördert einen Trend in der Branchenstruktur der Ernährungsindustrie: Die Unternehmenskonzentration nimmt weiter zu. Größeren Unternehmen gelingt es sehr viel leichter, einen Wettbewerbsvorteil herauszuarbeiten. Eine Mindestgröße ist aus verschiedenen Gründen erforderlich, zum Beispiel um die Kostenführerschaft durch Degressionseffekte zu erlangen oder um in den zehn Großunternehmen des Lebensmitteleinzelhandels deutschlandweit gelistet zu werden.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, ich darf Sie an die Redezeit erinnern!

Maren Kruse [SPD]:

Ich formuliere den letzten Satz, Herr Präsident.

Wir haben in Schleswig-Holstein gesunde Rohstoffe und gute Verarbeiter. Schleswig-Holstein hat führende Markenartikler ebenso aufzuweisen wie Lieferanten von Handelsmarken, die über Jahre sehr erfolgreich mit ihren Kunden wachsen konnten. Und die Landesregierung wird - wie bisher auch - die Ernährungsindustrie bei den außergewöhnlichen Herausfor-

derungen unterstützen, damit die Lebensmittelbranche in Schleswig-Holstein weiterhin einen guten Standort hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren!

„Auf den gesättigten europäischen Märkten wird der Wettbewerb zwischen den Ländern und Regionen immer schärfer. Hierauf mit Resignation zu reagieren wäre ebenso falsch, wie tatenlos auf bessere Zeiten zu hoffen. Es muss das Ziel der Ernährungswirtschaft Schleswig-Holsteins sein, weiterhin Spitzenprodukte auf den Markt zu bringen und die Präsenz auf den sich rasch ändernden Märkten im In- und Ausland zu verstärken. Die Aktivitäten der Landesregierung zielen darauf ab, mit geeigneten Strategien und Maßnahmen die Standortbedingungen für die Unternehmen der Ernährungswirtschaft zu verbessern.“

Diese hehren Worte stammen aus dem letzten Bericht der Landesregierung, den sie 1997 dem Landtag zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft vorgelegt hat.

Was ist seitdem passiert? - Die Entwicklung in der Ernährungswirtschaft ist - wie in anderen Branchen auch - insgesamt negativ. Eines ist allerdings positiv, nämlich, dass dieser Bericht nach Auflösung des Agrarministeriums nun aus dem Wirtschaftsministerium kommt und nicht dem Umweltminister zugeordnet wurde. Dafür herzlichen Dank, ebenso auch für den Bericht, den Sie hier vorhin vorgetragen und uns überreicht haben, Herr Minister.

Lassen wir Zahlen sprechen, Zahlen aus den Berichten der Landesregierung. Im Jahr 1997 lag der **Umsatzanteil** der **Ernährungswirtschaft** für das Land Schleswig-Holstein noch bei 20 % und der absolute Umsatz bei zirka 4,7 Milliarden €. Diese Zahlen haben sich verschlechtert. In 2002 liegt der Gesamtanteil nur noch bei 16 %. Unproblematisch wäre das, wenn dies durch einen Boom in den anderen Wirtschaftszweigen entstanden wäre, sich dadurch also die Relationen verändert hätten. Problematisch ist

(Günther Hildebrand)

aber, dass die absoluten Umsatzzahlen der Ernährungswirtschaft um knapp 350.000 € auf zirka 4,4 Millionen € zurückgegangen sind. Das sind immerhin 7,5 %.

Im fast gleichen Zeitraum hat die Beschäftigung in dieser Sparte abgenommen, obwohl es mehr **Betriebe** gibt. Nimmt man die Entwicklung von 1995 bis 2002, dann hat sich die Anzahl der Betriebe um 5,9 % gesteigert, obwohl seit 1998 wieder eine fallende Tendenz zu beobachten ist. Die Zahl der **Beschäftigten** nahm hingegen von rund 21.000 in 1995 auf rund 20.000 in 2000 und auf rund 19.500 in 2002 kontinuierlich ab. Das sind 8,4 % weniger Beschäftigte im Jahr 2002 gegenüber dem Jahr 1995.

Die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein nimmt also insgesamt ab. Und wenn man betrachtet, dass wir hier über den zweitgrößten Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein reden, dann hat dies auch gravierende Auswirkungen auf das Land insgesamt.

Positiv attestiert der Wirtschaftsminister, dass sich die **Exportquote**, die sich aus Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes zusammensetzt, von 11,7 % in 1995 auf 12,7 % in 2002 erhöht hat. Das ist aber eigentlich kein Erfolg. Wenn sich der Gesamtumsatz so verringert, wie bereits dargestellt, dann ist bei gleich bleibendem oder leicht geringerem Exportumsatz durchaus eine relative Steigerung möglich. Solche Zahlen sollten uns also nicht fröhlich stimmen.

Ich komme zu den einzelnen Punkten des Berichts. Im **Fleischsektor** hat der Umsatz bei den Schlachtungen zugenommen. Seit 1995 ist bis 2002 der Umsatz um insgesamt 22 % gestiegen. Auch die BSE-Krise konnte dieser Zahl der Schlachtungen nichts anhaben. Möglicherweise hat sich aufgrund eines veränderten Konsumverhaltens der Anteil des verarbeitenden Rindfleisches rückläufig entwickelt. Das ist aber aus den Zahlen des Berichts leider nicht ersichtlich.

Beim Fleisch verarbeitenden Gewerbe sehen die Zahlen dann aber gänzlich anders aus. Hier gingen seit 1995 die Umsätze um 3,9 % zurück, die Anzahl der Betriebe reduzierte sich gar um 34,8 % und auch die Anzahl der Beschäftigten ist mit 28,2 % dramatisch zurückgegangen.

Vor diesem Hintergrund ist es jetzt zum Beispiel wichtig zu beobachten, welche Konsequenzen sich aus der Übernahme der Nordfleisch durch den holländischen Konzern Bestmeat ergeben, der damit der zweitgrößte Fleischverarbeiter in Europa wird. Allein die Aussage, dass es zu **Konzentrationsprozessen** gekommen sei, hilft uns nicht weiter. Wichtig sind die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben, wie der Prozess beurteilt wird und wie der Minister mögli-

cherweise darauf reagieren wird. Im Fall von Nordfleisch hat er vorhin darauf hingewiesen, dass dieser Fall nicht unbedingt negativ zu beurteilen sei und dass jetzt möglicherweise dadurch eine kapitalkräftige Gruppe am Markt tätig sein könne.

Bei der Obst- und Gemüseverarbeitung ist es im Jahr 2002 zu einem dramatischen Rückgang gekommen. Schuld daran trägt ausnahmsweise einmal nicht die Landesregierung, sondern das Hochwasser des Spätsommers. Insofern sind diese Zahlen nicht repräsentativ.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Nein, was wahr ist, muss wahr bleiben, Holger.

Bis zum Jahr 2001 wurden zumindest die Werte von 1995 um 14 % gesteigert.

Legen wir die Zahlen der Beschäftigten und der Betriebe von 1995 bis 2002 im Obst- und Gemüsebereich zugrunde, so haben wir einen Betrieb mehr, was immerhin einer Steigerung von 10 % entspricht. So wenig Betriebe haben wir in diesem Bereich. Auch die Zahl der Beschäftigten ist um 500 angewachsen. Das ist eine gute Entwicklung, die wir außerordentlich begrüßen.

Beim **Fisch** verarbeitenden Gewerbe sind Konzentrationsprozesse zu beobachten. Hier ist im Berichtszeitraum zwar ein leichtes Umsatzplus zu verzeichnen, dennoch sank die Zahl der Betriebe um mehr als ein Fünftel und die Anzahl der Beschäftigten um 15,5 %.

Zwei Bereiche möchte ich noch anführen, weil sie insbesondere für die Landwirtschaft wichtig sind: die **Milchverarbeitung** und die **Zuckerherstellung**. Bei den Landwirten werden nach wie vor hohe Erträge aus der Milchviehhaltung erzielt. Die erforderlichen Verarbeitungskapazitäten werden aber nicht mehr vorgehalten, weil viele Verarbeitungskapazitäten zu einem nicht geringen Teil aus Schleswig-Holstein abgewandert sind. Kollege Ehlers hat vorhin darauf hingewiesen.

Ebenso sieht es bei der Zuckerverarbeitung aus. Wie wir alle wissen, gibt es zurzeit noch eine Produktionsstätte der Nordzucker AG. Diese befindet sich am Standort Schleswig und wird am 31. Dezember geschlossen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Empörung meiner Fraktion über diese Entscheidung der Nordzucker AG deutlich machen, zumal, wie der Bericht auch ausführt, der Zuckerrübenanbau

(Günther Hildebrand)

für Schleswig-Holstein wichtig ist und jetzt Gefahr läuft, ganz aus Schleswig-Holstein zu verschwinden.

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können solche einzelbetrieblichen Entscheidungen nur schwer beeinflussen. Es ist und bleibt aber Aufgabe der Politik, ordentliche Rahmenbedingungen für den Standort Schleswig-Holstein zu schaffen. Ich zitiere hierzu aus dem Kapitel des Berichts mit der Überschrift „Standortbedingungen für die Ernährungswirtschaft“. Dort sind als Standortfaktoren für die Ernährungswirtschaft insbesondere Frische und Qualität, Liefersicherheit und kurze Wege zu den Rohprodukten, naturnahes Umfeld und Verbrauchervertrauen genannt. Das ist ein Nullsatz. Wenn Sie aber beim naturnahen Umfeld die Ausweisung von FFH-Gebieten meinen, die die Errichtung von Betrieben teilweise noch behindern, dann können Sie die Ansiedlung von weiteren verarbeitenden Betrieben in Schleswig-Holstein ganz vergessen.

Standortfaktoren sind kurze Wege zu den **Rohprodukten** und kurze Wege zum Absatzmarkt. Dies ist für Schleswig-Holstein aufgrund seiner Randlage aber schwer zu erreichen. So ist für die Hersteller von Rohprodukten ein **Standortfaktor** der kurze Weg zum Verarbeitungsbetrieb. Wir werden ja sehen, wie es in Zukunft zum Beispiel mit dem Anbau von Zuckerrüben in Schleswig-Holstein aussieht. Leider müssen wir befürchten, dass der Zuckerrübenanbau in Schleswig-Holstein nach der Schließung des Werkes in Schleswig mittel- beziehungsweise langfristig zurückgehen wird.

Standortfaktor sind aber auch die überregionalen Verkehrsverbindungen - das sagt auch der Bericht -, insbesondere im Bereich der **A 20**, deren Weiterbau die Grünen vor Ort immer noch fröhlich blockieren. Zu den Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen empfehle ich die Lektüre der Kleinen Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Harry Carstensen zur Überschneidung der Ausweisung von Verkehrsprojekten mit FFH-Gebieten.

(Beifall bei der CDU)

Die vom Kollegen Hentschel immer favorisierten Wasser- und Schienenwege stehen dem Standortfaktor Frische und Qualität entgegen.

Ein Standortfaktor ist auch die Möglichkeit von **Wirtschaftsförderung**. Insbesondere in der Landwirtschaft sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass immer weniger Kreditinstitute bereit sind, landwirtschaftlichen Betrieben eine Kreditfinanzierung zu gewähren. So gibt es eine ständig steigende Zahl von

Fällen im Land, in denen Landwirte keine Kredite für Umstrukturierungsmaßnahmen erhalten, obwohl sie eine günstige Prognose für die **Rentabilität** nach der entsprechenden Umstrukturierung vorlegen können. Selbst die I-Bank wickelt ihre im Bestand geführten landwirtschaftlichen Betriebe nur noch ab, sagt aber keine Umfinanzierungsdarlehen für diese Betriebe mehr zu. Auch insoweit ist es unbedingt erforderlich, dass für die landwirtschaftlichen Betriebe mehr Planungssicherheit besteht.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Beachten Sie bitte die Redezeit!

Günther Hildebrand [FDP]:

Ja. Ich komme zum Schluss. - Ständig wechselnde kurzfristige Veränderungen, zum Beispiel bei den Beihilfen, gestatten keine mittel- und langfristigen Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die bei Investitionen wie zum Beispiel dem Kauf von Maschinen oder dem Bau von Hallen, die über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren und mehr abzuschreiben sind, erforderlich sind.

Für die Landesregierung gibt es noch viel zu tun, will sie ihre Ziele von 1997, die sie in diesem Bericht erneuert hat, erreichen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! „Wachsen oder weichen“ - das ist ein Motto, das auch in der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein gilt. Aus dem vorliegenden Bericht der Landesregierung, für den ich mich auch im Namen meiner Fraktion herzlich bei den Mitarbeitern der Landesregierung bedanke,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

geht hervor, dass die **Ernährungswirtschaft** als Zweig des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein an Bedeutung verliert. Dabei beobachten wir

(Detlef Matthiessen)

allerdings sehr interessante Tendenzen, auch mit teilweise gegenläufiger Entwicklung. Darauf werde ich gleich noch eingehen. Meiereien werden zunehmend konzentriert und zum Beispiel in benachbarte Bundesländer verlagert, und das, obwohl unser Land auf hohem Niveau Milch produziert. In wenigen Wochen verfügt Schleswig-Holstein über keine Zuckerfabrik mehr. Selbst in der traditionell bedeutsamen Fischverarbeitung sind die Zahlen von Betrieben und Beschäftigten rückläufig.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur **Zuckerfabrik**, die von verschiedenen Kollegen angesprochen wurde. Dass die Landesregierung große Möglichkeiten hat einzuwirken, sehe ich nicht, es sei denn, Sie benennen ein Instrument.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Wenn man in die Vergangenheit schaut, muss man feststellen, dass es der Bauernverband beziehungsweise die Erzeugerverbände versäumt haben, sich die Produktionsrechte vor Ort abzusichern.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ich muss allerdings aus eigener Erinnerung feststellen: Damals, als es bei St. Michaelisdonn nicht gemacht wurde, hat man das ja im Hinblick auf Schleswig getan. Man ist aber nicht auf die Idee gekommen, dass sich Schleswig-Holstein vielleicht einmal in einer Situation ohne eine Zuckerfabrik wiederfinden könnte. Man ist damals nicht auf den Gedanken gekommen, sich dies gegenüber den Partnern, gegenüber dem Nordzucker-Konzern, absichern zu lassen. Das ist aber die Hauptursache dafür, dass wir uns heute einer Schließung ausgesetzt sehen, die, wie ich meine, auch betriebswirtschaftlich nicht zwingend notwendig wäre.

Meine Damen und Herren, der Trend zum **Billigekauf** ist ungebrochen. Dies forciert natürlich auch Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse. Wir erleben zurzeit die Übernahme der Nordfleisch durch einen niederländischen Konzern. Wir hoffen, dass die Arbeitsplätze in Lübeck und Bad Bramstedt langfristig gesichert werden können. Offenbar hat ja dieser Konzern eine andere Strategie, die sehr flächenorientiert ist, im Gegensatz zu dem Konzern Nordfleisch, der übernommen wurde. Die kartellrechtliche Genehmigung steht im Übrigen noch aus.

Meine Damen und Herren, die Ursache der Misere, die wir zumindest in den Massenanteilen in der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein erleben, hat eine tiefe Wurzel. Schleswig-Holstein war über viele Jahrzehnte strukturführendes Bundesland. Es hat sich

auf Interventionsprodukten - Herstellung von Magermilchpulver, Butterintervention - ausgeruht und über Jahrzehnte die Marktorientierung vernachlässigt, in der Politik und in der Wirtschaft. Mit den Folgen haben wir es heute immer noch zu tun. Daher gehen uns auch diese Massenmärkte verloren.

Natürlich gibt es auch gute Gegenteilstendenzen. Ich nenne nur die Molkerei Holtsee und die Spezialprodukte wie Tilsiter Käse, die dort europaweit vermarktet werden, und dies mit wachsender Tendenz.

Bei diesen jetzt zu beobachtenden Rückgängen in den **Massenmärkten Milch und Fleisch**, die aus Schleswig-Holstein abwandern beziehungsweise abgewandert sind, spielte die Politik der Regierung Kohl mit der fehlgeleiteten Förderpolitik zur Wiedervereinigung die Rolle einer Initialzündung. Blühende Unternehmen hier im Lande wurden geschlossen, um Kapazität in die neuen Bundesländer zu verlagern. Die Schließung der Molkerei in Rendsburg fand in der riesigen Milchfabrik in Upahl ihre Entsprechung. Die Schließung der Schlachthöfe Fahrhof, Rendsburg, Schleswig und so weiter stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Neubau von Schlachthöfen zum Beispiel in Anklam an der polnischen Grenze. Diese Verlagerung blühender Betriebe aus Schleswig-Holstein wurde durch 40-prozentige verlorene Zuschüsse in den neuen Bundesländern bezahlt. Das war ganz klar eine Vernichtung öffentlicher Gelder, es waren Fehlallokationen, die keinen einzigen Arbeitsplatz im Bundesgebiet neu geschaffen haben, die aber massive öffentliche Schulden hinterlassen haben, die uns auf Generationen hinaus belasten werden.

Es gibt auch einen anderen Trend. Das sagte ich eingangs schon. Die andere Seite der Medaille ist, dass - wie im Bericht ausgeführt - das Land auf die Erzeugung qualitativ sehr hochwertiger Lebensmittel abzielt. „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ ist ein **Markenzeichen**; es ist unter allen Programmen bundesweit - ich glaube, 85 % aller Verbraucher erkennen es - bei einem Drittel der Verbraucher bekannt, ein Drittel kann es aktiv benennen. Das ist ein Erfolg, den kein anderes Markenzeichen für sich beanspruchen kann.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Dies gilt es fortzusetzen, zu vertiefen und auch mit der Politik der Qualitätstore produktiv zu verknüpfen.

(Detlef Matthiessen)

Es gibt also auch Erfolge. **Marktorientierung** und **Spezialisierung** werden mit Erfolg beschritten. Der Westhof in Büsum mit Biomöhren - der Agrarausschuss hat sich diesen großen Betrieb angeguckt - ist so ein Beispiel. In Silberstedt gibt es - Holger wird es kennen - den kleinen Hersteller Zwergenwiese, der behutsam expandierend sich auf dem Markt mit Brot-aufstrichen positioniert. Der Verarbeiter müsste eigentlich Verarbeiterin heißen, denn eine tüchtige und pfiffige Frau leitet diesen Betrieb.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Hofkäse-Hersteller Metzger-Petersen hat sich sogar mit einem eigenen Stand auf der Grünen Woche mit gutem Erfolg etabliert - jetzt schon über Jahre. Ich glaube, er ist seit zehn Jahren Tradition auf der Grünen Woche.

Mit Küstennebel und Kleinem Feigling seien nur zwei Produkte des Getränkeherstellers Behn in Eckernförde erwähnt. Qualitätsschienen wie Gutfleisch haben Erfolg. Das Bier, das plopp macht und teilweise ganz schön dunkel ist, gehört dazu.

Es gibt also auch Lichtblicke, Qualität, Marktorientierung und Markenprodukte in Schleswig-Holstein.

Herr Minister, ich denke, die Entkoppelung, die neue Agrarpolitik wird Chancen eröffnen. Ich denke da zum Beispiel an unser typisch norddeutsches Produkt, den Weidemastochsen, der durch die Ausrichtung der Prämienpolitik in Brüssel geradezu verhindert wurde; den könnten wir revitalisieren und zu einem Marktprodukt machen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich noch einmal Dr. Felix Prinz zu Löwenstein zitieren, der sagte:

„Es gibt keinen Gegensatz, entweder die Agrarwende betreiben oder die Landwirtschaft im Land halten zu wollen. Vielmehr ist die Agrarwende die Voraussetzung, den Landwirten eine Zukunft in Deutschland zu sichern. Nur durch eine umweltgerechte Landwirtschaft, durch eine Landwirtschaft, die von den Verbrauchern akzeptiert wird,“

- dies möchte ich an dieser Stelle hinzufügen: Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln -

„kann trotz aller globalen Wettbewerbsnachteile unseren Bauern eine Perspektive erhalten bleiben.“

Dem ist - so glaube ich - aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die schleswig-holsteinische Ernährungswirtschaft ist nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. Das geht aus dem Bericht der Landesregierung deutlich hervor. Dies mag auch niemanden verwundern, da Schleswig-Holstein nach wie vor von der Landwirtschaft und der Fischerei sowie dem dazugehörigen verarbeitendem Gewerbe stark geprägt ist.

Aber wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen lässt sich auch hier ein **Strukturwandel** feststellen. Hierbei handelt es sich nicht um ein Phänomen der letzten Jahre, sondern vielmehr der letzten Jahrzehnte.

Dies ist insbesondere auf **Konzentrationsprozesse** in der Ernährungsindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel sowie die Verlagerung der Verarbeitungsstätten in die neuen Bundesländer zurückzuführen. Ein ganz krasses Beispiel dafür hat der Herr Minister vorhin angeführt.

Aus dem Bericht geht weiterhin deutlich hervor, dass diese negative Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Es ist davon auszugehen, dass mit der Erweiterung der EU dieser Prozess fortgesetzt wird und dass weitere Konzentrationen und Rationalisierungsmaßnahmen stattfinden werden.

Aber die **europäische Erweiterung** bietet auch Chancen für unser Land. Dass dies so ist, macht eine Pressemitteilung der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft anlässlich der POLAGRA-FOOD, der wichtigsten internationalen Messe für die gesamte Lebensmittelwirtschaft in Polen, deutlich. Daraus geht hervor, dass sich mittelfristig gute Marktchancen für Unternehmen der Ernährungswirtschaft und der Zuliefererindustrie in **Polen** ergeben und dass gerade Firmen aus Schleswig-Holstein aufgrund der relativen Marktnähe davon profitieren werden.

Hierin liegt durchaus eine große Herausforderung für unsere Unternehmen. Der derzeitige Umsatzanteil der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft von

(Lars Harms)

16 % liegt zwar über dem Bundesdurchschnitt von 11 % - das ist natürlich erfreulich -, er macht aber auch deutlich, dass gerade Schleswig-Holstein viel zu verlieren hat. Weil dies so ist, sind klare Konzepte vonseiten der Landesregierung dringend notwendig. Auch wenn die Landesregierung hier nicht allein in der Verantwortung steht, muss der Ernährungswirtschaft deutlich gemacht werden, dass sie mit der Landesregierung einen verlässlichen Partner an ihrer Seite hat. Hier muss die Landesregierung mit langfristigen Konzepten unterstützend wirken.

Zwar wurden im Zeitraum von 1996 bis 2002 insgesamt 600 private Investitionsvorhaben in Unternehmen der Ernährungswirtschaft mit öffentlichen Mitteln aus Land, Bund und EU gefördert, aber wir wissen, dass die Förderkulissen in den nächsten Jahren extrem abnehmen werden. Daher ist es wichtig, dass das Geld, das uns jetzt noch zur Verfügung steht, an nachhaltige Verpflichtungen geknüpft wird. So sind die Maßnahmen der Landesregierung hinsichtlich der **Qualitäts- und Absatzförderung** durchaus Maßnahmen, die auch der SSW begrüßt. In diesem Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft, in dem eine Förderung von Gütezeichenprodukten und von Projekten zur Einführung von Qualitätsmanagement- und -sicherungssystemen stattfindet, wird eine vertrauensbildende Maßnahme zum Verbraucher hergestellt, die durchaus nachhaltig ist.

Dass dies hilfreich ist, macht die Erfolgsgeschichte des **Gütezeichens** für schleswig-holsteinische Produkte deutlich. Das hat der SSW auch immer unterstützt. Doch wir müssen erkennen, dass dieses Gütezeichen nicht alle Bereiche von der Produktion bis zur Verarbeitung berücksichtigt. Dies hat der SSW bereits mehrfach bemängelt. Doch mit den Qualitätstoren hat die Landesregierung jetzt Schritte eingeleitet, um ein nachhaltiges Verbrauchervertrauen in schleswig-holsteinische Produkte zu stärken.

Den eingeschlagenen Weg der Landesregierung haben wir auch mitgetragen. Die Landesregierung hat somit für die Ernährungswirtschaft die Grundlagen geschaffen, um zumindest den Absatzmarkt zu sichern.

Der Bericht macht aber deutlich, dass dies allein nicht ausreicht. So sind insbesondere die großen Verkehrsinfrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein noch mit Mängeln versehen. Zwar steht uns innerhalb Schleswig-Holsteins eine relativ gute **Verkehrsinfrastruktur** zur Verfügung, doch insbesondere die überregionale Anbindung an das übrige Bundesgebiet ist verbesserungsbedürftig. Das wissen wir alle. Diese Erkenntnis der Landesregierung ist für uns sicherlich

nicht neu. Aber sie bestätigt die Forderung an überregionale Anbindungen.

Doch wie wir wissen, lassen sich nicht alle Wünsche auf einmal verwirklichen. Solange dies so ist, sollten wir auch verstärkt versuchen, die Absatzmärkte in Schleswig-Holstein selber zu stärken. Daher sollte nach Auffassung des SSW auch eine Regionalisierung der Ernährungswirtschaft angestrebt werden. Rohstoffe aus der Region sollen in der **Region** verarbeitet werden und nach Möglichkeit sogar in der Region gehandelt und verzehrt werden. Das trägt dazu bei, die **Wertschöpfung** im Land zu steigern. Darüber hinaus erzielen wir durchaus Effekte, die nicht unerheblich sind. Es kommt somit zu einer Verringerung des Transportaufkommens. Das schont die Umwelt und ist auch aus tierschutzfachlichen Aspekten positiv.

Dass dies keine Utopie sein muss, zeigen Beispiele aus Schleswig-Holstein, wo es funktioniert. Hier gibt es durchaus Discountmärkte, die diese Vorteile erkannt und entsprechend gehandelt haben und auf Regionalität setzen. Mir ist klar, dass sich dies nicht überall durchführen lässt, aber die, die es tun, müssen auch entsprechend Unterstützung finden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aus dem Bericht geht hervor, dass die Landesregierung erst im letzten Monat Gespräche mit der Ernährungswirtschaft geführt hat. Dies muss auch sein angesichts der Lage, in der sich die Ernährungswirtschaft befindet. Nur dann, wenn Wirtschaft und Politik miteinander im Kontakt bleiben, können entsprechende Schritte eingeleitet werden, um weitere Rückgänge in der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft zu vermeiden. Auch wenn dies angesichts der Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der zu erwartenden Entwicklung nahezu unlösbar erscheint, ist dies doch die einzige Möglichkeit, Schlimmeres abzuwehren.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Da wir hier und heute nicht alle Einzelheiten ausführlich abhandeln können, sollten wir den Bericht im Ausschuss näher diskutieren.

Hierbei sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, Vertreter der Ernährungswirtschaft einzuladen, um auch deren Meinung zum Bericht und zur künftigen Entwicklung in Schleswig-Holstein zu hören.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir sind am Ende der Beratung. Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 15/2990 zur abschließenden Beratung an den Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den darf ich um ein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Einstimmig vom Haus so angenommen!

Es ist 18 Uhr und wir sind damit am Ende der heutigen Beratungen; morgen werden wir um 10 Uhr mit den Tagesordnungspunkten 27 und 34 beginnen. Ich wünsche allen einen spannenden Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:01 Uhr

Namentliche Abstimmung
 99. Sitzung am 13. November 2003
 über die Drucksache 15/2995
 Prüfung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR
 Antrag der Fraktion der CDU
 (Seite 7589 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
SPD		Jost de Jager	Ja
Heinz-Werner Arens	Nein	Peter Jensen-Nissen	Ja
Holger Astrup	Nein	Werner Kalinka	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Martin Kayenburg	Ja
Hermann Benker	Nein	Dr. Trutz Graf Kerssenbrock	Ja
Andreas Beran	Nein	Helga Kleiner	Ja
Gisela Böhrk	Nein	Klaus Klinckhamer	Ja
Klaus Buß	Nein	Peter Lehnert	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Heinz Maurus	Ja
Ute Erdsiek-Rave	Nein	Manfred Ritzek	Ja
Rolf Fischer	Nein	Ursula Sassen	Ja
Ingrid Franzen	Nein	Jutta Scheicht	Ja
Wolfgang Fuß	Nein	Klaus Schlie	Ja
Renate Gröpel	Nein	Brita Schmitz-Hübsch	Ja
Lothar Hay	Nein	Monika Schwalm	Ja
Birgit Herdejürgen	Nein	Caroline Schwarz	Ja
Dr. Ulf von Hielmcrone	Nein	Berndt Steincke	-
Astrid Höfs	Nein	Roswitha Strauß	Ja
Dr. Henning Höppner	Nein	Thomas Stritzl	Ja
Helmut Jacobs	Nein	Frauke Tengler	Ja
Arno Jahner	Nein	Herlich Marie Todsen-Reese	Ja
Ursula Kähler	Nein	Dr. Johann Wadephul	Ja
Dr. Gabriele Kötschau	Nein	Joachim Wagner	-
Maren Kruse	Nein	Rainer Wiegard	Ja
Wilhelm-Karl Malerius	Nein		
Heide Moser	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Klaus-Dieter Müller	Nein	Angelika Birk	Nein
Konrad Nabel	Nein	Irene Fröhlich	Nein
Günter Neugebauer	Nein	Monika Heinold	Nein
Helmut Plüschau	Nein	Karl-Martin Hentschel	Nein
Gerhard Poppndiecker	Nein	Detlef Matthiessen	Nein
Klaus-Peter Puls	Nein		
Sandra Redmann	Nein	FDP	
Ulrike Rodust	Nein	Christel Aschmoneit-Lücke	Nein
Thomas Rother	Nein	Joachim Behm	Nein
Anna Schlosser-Keichel	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Bernd Schröder	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Jutta Schümann	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Heide Simonis	-	Veronika Kolb	Nein
Siegrid Tenor-Alschausky	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Jürgen Weber	Nein		
Friedrich-Carl Wodarz	Nein	SSW	
		Lars Harms	Nein
CDU		Silke Hinrichsen	Nein
Hans-Jörg Arp	Ja	Anke Spoorendonk	-
Claus Ehlers	Ja		
Uwe Eichelberg	Ja	Zusammenstellung:	
Sylvia Eisenberg	Ja	Abgegebene Stimmen	85
Jürgen Feddersen	Ja	davon	
Torsten Geerds	Ja	Jastimmen	31
Thorsten Geißler	Ja	Neinstimmen	54
Uwe Greve	Ja	Enthaltungen	
Claus Hopp	Ja		